

**Neues Denken,
neues Handeln.**
Für Niedersachsen.



0026792680

1. 11. 1997

**Damit
Niedersachsen
gewinnt**

**Regierungsprogramm 1998 – 2003
der CDU in Niedersachsen**

Verabschiedet auf dem Landesparteitag
am 01. November 1997 in Stade



N I E D E R S A C H S E N

CDU

1. Auflage Dezember 1997

Herausgeber:
CDU in Niedersachsen
Öffentlichkeitsarbeit
Böttcherstraße 7
30419 Hannover

Tel.: 0511-2799153

Fax: 0511-2799131

eMail: presse.niedersachsen@komsys.cdu.dbp.de
Internet: <http://www.cdu-niedersachsen.de>

**Damit
Niedersachsen
gewinnt**

**Regierungsprogramm 1998 – 2003
der CDU in Niedersachsen**

Verabschiedet auf dem Landesparteitag
am 01. November 1997 in Stade

Inhalt

Damit Niedersachsen gewinnt

Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen 1998 – 2003

NIEDERSACHSEN HAT ALLE CHANCEN	1
MIT GESUNDEN FINANZEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN.....	2
Entlastung für mehr Wachstum und Beschäftigung.....	3
Konsequentes Sparen durch neues Handeln	3
Beim Sparen fangen wir oben an.....	4
Wachstumshemmende und kostenintensive Landesvorschriften abbauen	4
Aufgabenabbau schafft Handlungsfreiheit	5
Privatisierung und privatwirtschaftliche Methoden steigern die Effizienz der Landesverwaltung	5
Mobilisierung von Privatkapital schont Steuergelder und schafft zusätzliche Investitionen für Arbeitsplätze.....	5
Zukunftsfonds Niedersachsen	5
NEUE ARBEITSPLÄTZE DURCH QUALITATIVES WACHSTUM.....	7
Für eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß.....	8
Moderne Wirtschaftsförderung mit neuen Instrumenten	8
Rahmenbedingungen verbessern durch "weniger Staat"	9
Mittelstand stärken, Mut zur Selbständigkeit unterstützen.....	10
Niedersachsen soll mobiler werden	12
Wir brauchen wettbewerbsfähige See- und Binnenhäfen	14
Für einen leistungsfähigen Flugverkehr in Niedersachsen	15
Neue Wege für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft	15
Die Expo mit neuen Ideen nutzen.....	16
Unsere Vision:	16
Chancen nutzen durch Medienvielfalt in Niedersachsen	17
DER STAAT ALS DIENSTLEISTER – FÜR EINE DURCHGREIFENDE VERWALTUNGSREFORM	18
Konzentration der öffentlichen Aufgaben, schonungslose Aufgabenkritik.....	18

Inhalt

Verschlankeung der öffentlichen Verwaltung	19
Verwaltung muß Dienstleistung sein.....	20
Schnellere behördliche Verfahren, weniger Rechtsmittel.....	20
KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN	22
WEIL WIR EIN VOLK SIND – VERTRIEBENE UND AUSSIEDLER	25
Für eine bessere Integration unserer Aussiedler.....	26
LANDWIRTSCHAFT HAT ZUKUNFT	27
Die Welt wird kleiner, die Märkte größer	27
Bäuerinnen und Bauern gestalten als Unternehmer die Zukunft.....	27
1. Eine horizontale Betriebsentwicklung auf der Grundlage der Nahrungs- und Futtermittelproduktion sowie der nachwachsenden Rohstoffe und der regenerativen Energieerzeugung.	27
2. Eine vertikale Betriebsentwicklung mit dem Trend zur Spezialisierung und Herausbildung von Einkommenskombinationen	28
Niedersachsen zur führenden Region der Nahrungsmittelproduktion in der EU ausbauen.....	28
Die EU-Agrarpolitik muß berechenbar bleiben	29
Fischerei in Niedersachsen	29
Landwirtschaft und Naturschutz.....	29
Nachwachsende Rohstoffe.....	30
Niedersachsen braucht leistungsfähige Wälder	30
Tierschutz	31
Reibungsverluste abbauen	31
DIE LÄNDLICHEN RÄUME ENTWICKELN.....	32
Die Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen stärken	32
Dorferneuerung	33
UMWELT- UND NATURSCHUTZ FÖRDERN	34
Für nachhaltigen und konsequenten Umwelt- und Naturschutz.....	34
Integrierte und gebührenfreundliche Abfallwirtschaft	35
Klimaschonende Energieversorgung	36
Naturschutz	38
Wasser	39
Hochwasser und Küstenschutz	39

Inhalt

POLITIK FÜR DIE JUNGE GENERATION	41
Lernen für die Zukunft.....	41
Begabungsgerechtes Schulwesen fördern.....	42
Qualitätssicherung des Schulwesens in den Mittelpunkt des pädagogischen und politischen Handelns.....	42
Schule muß auf den wirtschaftlich-technologischen Wandel vorbereiten.....	43
Werteerziehung - Grundlage für unser Zusammenleben in Staat und Gesellschaft	43
Lehrerinnen und Lehrer ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit unterstützen	44
Sicherung der Unterrichtsversorgung hat absoluten Vorrang.....	44
Stärkung eigenständiger Schulformen sichert die Grundlagen eines begabungsgerechten Schulwesens.....	45
Berufliche Bildung eröffnet Lebensperspektiven	47
Schaffung von Ausbildungsplätzen sichert die Zukunftschancen der jungen Generation.....	47
Hochschule - Eigenverantwortung und Wettbewerb stärken	48
Hochschulen entbürokratisieren und Selbstverantwortung stärken.....	49
Hochschulfinanzierung leistungsabhängig.....	49
Flexible Handlungsmöglichkeiten für die Personalauswahl	50
Studenten nach eigenen Qualitätskriterien auswählen.....	50
Studiengänge leistungsbezogen und arbeitsmarktorientiert gestalten	51
Personelle und räumliche Ressourcen konsequent nutzen.....	51
Mit Forschung und Technologie die Zukunft gestalten.....	52
Ausbau der Fachhochschulen stärkt Niedersachsens Wirtschaftskraft.....	54
Ausbau von Berufsakademien fördern	54
Eine reformierte Ausbildungsförderung sichert soziale Gerechtigkeit	54
Moderne Erwachsenenbildung unterstützt lebenslanges Lernen	55
FÜR EINE KULTUR DER ZUKUNFT	56
Sicherung vielfältiger Kultureinrichtungen in Stadt und Land	56
Stärkung der kulturellen Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche	56
Unterstützung von Integrationsfähigkeit und Toleranzbereitschaft	56
Stärkung der Regionen durch den Ausbau des Kulturtourismus	57
KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN IN NIEDERSACHSEN	58
PRO SPORT IN DAS 21. JAHRHUNDERT	59
FÜR EIN SOZIALES NIEDERSACHSEN.....	60
Wir wollen ein menschliches Niedersachsen - auch in schwierigen Zeiten	61
Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.....	61
Bürokratie abbauen	62
Hilfe zur Selbsthilfe - das Ehrenamt unterstützen.....	63
Sozialstationen und Hilfe für Pflegebedürftige stärken.....	63
Ausreichende Förderung der Krankenhäuser	63

Inhalt

Rettungsdienst - effektiv und kostengünstig.....	64
Medizinstandort Niedersachsen.....	64
Gesundheitsland Niedersachsen	64
Kampf gegen Drogen: Härte gegen die Dealer, Hilfe für die Abhängigen!.....	64
Praktische Solidarität mit behinderten Menschen	65
Neuorientierung in der Wohnungspolitik - mehr Eigenheime für junge Familien	66
Politik für die Wiederbelebung unserer Innenstädte	67
Familienpolitik ist Zukunftspolitik.....	67
Für ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot.....	68
Gleichberechtigungspolitik für Frauen und Männer - ideologiefrei, partnerschaftlich und zukunftsorientiert.....	69
Frauen brauchen mehr Chancen im Beruf.....	69
Frauen im ländlichen Raum dürfen nicht im Abseits stehen.....	70
Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen.....	70
Mehr Kompetenz für Gleichberechtigungspolitik.....	70
Ältere Menschen in Niedersachsen	71
INNERE SICHERHEIT SCHAFFEN.....	72
Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes zur Gewährleistung der unverzichtbaren Sicherheit und Ordnung.....	73
Kriminalität wirksam bekämpfen.....	75
Strafvollzug in Niedersachsen.....	78
Für eine Trennung von Resozialisierungsvollzug und Sicherungsvollzug.....	79
Wir wollen den "drogenfreien Knast"!	80
Recht sichert Freiheit	80
Rechtsvereinfachung gegen Staatsverdrossenheit.....	81
Justiz ist Dienstleistung für unsere Bürger	81
Justiz muß finanzierbar bleiben.....	82
NIEDERSACHSEN- UNSERE HEIMAT IN EUROPA	83

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Niedersachsen hat alle Chancen

Niedersachsen ist ein Land mit großer Tradition, die weit in die Geschichte Europas zurückreicht. Niedersachsen hat wegen seiner Bürgerinnen und Bürger und seiner günstigen geographischen Lage im Zentrum Mitteleuropas **alle Chancen auf eine erfolgreiche Zukunft**. Die Chancen müssen aber durch zukunftsgerichtetes Handeln genutzt werden. So wie es jetzt läuft, geht es nicht weiter.

Am 1. März 1998 wählen die Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen einen neuen Landtag und haben es in der Hand: Das Land braucht dringend eine neue Regierung, die entschlossen handelt und die **Zukunftschancen Niedersachsens** sichert. Niedersachsen braucht neues Denken und neues Handeln.

Die CDU in Niedersachsen steht für einen Neuanfang. Wir sind bereit, die Fehlentwicklungen und falschen Entscheidungen der jetzigen SPD-Landesregierung zu stoppen und das Land mit einer von Christian Wulff geführten bürgerlichen Regierung wieder auf Kurs zu bringen. Seine Politik, die Politik der CDU in Niedersachsen ist ehrlich, mutig und klar. Ihr Motto lautet **Neues Denken, Neues Handeln. Für Niedersachsen!**

Es ist eine neue Politik, die nicht auf schnelle Effekte und kurzfristigen Medienapplaus ausgerichtet ist. Es ist eine Politik, die das Wohl der Einwohner und des Landes Niedersachsen im Auge hat, anstatt es für persönliche Ziele zu instrumentalisieren.

Eine Politik mit festen politischen Grundsätzen und Zielen, orientiert an den Werten der freiheitlichen demokratischen Ordnung. Es ist unsere Politik, mit den Menschen zu reden und sie für richtige Überzeugungen zu gewinnen, statt ohne sie oder über sie hinweg Politik zu machen. Dies ist auch ein Gewinn für die Politik in Niedersachsen und in Deutschland, weil es einen Gewinn an **Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit** bedeutet. Politik hat sich zu lange mit sich selbst beschäftigt, anstatt Lösungen für die Menschen zu finden. Deshalb brauchen wir Neues Denken und Neues Handeln. Wir brauchen eine **neue Politik für Niedersachsen**. Niedersachsen braucht eine neue Regierung.

Die CDU in Niedersachsen hat ein Regierungsprogramm beraten und beschlossen, mit dem Niedersachsen eine Zukunft hat. Es ist ein Programm der Umkehr und des Neuanfangs. Es ist ein Programm, das Schluß macht mit einer Politik der Verschwendung und Verschuldung. Es ist ein Programm, mit dem das Land seine **Handlungsfähigkeit zurückerhalten** wird, ohne die es eine sichere Zukunft für Niedersachsen nicht geben kann. Es ist ein Programm, das sich besinnt auf das Notwendige und Erforderliche:

- wirtschaftliche Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze
- soziale und innere Sicherheit
- weniger Staat, mehr Eigenverantwortung
- Chancen im Bildungswesen

Das sind die besonderen Handlungsfelder und Herausforderungen der nächsten Jahre.

Es ist das Programm der CDU. **Ehrlich, mutig, klar!**

Worauf Sie sich verlassen können!

Mit gesunden Finanzen die Zukunft gestalten

Gesunde Finanzen und wirtschaftliches Wachstum sind die unverzichtbaren Voraussetzungen staatlicher Handlungsfähigkeit. Wer die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes durch eine unsolide Finanzpolitik, eine wachstumsschädliche Steuerpolitik und wettbewerbsbehindernde Abgaben zerstört, gefährdet die **Zukunftschancen unseres Landes** und belastet die künftigen Generationen.

Die SPD-Landesregierung hat diese Voraussetzungen zerstört. Die Landesfinanzen sind zerrütet, im Bundesrat blockiert die SPD-Landesregierung die dringend notwendige Steuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung und belastet niedersächsische Unternehmen mit zusätzlichen wettbewerbsbehindernden Abgaben.

Die Finanzkrise des Landes ist hausgemacht: Trotz eines Anstiegs der Steuereinnahmen um 38 % - nach Abzug der Kosten der Deutschen Einheit - hat die SPD-Landesregierung seit 1990 mit rund 30 Milliarden DM zusätzlicher Schulden den höchsten Schuldenanstieg aller westdeutschen Flächenländer zu verantworten. Der niedersächsische Staatsgerichtshof mußte die ausufernde Schuldenpolitik der SPD-Landesregierung als Verfassungsbruch verurteilen. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Die SPD-Landesregierung hat zudem **Rücklagen des Landes** in Höhe von 1,3 Milliarden DM vollständig aufgebraucht, Landesvermögen in Höhe von 1,6 Milliarden DM zum Stopfen von Haushaltslöchern veräußert, durch neue Abgaben Bürger und Betriebe belastet und die kommunalen Haushalte um 7 Milliarden DM geplündert.

Um ihre verfehlte Finanzpolitik notdürftig zu kaschieren, sperrt die Landesregierung seit 1994 ununterbrochen die freiwilligen Ausgaben des Landes und vor allem die arbeitsplatzschaffenden Investitionen.

Anstatt **zukunftsichernde Investitionen** zu tätigen, wurden durch 9.700 zusätzliche Stellen in der Landesverwaltung, insbesondere in der teureren Ministerialbürokratie, die Personalausgaben auf Rekordhöhe geschraubt. 42,6 % des Landeshaushaltes werden heute für Personalausgaben verbraucht. Niedersachsen hat damit die teuerste Verwaltung aller westdeutschen Flächenländer.

Die Investitionen machen heute nicht einmal mehr 10 % der Gesamtausgaben des Landes aus. Kein anderes Flächenland investiert weniger in **Zukunft und Arbeitsplätze** als die SPD-Landesregierung in Niedersachsen.

Trotz aller Versprechungen hat die SPD-Landesregierung bis heute keine wirksame Sparpolitik eingeleitet. Der versprochene Stellenabbau von 8.000 Stellen und die Verwaltungsreform sind gescheitert, statt Ausgabenkürzungen wurden zusätzliche Ausgaben von der SPD beschlossen, Investitionen werden durch Notverordnungen gesperrt, und statt zu sparen werden mehr Schulden gemacht.

Die bitteren Folgen dieser unverantwortlichen Ausgabeninflation und Schuldenexplosion hat der Staatssekretär im niedersächsischen Finanzministerium offenbart: "Das Land ist finanziell am Ende."

Die CDU steht für einen Neuanfang. Sie steht für einen Kurswechsel, für eine **Umkehr in der Finanzpolitik**. Niedersachsen hat keine sichere Zukunft ohne eine neue moderne Finanz- und Haushaltspolitik, die Wirtschaft und Beschäftigung fördert, verlässliche Steuereinnahmen garantiert, die Leistungsfähigkeit des Landes

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

beachtet und die Investitions- und Innovationsfähigkeit des Landes für mehr Arbeitsplätze verbessert.

Entlastung für mehr Wachstum und Beschäftigung

Zur Förderung von mehr Wachstum und Beschäftigung hat die CDU eine große Steuerreform beschlossen. Wir müssen die im internationalen Vergleich viel zu hohen Steuersätze absenken und die Steuerlast der Steuerzahler reduzieren. Nur so können die bestehenden Hemmschwellen für Investitionen auch aus dem Ausland beseitigt werden zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Durch den drastischen Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und -privilegien wollen wir erreichen, daß jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert wird.

Wir brauchen **ein einfaches, klares und gerechtes Steuersystem**, das Steuer-schlupflöcher stopft, Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft unattraktiv macht und eine wirksame Mißbrauchskontrolle ermöglicht. Die CDU wird die Finanzämter in Niedersachsen so strukturieren und ausstatten, daß diese insbesondere in den Bereichen der Steuerfahndung und Außenbetriebsprüfung wesentlich effektiver als bisher zur Versteigerung der Steuereinnahmen beitragen können.

Eine große Steuerreform, die mehr Wachstum und Beschäftigung schafft, ist der beste Garant für steigende Steuereinnahmen und entlastet die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte von den zu hohen Kosten der Arbeitslosigkeit.

Konsequentes Sparen durch neues Handeln

Wir brauchen eine neue Verantwortungsbalance zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor.

Der auf ein Übermaß gewachsene staatliche Einfluß auf alle gesellschaftlichen Bereiche überfordert die Leistungsfähigkeit des Landes, entmündigt die Menschen und ist ein Hemmschuh für die Entfaltung von mehr **Verantwortung, Solidarität und Freiheit**. Nichts ist deshalb dringender als der Abbau behindernder staatlicher Belastungen, Überreglementierungen und Bevormundungen.

Die von der SPD zu verantwortende schwerste Finanzkrise des Landes macht sofortiges Handeln erforderlich. Wir wissen, daß es Jahre dauern wird, um die Folgen dieser unverantwortlichen Haushaltspolitik zu reparieren. Wir müssen die zerrütteten Landesfinanzen wieder konsolidieren. Wenn wir unsere Zukunft sichern wollen, müssen wir durch die erfolgreiche Finanzreform den finanziellen **Handlungsspielraum zurückgewinnen**.

Deshalb brauchen wir in Niedersachsen ein echtes Einspar- und Sanierungsprogramm, das die Ausgaben und Einnahmen des Landes wieder in Einklang bringt. Dabei werden wir staatliche Aufgaben auf allen Ebenen abbauen, überflüssige Regulierungen abschaffen, öffentliche Aufgaben privatisieren sowie die Verwaltung verschlanken.

Die CDU hat hierfür ein Programm vorgelegt, das jährlich 2,1 Milliarden DM einspart und die Gesundung der Landesfinanzen, eine sinkende Neuverschuldung und dringend benötigte Investitionen ermöglicht. Die SPD hat alle Vorschläge abgelehnt.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die CDU ist sich bewußt, daß auch die Kürzung einzelner freiwilliger Leistungen schmerzlich sein kann, aber wir dürfen und können heute nicht über unsere Verhältnisse leben. Unser Wohlstand und unsere **wirtschaftliche Leistungskraft** sind keine Selbstverständlichkeit. Gerade deswegen müssen wir mit einer gesicherten Finanzausstattung und einer verantwortungsvollen Finanzpolitik das Fundament für einen leistungs- und handlungsfähigen Staat erhalten. Alle notwendigen Leistungen des Landes können nur dann gewährleistet werden, wenn das Land in der Lage ist, die hierfür erforderlichen Ausgaben zu finanzieren. Ohne einen ausgeglichenen und verfassungsgemäßen Haushalt sind die Zuwendungen, Förderungen und Leistungen des Landes in allen Politikbereichen gefährdet. Deshalb ist die Wiederherstellung einer soliden Finanzausstattung durch die Sanierung der Landesfinanzen unabdingbare Voraussetzung für eine **verantwortungsvolle Politik** und für die Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Landes Niedersachsen.

Beim Sparen fangen wir oben an

Bei der Sanierung der Landesfinanzen muß der Niedersächsische Landtag mit gutem Beispiel vorangehen. Nur wenn die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages ein Zeichen zur Verkleinerung und damit zur Kostenreduzierung des Landtages setzen, kann von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung und den von den Kürzungen von Landesleistungen betroffenen Menschen Akzeptanz für die dringend notwendigen Sparmaßnahmen erwartet werden. Die CDU wird die Zahl der Landtagsmandate von jetzt 161 auf 135 senken und die Anzahl der Wahlkreise von 100 auf 80 reduzieren.

Wir werden mindestens zwei Ministerien abschaffen und die Ministerialbürokratie auf die klassischen Führungs- und Leistungsfunktionen beschränken.

Wir werden die Aufgaben nach unten verlagern, weil vor Ort auch vieles besser entschieden wird als in den Ministerien und Bezirksregierungen. Wir werden dadurch die **Eigenverantwortung stärken** und mit einer modernen Verwaltungsorganisation mehr Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe ermöglichen.

Wir werden die Bezirksregierungen zu reinen Bündelungs- und Koordinierungsbehörden straffen und Gemeinden, Städten und Landkreisen mehr Freiheit für die eigene Entscheidung geben. Wir werden Ämter und Zwischeninstanzen abbauen. Wo es möglich ist, wollen wir mit anderen Bundesländern Behörden zusammenlegen, um Kosten zu sparen und Synergieeffekte zu nutzen. Wir werden die Hilfen des Landes effektiver und zielgenauer gestalten. Politisch motivierte Ausgabenverschwendung wie etwa bei den aussichtslosen Schröder-Griefahn-Prozessen, die den Steuerzahler schon mehr als 70 Millionen DM gekostet haben, wird sofort gestoppt. Gleiches gilt für das Asylbewerberleistungsgesetz. Regierungspropaganda auf Staatskosten oder unnötige Gutachterkosten wird es mit der CDU nicht länger geben.

Wachstumshemmende und kostenintensive Landesvorschriften abbauen

Die von der SPD-Landesregierung eingeführten kostenintensive Gesetze, Verordnungen und Erlasse (z.B. Personalvertretungsgesetz, Naturschutzgesetz, Hochschulgesetz, Schulgesetz, Landesraumordnungsprogramm) werden wir ändern. Kostentreibende Standards, z.B. bei Kindergärten, im Wohnungsbau, im

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Hochschulbau oder im Straßenbau müssen reduziert werden. Landesspezifische Abgaben, Prüfungen und Auflagen werden abgebaut.

Aufgabenabbau schafft Handlungsfreiheit

Der Aufgabenabbau ist der Schlüssel für mehr finanzielle Handlungsfreiheit. Der Staat muß nicht alles selbst machen. Wir werden Aufgaben abbauen und verlagern, die nicht zu den Kernaufgaben des Staates gehören und seine Leistungsfähigkeit übersteigen. Daneben müssen alle Verwaltungsverfahren und -strukturen vereinfacht werden. Wir vertrauen dem **Verantwortungsbewußtsein der Bürger** mehr als einer Reglementierung bis ins letzte Detail.

Privatisierung und privatwirtschaftliche Methoden steigern die Effizienz der Landesverwaltung

Die Erfahrungen der Wirtschaft haben gezeigt, daß eine Vielzahl von Aufgaben kostengünstiger, effektiver und schneller von privaten Unternehmern erledigt werden können. Wir werden beispielsweise Ingenieur- und Architektenleistungen, Laboruntersuchungen, Meß- und Prüfaufgaben und handwerkliche Leistungen stärker privatwirtschaftlich statt wie bisher von der Landesverwaltung erbringen lassen.

Durch den Einsatz markt- und betriebswirtschaftlicher Instrumente wollen wir die Verwaltung kostengünstiger, effektiver und zugleich **bürgerfreundlicher gestalten**. Das Ziel ist eine Verwaltung, die den Bürger als Kunden und Partner ansieht, der von einer Stelle aus so **schnell, einfach und zielführend** wie möglich bedient werden muß. Hierzu ist es auch notwendig, externen Sachverstand in Form von privatwirtschaftlichen Unternehmensberatungen einzubeziehen. Neue Modelle der Verwaltungsführung und Aufgabenerledigung, wie Budgetierung und dezentrale Ressourcenverwaltung müssen ebenso verstärkte Anwendung finden wie der Einsatz eines inner(betrieblichen) Vorschlagswesens.

Mobilisierung von Privatkapital schont Steuergelder und schafft zusätzliche Investitionen für Arbeitsplätze

Private Finanzierungsmodelle sind geeignet, öffentliche Investitionen um bis zu einem Drittel kostengünstiger zu erstellen, Einsparpotentiale zu realisieren und Verwaltungsaufwand zu verringern. Durch die Mobilisierung von Privatkapital für öffentliche Investitionen können **zusätzliche Investitionen** für mehr Arbeitsplätze initiiert und die Staatsquote zurückgeführt werden. Deshalb werden wir alle Investitionsmaßnahmen des Landes über private Finanzierungskonzepte durchführen, wenn diese privaten Lösungen wirtschaftlicher sind.

Zukunftsfonds Niedersachsen

Das Land Niedersachsen verfügt über erhebliches Vermögen in Form von Liegenschaften und Immobilien. Dieses Vermögen wird gegenwärtig jedoch nicht sinnvoll eingesetzt. Im Gegenteil: Die SPD-Landesregierung hat allein in den letzten Jahren Landesvermögen im Wert von über 1600 Millionen nutzlos verbraucht, um ihre durch selbstverschuldete Ausgabeninflation und mangelnden Sparwillen

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

verursachten Haushaltslöcher zu stopfen. Die Vermögenswerte sind durch diese Strohfeuerpolitik sinn- und nutzlos verheizt worden.

Die CDU wird das Landesvermögen zur **Zukunftsgestaltung für Niedersachsen** einsetzen. Der Gegenwert der landeseigenen 650.000 ha Ländereien und rund 9.500 Immobilien beläuft sich auf einen mehrstelligen Milliardenbetrag. Aus diesem Besitz werden wir gezielt einige Objekte veräußern und den Erlös in einen Zukunftsfonds Niedersachsen einbringen, dessen Erträge innovative ausbildungs- und arbeitsplatzschaffende sowie die Zukunft des Bildungs- und Forschungsstandortes Niedersachsen gewährleistende Investitionen finanzieren werden. Wir werden die Stellung des Landes Niedersachsen bei der Volkswagen AG und der NORD/LB sichern und wahren.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Neue Arbeitsplätze durch qualitatives Wachstum

Deutschland durchlebt, nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung der Märkte, einen tiefgreifenden Strukturwandel. Der Standort Niedersachsen hat hervorragende Voraussetzungen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. **Qualifizierte und leistungsorientierte Arbeitnehmer**, eine gute wirtschaftsgeographische Lage, hochqualifizierte Universitäten und Wissenschaftler und eine ausbaufähige Forschungs- und Infrastruktur.

Dennoch ist Niedersachsen im Standortwettbewerb der Bundesländer zurückgefallen. In wichtigen Industriebranchen in Niedersachsen gehen Arbeitsplätze verloren. Niedersachsen hat heute die zweithöchste Arbeitslosigkeit und die zweitniedrigste Wirtschaftsleistung pro Erwerbstätigen unter allen westdeutschen Flächenländern. Niedersachsen hat nach Aussagen des deutschen Patentamtes bei zukunftsweisenden und arbeitsplatzschaffenden Erfindungen erheblich an Boden verloren. In Niedersachsen wird weniger ausländisches Kapital investiert als in anderen Bundesländern. Das Niedersächsische Institut der Wirtschaft hat festgestellt, daß Spitzentechnologien im Export und im Land Niedersachsen nur schwach vertreten sind. Die Norddeutsche Landesbank schreibt in ihrem Gutachten: "Niedersachsen hat seine Bedeutung als Forschungsstandort langfristig verloren."

Die politische Verantwortung für die im Vergleich der Bundesländer besorgniserregende Entwicklung trägt die SPD-Landesregierung. Sie hat aus dem Strukturwandel die notwendigen Konsequenzen nicht gezogen, sondern durch ihre wirtschaftspolitischen Versäumnisse und Fehler die Probleme noch verschärft.

In keinem anderen Bundesland wurde die Wirtschaftsförderung so drastisch reduziert wie in Niedersachsen. EU-Mittel für Wirtschaftsförderung verfallen, weil das Land seinen notwendigen Anteil nicht mehr erbringen kann. Die Mittel für Export- und Messeförderung wurden gekappt. Die Bundesmittel zur Risikokapitalförderung wurden im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern nicht genutzt. Kein anderes Bundesland investiert weniger in die **wirtschaftsnahe Infrastruktur** und erteilt weniger öffentliche Aufträge als die SPD-Landesregierung. Obwohl der niedersächsische Ministerpräsident in einer Regierungserklärung ein 400 Millionen DM umfassendes Technologieprogramm versprochen hat, wurde das Technologieprogramm des Landes auf 23 Millionen DM radikal zusammengestrichen. Durch ihr Landesraumordnungsprogramm pflegt die SPD-Landesregierung rot-grüne Lebensgefühle und behindert damit die Ausweisung von Gewerbegebieten. Landesspezifische Gebühren und Abgaben erhöhen die finanziellen Belastungen der Unternehmen. Durch ihre verfehlte Verkehrspolitik hat die SPD-Landesregierung der Entwicklung der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur schweren Schaden zugefügt.

Die SPD-Landesregierung betreibt eine Wirtschaftspolitik ohne Konzept. Sie beschränkt sich auf bloßes Krisenmanagement und symbolisches Handeln. Show-Effekte ersetzen aber nicht die notwendigen strukturellen und strategischen Maßnahmen, um die landespolitischen Bedingungen und den Rahmen zugunsten von **mehr Wachstum und Beschäftigung** und zur Unterstützung des Strukturwandels politisch zu gestalten.

Wir brauchen eine radikale wirtschaftspolitische Kehrtwendung, um die Wachstums- und **Beschäftigungspotentiale Niedersachsens** offensiv zu nutzen und den Standort wettbewerbsfähig zu machen.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Nur eine aktive Wirtschaftspolitik, die wachstumsfördernde Rahmenbedingungen schafft, eine optimale wirtschaftsnahe Infrastruktur entwickelt, eine zukunftsorientierte zielgerichtete Wirtschaftsförderung betreibt, **Impulse für neue Technologien** und Unternehmen setzt und ein wirtschaftsfreundliches Klima erzeugt, kann die Wirtschafts- und Beschäftigungschancen der Globalisierung nutzen, den notwendigen Strukturwandel positiv begleiten und **Niedersachsen konkurrenzfähig** machen.

Für eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß. Nahezu alle Politikbereiche und deren Entscheidungen haben Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung. Alle finanziellen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Entscheidungen des Landes werden wir darauf ausrichten, wirtschaftliches Wachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammenbringen für Bündnisse für mehr zukunftssichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Wir brauchen dafür eine neue Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft, in der sich der Staat gleichzeitig als **Dienstleister, Rahmen- und Impulsgeber** versteht. Die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Staat sind der Schlüssel für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen. Durch eine enge Zusammenarbeit und durch Unterstützung werden wir die Voraussetzungen und Hilfen anbieten, die die Leistungsfähigkeit der Betriebe stärken, Zukunftstechnologien zum Durchbruch verhelfen, neue Märkte erschließen und damit Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Bei der **Erschließung neuer Märkte**, bei der Ansiedlung von Unternehmen, bei der Aufnahme und Stärkung der Exporttätigkeit, bei der Suche nach und der Anbahnung von Kooperationen, bei der Überwindung staatlicher Hemmnisse oder Einschränkungen auch auf Auslandsmärkten werden wir der niedersächsischen Wirtschaft durch eine **konsequente, vorausschauende und effektive Politik** zur Seite stehen.

Moderne Wirtschaftsförderung mit neuen Instrumenten

Die SPD-Landesregierung hat den Wirtschaftsförderfonds des Landes seit 1990 mehr als halbiert. Moderne Förderungsinstrumente wie die Bereitstellung von Risikokapital hat die SPD-Landesregierung in verantwortungsloser Weise vernachlässigt und den niedersächsischen Unternehmen damit **Bundesmitten in erheblichem Umfang** vorenthalten.

Die CDU wird niedersächsische Unternehmen nachhaltig mit Risikokapital unterstützen. Dazu wollen wir die mittelländische Beteiligungsgesellschaft des Landes Niedersachsen neu strukturieren, damit sie die zur Risikokapitalförderung bereitgestellten Bundesmittel auch den niedersächsischen Unternehmen, Existenzgründern, innovativen Unternehmern zur Verfügung stellt. Wir wollen eine moderne Bürgschaftspolitik des Landes, die nicht allein repariert und damit dem Krisenmanagement dient, sondern zusätzlich vor allem **jungen und expandierenden Unternehmen** hilft, neue Märkte zu erschließen, neue Produkte zu vermarkten und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir werden die Wirtschaftsfördermittel des Landes gezielt einsetzen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden daher alle europäischen Förderprogramme für

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

die Wirtschaftsentwicklung aus Landesmitteln gegenfinanzieren. Die CDU wird nicht zulassen, daß weiterhin für **Niedersachsen bestimmte Bundes- und Europamittel** zur Wirtschaftsförderung nicht eingesetzt werden und dadurch anderen Ländern zugute kommen.

Eine Wirtschaftsförderung ohne Konzept, allein nach dem Gießkannenprinzip, kann sich Niedersachsen angesichts seiner desolaten Finanzlage nicht leisten. Alle Subventionen und Transferleistungen werden auf ihre **Wirksamkeit und Zielgenauigkeit** überprüft. Mitnahmeeffekte müssen ausgeschlossen werden. Das unübersichtliche, ausgeuferte Förderwesen wird entrümpelt. Die staatliche Wirtschaftsförderpolitik muß sich darauf konzentrieren, Initialzündungen auszulösen. Sie ist deshalb von Anfang an zeitlich zu befristen und dabei jeweils schrittweise zu vermindern. Wir werden konsequent einzelbetriebliche Subventionen abbauen, die durch Mitnahmeeffekte und Fehlleitungen gekennzeichnet sind. Wir werden die unübersichtliche Zahl von Förderprogrammen in Niedersachsen durchforsten und auf wenige effektive Programme reduzieren. Mit diesen differenzierten Maßnahmen werden wir die Subventionen des Landes um durchschnittlich 10 Prozent verringern. Wir wollen die Mittelvergabe über eine private Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes **einfach und schnell** ermöglichen.

Rahmenbedingungen verbessern durch "weniger Staat"

Um die Wettbewerbsnachteile der Unternehmen im Standort Deutschland abzubauen, müssen die finanziellen Belastungen an die internationale Entwicklung angepaßt und verringert werden. Dazu gehören vor allem die **Senkung der Unternehmenssteuern** und der **Abbau der Lohnzusatzkosten**. Wenn deutsche Unternehmen Arbeitsplätze in Länder mit niedrigen Steuern verlagern, weil sie der internationale Wettbewerb dazu zwingt, wenn ausländische Unternehmen aus demselben Grund nicht hier investieren, dann ist die Höhe der Unternehmenssteuern keine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sondern der Notwendigkeit im Kampf um den **Erhalt von Arbeitsplätzen und Einkommen**. Deutschland wird kein Niedrigsteuerland werden. Aber eklatante Differenzen zum Ausland müssen reduziert werden.

Wir werden den von der SPD-Landesregierung im Bundesrat bislang blockierten Gesetzen zur Senkung der Unternehmensbesteuerung und zur Reduzierung der Lohnzusatzkosten über eine Leistungsreform der Sozialversicherungen zustimmen.

Landesspezifische Unternehmensbelastungen in Niedersachsen wie die Abfall- und Wasserabgabe sowie überhöhte Gebühren im Vergleich zu anderen Bundesländern sind wettbewerbsbehindernd und schaden dem Wirtschaftsklima Niedersachsens.

Durch die Abschaffung von überflüssigen wettbewerbshindernden Regelungen sowie die Verschlinkung der Bürokratie können verschüttete Wachstumskräfte freigesetzt werden. Der Ruf nach mehr staatlichen Eingriffen führt in die Sackgasse.

Deregulierung und Abbau der Überreglementierung ist das Gebot der Stunde.

Ein nicht unbedeutender Teil unserer Wirtschaft operiert auf regulierten Märkten oder wird durch einengende unnötige Vorschriften in seiner wirtschaftlichen Entwicklung behindert. Dies fesselt Wachstumskräfte. Die Privatisierung der Telekom zeigt es exemplarisch, welche Potentiale freigesetzt werden, wenn diese Märkte dereguliert werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Das niedersächsische PVC-Verbot für öffentliche Aufträge, die Verbandsklage und die von der SPD-Landesregierung geschaffene überbordende Umweltbürokratie behindern Niedersachsens Unternehmen und schaden dem Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Die CDU wird alle landesspezifischen Überregulierungen sofort rückgängig machen.

Mit einem "Bürokratiekosten-TÜV" werden wir die Vollzugskosten von gesetzlichen Regelungen offenlegen und dann den Regelungsdschungel lichten. Wir werden die erforderlichen Prüfungen im technischen Bereich stärker auf private Sachverständige oder auf die Unternehmen selbst übertragen. Damit kann **Verwaltungsaufwand erheblich begrenzt** werden.

Durch die Zusammenlegung identischer Kontrollaufgaben von Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaft und TÜV werden wir unnötigen Kontrollaufwand vermindern und Kosten sparen. Zum Abbau der Bürokratie, gehört auch der Abbau bzw. die Zusammenfassung von statistischen Angaben, die die Betriebe an die zuständigen Behörden weitergeben müssen.

Schleppende, zeitaufwendige und unberechenbare Genehmigungsverfahren belasten die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens.

Mit der CDU-geführten Landesregierung wird Niedersachsen künftig damit werben können, daß die **Genehmigungsverfahren in festgesetzten, kurzen Fristen** abgewickelt werden. Wir vereinfachen Planungs-, Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren und führen zur Beschleunigung Antragskonferenzen mit Verfahrensmanagement und Ausschlußfristen ein.

Mittelstand stärken, Mut zur Selbständigkeit unterstützen

Die niedersächsische Wirtschaft ist überwiegend mittelständisch geprägt. Wirtschaftskraft, Ideenreichtum und Erfolgswille mittelständischer Unternehmen sind für die Investitions- und Wachstumsbelebung und damit für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen von besonderer Bedeutung. Mittelstand und Handwerk sind **Rückgrat und Motor der Sozialen Marktwirtschaft**.

Eine hohe Zahl von Selbständigen ist ein wesentlicher Schlüssel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Eine Existenzgründung schafft durchschnittlich 4 zusätzliche Arbeitsplätze.

Die SPD-Landesregierung hat die **Förderung von Mittelstand, Handwerk und Existenzgründern** eklatant vernachlässigt. Sie hat das Herzstück der Mittelstandspolitik - das Landesdarlehensprogramm - als beschäftigungswirksamstes Instrument von 143 Millionen DM in 1989 auf nur noch 50 Millionen DM in 1997 rücksichtslos zusammengestrichen. Das erfolgreiche Technologie-Assistentenprogramm zur **Förderung von Innovationen und neuen Technologien** im Mittelstand hat die SPD-Landesregierung praktisch eingestellt. Messe- und Exportförderung für den Mittelstand wurden gekürzt. Die Förderung von Existenzgründern aus Landesmitteln findet seit 1994 nicht mehr statt. Insbesondere die mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe, die überwiegend für öffentliche Auftraggeber tätig sind, sind direkt von den Investitionskürzungen der SPD-Landesregierung in Landeshaushalt und den kommunalen Haushalten betroffen. In keinem anderen Bundesland ist die Investitionstätigkeit des Landes so niedrig und wurden die investiven Aufträge der Kommunen so stark zurückgenommen wie in Niedersachsen.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Zwei Jahre lang hat die SPD-Landesregierung die notwendige **Entlastung des Mittelstandes** von der Gewerbesteuer blockiert, trotz anders lautender Versprechungen. Den Betrieben in Niedersachsen ist dadurch ein Schaden in Höhe von etwa 1000 Millionen DM entstanden.

Niedersachsen hat heute den geringsten Anteil an Handwerksbetrieben und einen unterdurchschnittlichen Anteil an Selbständigen unter allen westdeutschen Flächenländern.

Die CDU steht für eine mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik, die **günstige Rahmenbedingungen** für den Mittelstand schafft, Wettbewerbsnachteile ausgleicht und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt. Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit und der Anerkennung unternehmerischer Tätigkeit in unserer Gesellschaft.

Mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm, dem Zinsverbilligungsprogramm für innovative Investitionen, dem Risikokapital für Existenzgründer und Jungunternehmer, der Meisterförderung und den steuerlichen Verbesserungen für den Mittelstand hat die CDU-geführte Bundesregierung ein Instrumentarium geschaffen, um den Schritt in die Selbständigkeit zu erleichtern.

Die CDU wird in Niedersachsen mit einer "Offensive für mehr Selbständigkeit" ein neues Verständnis und eine **positive Einstellung zur Selbständigkeit** schaffen. Wir wollen, daß an den Schulen die Rolle, die Bedeutung und die Leistung von Unternehmern und Existenzgründern objektiv dargestellt wird. Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft unternehmerische Tätigkeit an den Schulen fördern, um mehr Verständnis für freies Unternehmertum zu erhalten. Wir wollen den Mut zur Selbständigkeit unterstützen und fördern, z. B. an den Hochschulen des Landes. Wir wollen mit unserer Gründungsinitiative neuen Unternehmen *die* Hilfen zukommen lassen, die sie dringend benötigen. Wir werden über regionale Netzwerke neuen Unternehmen Lotsen an die Hand geben, die ihnen alle Klippen bei Behörden, Banken und im Geschäftsleben umschiffen helfen. Die jungen Unternehmen brauchen eine **langfristige begleitende Beratung**, um in den Anfangsjahren erfolgreich zu sein.

Arbeitslosen Existenzgründern wollen wir durch die Zusammensetzung von EU-Fördermitteln, dem Überbrückungsgeld der Bundesanstalt für Arbeit und zusätzlichen Landesmitteln das Startkapital zur Verfügung stellen.

Die Globalisierung der Märkte trifft auch den Mittelstand. Sie bietet ihm aber auch große Chancen bei Umstrukturierung und neuer Zielsetzung. Um **neue Märkte für mittelständische Unternehmen** zu erschließen, werden wir die Messerförderung und die Exportförderung verbessern und gemeinsam mit der Hannover-Messe Anlaufstellen für mittelständische Unternehmen im Ausland schaffen.

Für eine erfolgreiche **mittelstandsorientierte Technologieförderung** ist die Wiederbelebung des Technologieassistentenprogramms und des Landesdarlehnsprogramms unerlässlich.

Durch die Mobilisierung von Privatkapital für öffentliche Investitionen und die Rücknahme der katastrophalen Eingriffe in die kommunalen Kassen werden wir die Investitionstätigkeit des Landes und der Kommunen verstärken und verstetigen. Wir werden die Teilnahmemöglichkeiten des Mittelstandes bei öffentlichen Ausschreibungen verbessern, damit mehr mittelständische Unternehmen an den öffentlichen Ausschreibungen partizipieren können (z.B. durch kleinvolumigere Lose, beschränkte Ausschreibung u.a.).

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Durch die Privatisierung staatlicher Leistungen in Niedersachsen werden wir mehr öffentliche Aufträge für mittelständische Unternehmen ermöglichen.

Die CDU unterstützt einen starken **Einzelhandel in Niedersachsen**. Wir wollen den Strukturwandel im Einzelhandel begleiten und die Beratungsförderung für den Einzelhandel und neue mittelständische Dienstleistungen verstärken.

Niedersachsen soll mobiler werden

Eine funktionierende und moderne Verkehrsinfrastruktur dient dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen im Flächenland Niedersachsen und ist **Lebensader für die Wirtschaft**. Die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes muß der veränderten wirtschaftsgeographischen Lage angepaßt und modernisiert werden.

Trotz ihrer angespannten Finanzlage hat die Bundesregierung den wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen geleistet. Niedersachsen bekommt für die Verkehrsinfrastruktur und hier vor allem für den Ausbau der Autobahnen und Bundesstraßen mehr Bundesmittel als alle anderen Bundesländer. Allein die Investitionen des Bundes bis zum Beginn der EXPO betragen für die Verkehrswege rund 3 Milliarden DM. Sie übertreffen bei den Bundesfernstraßen den üblichen Anteil des Landes bei weitem. **Niedersachsen profitiert** darüber hinaus von den Ausbauprojekten der deutschen Einheit, z.B. beim Mittellandkanal und bei der ICE-Schnellstrecke Hannover-Berlin. Allein 96 % der ÖPNV-Investitionen in Niedersachsen kommen aus Bundesmitteln.

Die SPD-Landesregierung dagegen hat ihre Förderung für den ÖPNV und die gesamte Verkehrsinfrastruktur massiv zusammengestrichen. Die Mittel für den Landesstraßenbau wurden um 43 % gekürzt, die Mittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen um 70 %, die Mittel für den Radwegebau um 44 %, die Mittel für kommunale Entlastungsstraßen um 46 % und die Investitionsförderung des ÖPNV aus Landesmitteln um 80 %.

Fast 50 % aller niedersächsischen Landesstraßen weisen inzwischen mittlere bis starke Schäden auf. Die von der SPD-Landesregierung eingesetzten Mittel für den Landesstraßenbau reichen nicht einmal aus, um die Schäden an den bestehenden Landesstraßen zu beseitigen. Für den kommunalen Straßenbau liegen Anträge zum Ausbau in dreistelliger Millionenhöhe bei der Landesregierung vor, ohne daß wegen der Mittelkürzung die Aussicht darauf besteht, daß diese notwendigen kommunalen Straßen gebaut werden können. Die SPD-Landesregierung vernachlässigt sträflich den dringend notwendigen Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum**.

Mit ihrer verfehlten Verkehrspolitik hat die SPD-Landesregierung die Weichen bis ins nächste Jahrtausend falsch gestellt. Die strukturellen Auswirkungen dieser falschen Entscheidung werden Niedersachsen in der Zukunft schwer belasten. Zum Bundesverkehrswegeplan z.B., der immerhin bis über das Jahr 2000 hinaus Gültigkeit hat, wurden vom Land keine neuen Fernstraßen angemeldet. Die Landesregierung hat sich gegen den Bau der A 14 nach Lüneburg, der A 39 nach Rostock und der festen Elbquerung im Rahmen der A 20 ausgesprochen. Diese Autobahnen sind wegen des Skandinavien-Handels für Niedersachsen besonders wichtig. Die Ablehnung der Landesregierung führt schon jetzt zu schweren Standortnachteilen. Die CDU ist für den Bau der A 26 von Stade nach Hamburg als vollwertige Autobahn mit zwei Spuren je Fahrtrichtung. Wir unterstützen auch den für die Ost-West-Anbindung dringend notwendigen Bau der A 38 (Göttingen-Halle).

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die CDU will eine **neue Verkehrspolitik**, die den Verkehrsfluß verbessert, die wirtschaftliche und individuelle Mobilität erhält, periphere Wirtschaftsräume verkehrstechnisch erschließt und den Verkehr umweltgerechter gestaltet.

Die Kapazitäten im Güterverkehr müssen durch die Vermeidung von Leerfahrten besser genutzt werden. Wir wollen durch den Ausbau von elektronischen Verkehrsleitsystemen eine bessere Verkehrserfassung, eine bessere Verkehrsinformation, bessere Verkehrsleitung und eine bessere Verkehrszielführung ermöglichen. Wir werden durch den **Ausbau moderner Verkehrsleitsysteme** unnötige Verkehrsaufkommen vermeiden, Staus abbauen und die Umwelt entlasten.

Wir werden eine stärkere Verknüpfung der Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße, damit die einzelnen Verkehrsträger optimal genutzt und umweltgerecht eingesetzt werden können. Dazu gehört der Ausbau von Güterverkehrszentren und deren Förderung, dazu gehört auch der forcierte Ausbau der Wasserwege, vor allem des Mittellandkanals und der Schienenstrecken, insbesondere zu den niedersächsischen Seehäfen. Wir setzen uns für den Erhalt der vorhandenen Bundesbahnstrecken und für eine Streckenfortführung des Transrapid durch Niedersachsen über Bremen/Oldenburg nach Amsterdam ein.

Bei allen Anstrengungen werden diese bestehenden Verkehrswege jedoch nicht in der Lage sein, den Zuwachs am Personen- und Güterverkehr aufzunehmen. Deshalb wird es entscheidend darauf ankommen, die Fernverkehrsstraßen gezielt auszubauen und im Einzelfall auch neue zu bauen, Verkehrsengpässe zu beseitigen und den **Ausbau der Ortsumgehungen** in Städten und Gemeinden zu verstärken. Die CDU setzt sich nachhaltig für die Schließung der Autobahnlücken in Niedersachsen ein, für den durchgängigen 6-spurigen Ausbau der A 1 von Lotter Kreuz bis Delmenhorst sowie für den Neubau der dringend benötigten Autobahnen in Ost-Niedersachsen.

Wir werden in den Ballungsgebieten und in den ländlichen Räumen den öffentlichen **Nahverkehr attraktiver** machen. Die Ballungsgebiete und Innenstädte wollen wir durch den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs vom Individualverkehr entlasten. In den ländlichen Räumen werden wir den Öffentlichen Personennahverkehr durch die Verbindung mit dem Schülerverkehr und Selbstbewirtschaftungsvorhaben verstärkt fördern. Im ländlichen Raum ist jedoch der PKW durch den Öffentlichen Personennahverkehr nicht zu ersetzen. Deshalb hat für uns der kommunale Straßenbau im ländlichen Raum Priorität. Dazu gehört vor allem die Entlastung der Städte und Dörfer vom Durchgangsverkehr.

Auf der Grundlage einer integrierten Verkehrsplanung werden wir ein Programm schaffen, das die Verkehrsinvestitionen im Nahbereich bündelt. Die vorhandenen Verkehrsinvestitionsmittel von Bund, Land und Kommunen werden dadurch gezielt ausgerichtet. Die verschiedenen Verkehrsträger werden miteinander verknüpft. Die Verkehrspolitik vor Ort wird versachlicht. Dadurch wird ein sinnvolles Miteinander der vorhandenen Verkehrsträger ermöglicht.

Wir werden ein **Verkehrssicherheitsprogramm in Niedersachsen** vorlegen. Unter Einbeziehung des Ausbaus von Radwegen werden wir Unfallschwerpunkte beseitigen.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß privates Kapital zur Einrichtung neuer Verkehrstechniken und zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur genutzt werden kann.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Private Unternehmer müssen stärker als bisher Zugang zu den regionalen Schienen- und Busverkehren haben. Wir werden uns für die Ausweitung der niedersächsischen Privatbahnen einsetzen und ihnen faire Wettbewerbschancen bei der Konkurrenz mit der Deutschen Bundesbahn im Nahverkehr ermöglichen.

Die **Transportwege der Zukunft** für Informationen sind die elektronischen Kommunikationsnetze. In Niedersachsen ist das bestehende Kommunikationsnetz für Unternehmen, Institutionen und Bürger unzureichend. Information ist zum vierten großen Wirtschaftsfaktor geworden. Daraus ergibt sich gerade für das Flächenland Niedersachsen die politische Forderung nach einem leistungsfähigen Telekommunikationsnetz, in dem diese Datenbahnen als **“Transportwege der Zukunft”** sowohl in den Wirtschaftszentren wie auch den strukturschwachen Regionen verfügbar sind. Eine kostengünstige Nutzung dieser zukunftsträchtigen Infrastruktur und der chancengleiche Zugang müssen insbesondere auch außerhalb der Ballungsräume sowohl für kleine und mittlere Unternehmen wie auch für Institutionen und Bürger möglich sein. Ziel der CDU-Politik ist es, den Wandel zur Informationsgesellschaft in Niedersachsen in allen Bereichen wesentlich aktiver zu gestalten und dabei auch die internationale Dimension schneller Datenübertragung und Verfügbarkeit von Information als wirtschaftliche Chance für Niedersachsen zu nutzen.

Wir brauchen wettbewerbsfähige See- und Binnenhäfen

Um mehr Güterverkehr auf die Schifffahrt zu verlagern und die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Häfen zu steigern, wollen wir die Infrastruktur der See- und Binnenhäfen verbessern. Die niedersächsischen Seehäfen müssen zu modernen Mehrzweckhäfen unstrukturiert werden, um sie für den nationalen und internationalen Wettbewerb zu rüsten. Die Binnenhäfen müssen als Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern Schiene, Straße und Wasserstraße ausgebaut werden. Deshalb werden wir die Anbindung der Häfen an leistungsfähige Straßen und Schienennetze ausbauen und die Verkehrsanbindungen der Seehäfen zu den Wirtschaftszentren wesentlich verbessern. Wir werden die Binnenwasserstraßen beschleunigt bedarfsgerecht ausbauen, damit sie den Anforderungen der steigenden Gütertransporte gewachsen sind. Wir sind für eine dauerhaft bedarfsgerechte Vertiefung der Ems und den Bau des Emssperrwerkes, um so den Hafen und Wertstandort Papenburg zu erhalten.

Wir werden die **Standortvorteile der niedersächsischen Häfen** nutzen für den Ausbau vorhandener und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe und Verkehrsunternehmen.

Für einen leistungsfähigen Flugverkehr in Niedersachsen

Der Flughafen Hannover-Langenhagen ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschafts- und Messeraum Niedersachsen. Deshalb werden wir ihn als leistungs- und entwicklungsfähige Anbindung des norddeutschen Raumes an das internationale Flugnetz sichern.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Ein abgestimmtes und funktionierendes System von internationalen Flughäfen im Land und an den Landesgrenzen sowie von niedersächsischen Regionalflughäfen leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen.

Neue Wege für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft

Die CDU steht für eine moderne und erfolgsorientierte Tourismuspolitik, Wir wollen mehr Verantwortung für die Tourismusregionen, eine durchschlagskräftige Organisation, die Schwerpunkte setzt in den Bereichen Qualitätssteigerung und Service, modernes Marketing und Nutzung der vielseitigen Tourismusprofile der niedersächsischen Regionen. Die EXPO ist die große Chance, sowohl im Inland und im Ausland neue Urlaubspotentiale zu erschließen. Der **Imagegewinn für Niedersachsen** durch die EXPO 2000 ist erheblich und muß offensiv für den Tourismus genutzt werden.

Als Dachorganisation wollen wir einen Tourismusverband Niedersachsen-Bremen als wirksame Interessenvertretung gegenüber Politik und Landesbehörden. Die Ausrichtung der niedersächsischen Tourismuspolitik muß in Zukunft in enger Abstimmung mit dem Tourismusverband und den betroffenen Verbänden erfolgen.

Die Marketing- und Marktforschungsaktivitäten müssen landesweit gebündelt und koordiniert werden. Kooperationsmöglichkeiten mit den niedersächsischen Hochschulen werden wir daher ausbauen und unterstützen. Wir wollen **regionale Netzwerke** schaffen, die bei Planungs- und Verkehrsfragen sowie in der kommunalen Wirtschaftsförderung die Belange von Freizeit und Tourismus rechtzeitig berücksichtigen, den Stellenwert des Tourismus erhöhen und die Tourismusaspekte in Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Industrie vernetzen. Zur Verbesserung der regionalen Identität wollen wir die Werbung für regionale Produkte aus dem Konsumartikelbereich und dem Nahrungsmittelbereich mit dem Tourismusmarketing verknüpfen.

Um die potentiellen Urlauber gezielt anzusprechen, will die CDU thematische landesweite und regionale Angebote sowie die **Ausrichtung auf Zielgruppen** unterstützen. Dazu gehören z. B. ein umfassender Kulturführer, die Entwicklung innovativer Kurangebote für die Kur- und Heilorte, begleitende Führer für den Sport-Tourismus, die Herausgabe eines Tagungs- und Kongreßhandbuches mit der Einrichtung einer zentralen Informationsstelle, die Unterstützung der Kooperation von Urlaubsorten, Initiativen zur auslastungssteigernden Orientierung der Betriebe und Urlaubsorte auf Zielgruppen (z. B. Familien, Senioren, Singles). Dabei will die CDU intensiv mit den in Niedersachsen ansässigen Reiseveranstaltern zusammenarbeiten.

Niedersachsen muß aktiv die neuen und modernen Kommunikationsmöglichkeiten nutzen. Dazu gehören vor allem ein einheitliches und landesweites Informations- und Buchungssystem und die Darstellung und Information der Angebote der Urlaubsorte und der Betriebe im Internet.

Die Tourismusförderung des Landes muß vollkommen neu geordnet werden. Sie ist an den Markterfordernissen auszurichten, muß Anschubfinanzierungen für innovative Anstöße ermöglichen und neue Finanzierungsformen offensiv nutzen. Privates Kapital soll z. B. durch Anteilsfinanzierungen oder Sponsoring verstärkt mobilisiert werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Wir werden die Niedersächsische Bädergesellschaft auflösen und damit eigenverantwortliche Staatsbäder schaffen, die durch größeren Entscheidungsspielraum flexibler, ortsbezogener und schneller handeln können und damit die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit schaffen.

Die CDU unterstützt die Einrichtung von neuen privaten Freizeiteinrichtungen, die der regionalen Entwicklung des gesamten Tourismus dienen. Die CDU will Hilfestellungen des Landes zur Privatisierung von Kur-, Erholungs- und Freizeiteinrichtungen ermöglichen.

Die Expo mit neuen Ideen nutzen

Die Weltausstellung EXPO öffnet am 1. Juni 2000 ihre Tore. Noch bleiben rund zweieinhalb Jahre Zeit, um dieses Ereignis als Grundlage für eine **zukunftsweisende Gestaltung Niedersachsens** zu nutzen. Gefragt sind Visionen, Ideen, Kreativität und Mut, diese einmalige Chance wider allen Kleingeist zu ergreifen.

Dies hat die SPD nicht begriffen.

Unsere Vision:

Hannover wird Zentrum und Standort für eine internationale Multimedia-Akademie für Führungskräfte. Angeschlossen wird ein **Marketing-Dienstleistungszentrum** für innovative Betriebe. Hier wird unter anderem die Nachfrage nach technischen Lösungen mit dem Angebot von Innovations- und Forschungsergebnissen zusammengebracht. Wie bei einer Zellteilung entstehen daraus Betriebe mit neuen Produkten, Verfahren, Dienstleistungen, also Arbeitsplätze.

Mit ausgewählten Ländern Latein-/Südamerikas, Asiens und des arabischen Raumes werden Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen, ihre Pavillons nach der Weltausstellung als Handels- und Kulturzentrum für den europäischen **Wirtschaftsraum Hannover** zu betreiben. Hierfür sind konkrete Angebote zu unterbreiten, die die Bereitstellung der Grundstücke zu günstigsten Bedingungen einschließen.

Der Deutsche Pavillon könnte die Forschungs-, Lehr- und Entwicklungseinrichtungen aufnehmen. Das Themenparkgebäude kann an junge innovative Unternehmen vermietet werden, damit diese "Garagenbetriebe" auch in **Niedersachsen eine Chance** bekommen.

Länder, deren Pavillons als Handels- und Kultureinrichtungen nach der EXPO weiter betrieben werden, müssen ebenfalls auf der Plaza ansiedeln. Diese Aktivitäten sind zugleich Voraussetzung für die World Trade Center-Investoren. Für die Umsetzung und Finanzierung müssen bestehende landeseigene Gesellschaften wie IPA/NORD/LB herangezogen werden. Gegebenenfalls werden wir Landesbürgschaften bereitstellen. Die Gesellschaft EXPO Grund (Land/Stadt) soll in der IPA aufgehen. Um die Internationalität der Landeshauptstadt als Messestandort nachhaltig zu fördern, verdient der Ausbau der internationalen Schule weiterhin unsere Unterstützung.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Chancen nutzen durch Medienvielfalt in Niedersachsen

Der durch Internet, Online-Dienste und andere Informationstechnologien ausgelöste Innovationsschub wird neue Chancen für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bieten. Wir wollen diese Chancen für Niedersachsen nutzen.

Der Boom in der Medienbranche hat in den letzten Jahren bereits viele zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen. Durch das Versagen der Landesregierung wurden diese jedoch nicht in Niedersachsen sondern in anderen Bundesländern angesiedelt. Wir werden die dringend erforderlichen Rahmenbedingungen hierfür schaffen. Wir werden z.B. wohlwollend prüfen, ob nach Ablauf der Versuchsphase für den lokalen Rundfunk und die offenen Kanäle künftig auch in Niedersachsen werbefinanzierter Lokalfunk zulässig sein soll. Die Belange der Tageszeitungen werden wir dabei berücksichtigen.

Die Medienpolitik der CDU in Niedersachsen in den 80er Jahren hat durchgesetzt, daß die deutsche Fernseh- und Rundfunklandschaft heute vielfältiger ist als je zuvor. Diese Programmvietfalt ist auch wichtig für eine demokratische Gesellschaft. Einer zu starken Eigentümer-Konzentration werden wir entgegenwirken. Wir bekennen uns ausdrücklich zum dualen System und zum Erhalt des leistungsfähigen öffentlich rechtlichen Rundfunks.

Die CDU wird die Programmanbieter an ihre gesellschaftliche Verantwortung erinnern. Insbesondere dürfen im wirtschaftlichen Wettbewerb um Einschaltquoten und Werbeeinnahmen Gewaltdarstellungen durch eine entsprechende Platzierung im Programm Kindern nicht zugänglich gemacht werden. Die Landesmedienanstalten der Länder müssen in ihrer Kontrolle besser zusammen arbeiten und ihre Sanktionsmöglichkeiten nutzen. Festgestellte Verstöße müssen konsequent verfolgt werden.

Der Staat als Dienstleister – Für eine durchgreifende Verwaltungsreform

Der zu stark gewachsene staatliche Einfluß auf alle gesellschaftlichen Bereiche ist ein Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nichts ist deshalb dringender als der Abbau behinderender staatlicher Belastungen, Überreglementierungen und Bevormundungen. **"Weniger Staat"** bedeutet in diesem umfassenden Sinne eine grundlegende Steuerreform, die Senkung der Staatsquote durch den Abbau staatlicher Aufgaben und Ausgabenreduzierungen auf allen Ebenen, die Abschaffung von überflüssigen Regulierungen sowie die Verschlinkung des staatlichen Apparates, um die verschütteten Wachstumsimpulse der von Ludwig Erhard begründeten Sozialen Marktwirtschaft wieder zur Geltung zu bringen. Wir brauchen in Niedersachsen eine nachhaltige Verwaltungsreform und eine Selbstbeschränkung des Staates. Die Grundlagen hierfür haben wir gelegt durch die Anträge der CDU-Landtagsfraktion zu den Doppelhaushalten 1995/96 und 1997/98 sowie durch das Konzept "Mehr Arbeitsplätze durch weniger Staat" unseres Oldenburger Parteitages.

Konzentration der öffentlichen Aufgaben, schonungslose Aufgabenkritik

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die öffentlichen Aufgaben auf den unerläßlichen Kernbestand konzentrieren und die öffentlichen Ausgaben so kürzen, daß die niedersächsische Wirtschaft Wachstumsimpulse erhält, die zu mehr Beschäftigung in unserem Land führen. Reduzierung der konsumtiven und Aufstockung der investiven Ausgaben heißt das Ziel.

Wir werden die **Rahmenbedingungen für den Standort Niedersachsen** neu gestalten. Dazu gehören eine solide Finanzpolitik, der Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Vereinfachung, Beschleunigung und stärkere Berechenbarkeit von Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, die Privatisierung staatlicher Leistungen durch Aufgabenverlagerung sowie eine moderne dienstleistende Verwaltung. Dadurch werden wir ein innovations- und investitionsfreundliches Klima schaffen, in dem sich die Wirtschaft wieder stärker in Niedersachsen engagiert, bestehende Arbeitsplätze sichert und neue schafft.

Immer wieder werden durch die Parlamente Gesetze beschlossen, die ungedeckte Schecks auf Kosten der Zukunft kommender Generationen enthalten. Die Kosten der Gesetzesfolgen in der Zukunft sind bisher nicht absehbar. Die CDU in Niedersachsen fordert, daß System der "Generationsrechnung" in Niedersachsen und auf Bundesebene für jedes kostenintensive Gesetz einzuführen. Das System der Generationsrechnung sieht vor, daß bei jeder steuerlichen und sozialen Gesetzgebung die Verteilungswirkung auf jüngere und ältere Generationen berechnet wird.

Der gesamte Aufgabenbereich des Staates wird einer grundlegenden Inventur und einer schonungslosen Aufgabenkritik unterzogen. Die Staatsquote muß zurückgeführt werden. Dem Bürger ist wieder **mehr Eigenverantwortung** zu übertragen.

Wir brauchen eine moderne Arbeitsteilung zwischen Bürgerinnen, Bürgern, Wirtschaft und Staat. Wenn bestimmte, derzeit von der öffentlichen Hand erbrachte Leistungen ebenso wirtschaftlich oder günstiger von privater Hand angeboten werden können, dann sollen sie privatisiert werden. Dort, wo es bei staatlichen

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Leistungen bleiben muß, werden wir die Effizienz der Aufgabenerfüllung deutlich steigern.

Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung

Die Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung ist eine zentrale und dauerhafte Aufgabe, um eine leistungsstarke und effiziente Landes- und Kommunalverwaltung zu erhalten.

Die SPD-Regierung hat die teuerste Landesverwaltung in Niedersachsen im Vergleich zu allen alten Bundesländern zu verantworten. Die von ihr zusätzlich geschaffenen fast 10.000 Stellen bedeuten jährliche 1.000 Millionen DM zusätzliche Kosten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Niedersachsen hat im Landeshaushalt die höchste Personalkostenquote aller westdeutschen Flächenländer. Dies ist nicht länger tragbar. Hinzu kommt, daß die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den nächsten beiden Jahrzehnten dramatisch ansteigen wird. Der besorgniserregende Schuldenstand des Landes Niedersachsen zwingt also dazu, die Verwaltung effizienter und kostengünstiger zu gestalten.

Eine **erfolgreiche Verwaltungsreform** kann nur gemeinsam mit den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gelingen. Sie kennen sehr genau die Schwachstellen und fordern in ihrer großen Mehrheit mehr Eigenverantwortung und mehr Effizienz. Die Vorschläge und Anregungen aus diesem Kreis müssen viel stärker in die Reformarbeit einbezogen werden, als dies bisher durch die SPD-Landesregierung geschieht. Wie wertvoll ein funktionierender und motivierter Öffentlicher Dienst ist, hat nicht zuletzt die großartige Aufbauleistung seit der Wiedervereinigung gezeigt.

Die schwere Finanzkrise des Landes wird aber auch dem Öffentlichen Dienst Opfer abverlangen müssen. Dabei muß auch eine befristete Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst in Betracht gezogen werden. Dies ist erforderlich, um wieder **junge Akademiker einstellen** zu können. Die Dienstrechtsreform des Bundes sieht als Ausgleich bereits einen schnelleren Aufstieg in den ersten Dienstjahren vor.

Wir werden die Landesverwaltung durch die **Auflösung** von Landessonderbehörden erheblich verschlanken. Aufgelöst werden das Landesamt für Ökologie und das Landesjugendamt. Alle anderen Landesämter und Sonderbehörden wie z. B. die Staatshochbauämter und das Landesamt für Straßenbau müssen sowohl von der Aufgabenstellung als auch von ihrer Struktur her überprüft werden.

Wir werden die Bezirksregierung neu ordnen und drastisch verkleinern.

Die Zahl der Ministerien muß um mindestens zwei verringert und deren Aufgabenstand auf **Lenkungs- und Leitungsentscheidungen** sowie die Begleitung der Gesetzgebung und des Landtages beschränkt werden.

Die Landwirtschaft ist eingebunden in ein verzweigtes Netz von Agrarverwaltung, Berufsstandsorganisationen und Beratung. Hier muß gestrafft werden!

Die mit der Verschlinkung der Landesverwaltung verbundene Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Ebene setzt allerdings voraus, daß die für die Ausführung dieser Aufgabe erforderlichen Mittel mitgegeben werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Verwaltung muß Dienstleistung sein

Verwaltungsdienstleistungen gehören in die Nähe der Bürgerin und des Bürgers. Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren müssen schneller, berechenbarer und überschaubarer werden.

Es ist dem Bürger nicht zuzumuten, mit seinem Anliegen von Behörde zu Behörde geschickt zu werden. Für ein Anliegen, das mehrere Behörden betrifft, darf es **für den Bürger nur eine Anlaufstelle**, in der Regel die Gemeinde, geben. Dies gilt aber auch für alle anderen Verwaltungszweige. Z.B. muß geprüft werden, ob sich durch die Zusammenlegung von Grundbuch- und Liegenschaftskataster eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung erreichen läßt und außerdem die Zahl der Ansprechpartner für Bürger in der Verwaltung verringert wird.

Die Behörden sind untereinander mit den Mitteln der modernen Telekommunikation zu vernetzen. Den Bürgerinnen und Bürgern muß die Möglichkeit des Zugangs zu den Behörden über die Telekommunikation eröffnet werden, um unnötige Behördengänge zu vermeiden. Durch beide Maßnahmen wird die Bearbeitung kostengünstiger, schneller und einfacher.

Für alle Verwaltungsangehörigen, insbesondere für Führungskräfte, ist ein reformierter, gesonderter Ausbildungsweg, der auch betriebswirtschaftliche Inhalte hat, einzuführen. Das Verwaltungspersonal muß in stärkerem Umfang in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen werden. Dadurch sollen das Kostenbewußtsein, kundenorientiertes Verhalten und ein effizientes Verwaltungshandeln gestärkt werden, damit sich die Verwaltungsreform bald selbst trägt. Alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes müssen die Verwaltung als **Service- und Dienstleistungsunternehmen** verstehen.

Schnellere behördliche Verfahren, weniger Rechtsmittel

Behördliche Verfahren müssen zügig durchgeführt werden. Rechtsmittel dürfen die Entscheidung nicht verzögern.

Schleppende, zeitaufwendige und unberechenbare Genehmigungsverfahren behindern die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens. Unternehmen entscheiden sich zu oft für Standorte außerhalb unseres Landes, Arbeitsplätze gehen uns verloren. Deshalb müssen alle behördlichen Verfahren, insbesondere die Planungs- und Genehmigungsverfahren, nachhaltig vereinfacht und beschleunigt werden. Dies kann durch Verzicht auf Genehmigungserfordernisse sowie Einführung von Bauartzulassungen, Rahmengenutzungen und fakultative Eilverfahren geschehen. Wir wollen **öffentliche Leistungen vergleichbar** machen und zu klaren und für die Bürgerinnen und Bürger transparenten Entscheidungsabläufen kommen. Die Bürgerin und der Bürger als Kunde der öffentlichen Hand muß stets wissen, innerhalb welcher Zeit sein Anliegen behandelt und entschieden wird.

Es muß außerdem sichergestellt werden, daß nicht mehrere Behörden und Instanzen mit demselben Sachverhalt befaßt sind. Dazu bedarf es einer besseren Koordinierung der Behörden untereinander, wie z. B. durch Projektmanagement. Jede Frage darf im Staat nur einmal aufgeworfen und entschieden werden. Bei mehrstufigen Regelungskomplexen, z. B. in der Raumordnung und Bauleitplanung, muß die nachfolgende Entscheidung auf der übergeordneten Planung aufbauen und darf diese nur in Frage stellen, wenn von ihr abgewichen werden soll. Das Verfahren der Verbandsbeteiligungen ist zu straffen. Die Verbandsklage wird abgeschafft.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die Verwaltung muß **rechtmäßig handeln**. Dieses ist ein grundlegendes Prinzip unseres Rechtsstaats. Die immense Zahl von Widersprüchen und Verwaltungsgerichtsverfahren spiegelt indessen nicht die wirklichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verwaltung wider.

Viel zu häufig werden Rechtsmittel in lapidaren und offensichtlich aussichtslosen Fällen eingelegt. Diese verzögern nur, schaffen aber keinen Rechtsfrieden.

Bei dem derzeit zweistufigen Widerspruchsverfahren mit der möglichen Abhilfeentscheidung durch die Ursprungsbehörde, z. B. einem Landkreis, und dem Bescheid durch die nächsthöhere Instanz, z. B. eine Bezirksregierung, werden tagtäglich Berge von Akten hin- und hergefahren; die endgültige Entscheidung über einen Widerspruch läßt monatelang auf sich warten. In der Praxis führt nur ein ganz geringer Teil der Widerspruchsverfahren zu einem anderen Ergebnis als die Ursprungsentscheidung. Das zweistufige Widerspruchsverfahren ist deshalb abzuschaffen. Die den Verwaltungsakt erlassende Behörde entscheidet selber über einen etwaigen Einspruch.

Ebenso muß das **Verwaltungsgerichtsverfahren beschleunigt** werden. Dies erfordert die Einschränkung der aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln, des vorläufigen Rechtsschutzes und der Klagebefugnis. Außerdem ist die interne Organisation der Verwaltungsgerichte zu reformieren.

Auch Niedersachsen muß alle nach Bundesgesetz möglichen Verfahrensbeschleunigungen, z. B. die Bauleitung, landesrechtlich umsetzen.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Kommunale Selbstverwaltung heißt Erledigung und Entscheidungsfindung über die Aufgaben der Städte, Gemeinden und Landkreise dezentral und nach eigenem Ermessen ohne inhaltliche Vorgaben. Dieses ist uns im Laufe der letzten Jahrzehnte verlorengegangen. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung wieder herstellen, weil dadurch ein **großes Potential an Kreativität** und ortsangemessenen kostengünstigen Lösungen erreicht werden kann. Der große Nachteil von verbindlichen zentralen Lösungen ist der, daß sie auf alle Anwendungsfälle passen müssen. Dies führt automatisch zu einer Verteuerung, weil solche Lösungen nur auf höherem Niveau gefunden werden können.

Die CDU garantiert die Selbstverwaltung in Gemeinden und Landkreisen. Wir werden die zahllosen rot-grünen und tiefroten Gesetze und Verordnungen zurücknehmen, die kommunales Handeln bis ins letzte festlegen und einengen. Wir werden statt dessen Sicherstellungsgesetze beschließen, die festlegen, daß bestimmte Aufgaben von den Kommunen zu erfüllen sind, die aber die Art und Weise der Aufgabenerfüllung der kommunalen Selbstverwaltung überlassen. Beispiele: Frauenbeauftragte, Abwasserreinigung, Kindertagesstättengesetz. Unser Ziel ist **die vorschriftenfreie Gemeinde**.

Wir werden das "Ob" regeln, aber das "Wie" den Gemeinden überlassen, damit Lösungen möglich werden, die den örtlichen Gegebenheiten und den finanziellen Möglichkeiten gerecht werden. Nur so können wir sicherstellen, daß bestimmte wichtige Aufgaben in dem finanziellen Absturz, in dem sich 90 % der niedersächsischen Gemeinden als Folge der Politik der SPD-Landesregierung befinden, zukünftig überhaupt noch wahrgenommen werden können.

Indem wir den Kommunen wieder echte Entscheidungsmöglichkeiten zurückgeben, kommen wir zu einer Renaissance gemeindlicher Selbstverwaltung in **Niedersachsen mit allen Chancen** und Risiken orts- und bürgernahe Politik.

Die Kommunen sind den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Sie sind in den meisten Fällen die natürliche bürgernahe Ausführungsebene staatlicher Aufgaben. Und sie sind selbstverwaltete Gebietskörperschaften, deren Entscheidungskraft und finanzielle Ausstattung endlich wieder gestärkt werden müssen.

Die CDU wird den orts- und bürgernahen demokratischen Entscheidungsprozeß **aus staatlicher Bevormundung befreien**. Dem ersatzlosen Wegfall bisher staatlich wahrgenommener Aufgaben ist bei einer echten Aufgabenkritik der Vorrang zu geben vor einer Verlagerung auf andere Ebenen. Einer echten Privatisierung ist der Vorzug zu geben vor einer Aufgabendelegation in den kommunalen Bereich. Verlagerungen in den kommunalen Bereich dürfen nur gegen vollen finanziellen Ausgleich erfolgen.

Wir wollen den Kommunen bei der Erledigung der Aufgaben sowohl des eigenen Wirkungskreises als auch des übertragenen Wirkungskreises wesentlich **mehr Vertrauen** entgegenbringen und die staatliche "Mißtrauens"verwaltung, auch Fachaufsicht genannt, drastisch einschränken und so weit wie möglich sogar abschaffen. Dieses spart Doppelarbeit und damit Bürokratiekosten bei den Städten, Gemeinden und Landkreisen genauso wie beim Land selbst, außerdem verkürzt es die Verwaltungsabläufe.

Die CDU vertraut auf die Entscheidungsfähigkeit der demokratisch gewählten Volksvertreter in den Kommunen, in Kenntnis der finanziellen Möglichkeiten unter

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten und Interessen **die richtigen Entscheidungen** zu treffen.

Kein anderes Land in Deutschland hat seine Kommunen finanziell so ausbluten lassen und die kommunale Selbstverwaltung so kaputtgemacht wie die SPD-Landesregierung.

Dies geschah immer wieder durch Griffe in die kommunalen Kassen und Verschiebung von Aufgaben ohne neue Finanzierungsquellen. Das Vertrauen der Kommunen in das Handeln des Landes ist zerstört. Wegen der engen Verzahnung von Landes- und Kommunalaufgaben ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit notwendig. Um dieses wieder effektiv erledigen zu können, muß zunächst ein **neues Vertrauen** in die Landespolitik geschaffen werden. Dazu gehören verlässliche Grundlagen bei den Einnahmen und Zuverlässigkeit beim Aufgabenzuschnitt. Wir wollen den politischen Wechsel nutzen, um diesen Grundkonsens durch den Aufbau eines neuen Vertrauensverhältnisses wieder herzustellen.

Wir werden die kommunalen Sonderopfer (Kürzung der Finanzausgleichsmasse, Erhebung einer ungerechtfertigten Einheitsumlage und Investitionsbindungen im kommunalen Finanzausgleich, Nichtweitergabe der finanziellen Entlastungen durch die Pflegeversicherung sowie pauschale Eingriffe durch Aufgabenverlagerung ohne Kostenersatz) zurückführen. Angesichts des katastrophalen Zustandes des niedersächsischen Landeshaushaltes wird die Entlastung bei den Sonderopfern nur in dem Maße erfolgen können, wie durch Umstrukturierung und Veränderung Finanzmittel freigemacht werden können. Damit sich auch für die Kommunen **eine verlässliche Grundlage** ergibt, wollen wir die zurückgewonnenen Spielräume jeweils hälftig den Kommunen und dem Landeshaushalt selbst zugute kommen lassen. Wir wollen außerdem an unsere bis 1990 geübte Politik anknüpfen und den kommunalen Finanzausgleich so gestalten, daß Landeseinnahmen und Kommunaleinnahmen sich parallel entwickeln. Wir werden auch die Bereiche Pflegeversicherung, Altenhilfe und Kosten für Asylbewerber auf einer fairen Basis neu ordnen.

Wir wollen, daß die Kommunen **mit geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen** wieder eine der konjunkturellen Lage angepaßte Rolle am Arbeitsmarkt spielen können. Die Sonderopfer haben dazu geführt, daß der Haushaltsausgleich nicht mehr gegeben ist. Damit mußten erhebliche Kürzungen vorgenommen werden. Dadurch fallen die Städte, Gemeinden und Landkreise als größte Nachfrager am Binnenmarkt weitgehend aus. Dieses kostet viele tausend Arbeitsplätze. Weil es sich immer nur um einzelne oder wenige bei dem örtlichen Handel und Handwerk handelt, wird die Entwicklung nicht so deutlich, wie die spektakulären Ereignisse bei einzelnen Großbetrieben. In der Summe ist die Entwicklung aber viel gefährlicher und muß deshalb umgekehrt werden.

Die Verwaltung der Zahlungsströme zwischen Land und Kommunen werden wir durch die Änderung des kommunalen Finanzausgleiches vereinfachen. Die Verantwortung der kommunalen Prüfungsämter muß gestärkt werden. Rechtsfragen des übertragenen Wirkungskreises, also der Aufgabenerledigung durch die Städte, Gemeinden und Landkreise für Bund und Länder lassen sich nicht kollektiv entscheiden. Deshalb wird die Zuständigkeit dafür den Hauptverwaltungsbeamten übertragen und den Räten und Kreistagen ein erweitertes Informationsrecht eingeräumt.

Die Stellung der Rats- und Kreistagsmitglieder ist durch Kompetenzverlagerungen geschwächt worden. Deshalb wollen wir die Interessenwahrnehmung und

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Entscheidungen konzentrieren auf die demokratisch legitimierten und in bestimmten Abständen durch Wahl erneut zu bestätigenden Gremien. Wir werden unter diesem Blickwinkel das Beauftragtenwesen neu ordnen und das Personalvertretungsgesetz so verändern, daß es einerseits den Belangen der Beschäftigten Rechnung trägt, aber andererseits den Anforderungen an eine schlanke Verwaltung genügt und demokratischen Grundsätzen entspricht.

Im kommunalen Wirtschaftsrecht wollen wir die **Flexibilität erhöhen** und deshalb die Möglichkeiten für die Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen von Modellen zur Verwaltungsreform erweitern. Beispielsweise sollen die Kommunen beantragen können, daß sie von allen geltenden Gesetzen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde abweichen dürfen. Um die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen zu verbessern, sollen bei den Kommunen ebenso wie beim Land Niedersachsen die Pflichten zum Kostenvergleich bei Eigenerledigung und bei Inanspruchnahme von Leistungen und Teilleistungen vom Markt nach dem erfolgreichen bayerischen Muster ausgeweitet werden.

Wir werden eine Gemeindefinanzreform unterstützen. Uns ist klar, daß angesichts der Leere in den Kassen von Bund und Ländern durch diese Veränderung keine zusätzlichen Finanzmittel gewonnen werden können. Es geht darum, Strukturveränderungen so vorzunehmen, daß Bund und Länder nicht mehr in der Lage sind, durch Absprachen, oder sogar die Länder durch das Unterlaufen von Absprachen mit dem Bund allein, Verschiebungen im Aufgabenbestand oder in der Finanzausstattung vorzunehmen, die den eigenen Haushalt entlasten und die Kommunalhaushalte belasten. Entsprechend der Aussage des Bundespräsidenten: **"Wer die Musik bestellt, muß sie auch bezahlen"**, muß durch gesetzliche Instrumentarien sichergestellt werden, daß diejenige Ebene oder dasjenige Parlament, welches eine neue Aufgabe kreiert, auch die dadurch entstehenden Kosten aufzubringen hat (Verursacherprinzip oder Konnexitätsprinzip). Nur durch solche Regelungen kann auf Dauer sichergestellt werden, daß alle öffentlichen Hände nicht mehr ausgeben, als sie mittelfristig einnehmen.

Die Länder sind über den Bundesrat weitgehend an der Bundesgesetzgebung beteiligt und können ihre Rechte wahren. Für die Städte, Gemeinden und Landkreise gibt es eine solche Absicherung weder gegenüber dem Bund noch gegenüber den Ländern. Wegen der Übergriffe in den letzten Jahren, insbesondere des Landes Niedersachsen, ist es notwendig, die Kommunen besser zu schützen. Angesichts der Tatsache, daß 80 bis 90% der kommunalen Aufgaben durch Landes- oder Bundesgesetze bestimmt werden, muß ihnen **ein stärkeres Mitwirkungsrecht** bei der Gesetzgebung eingeräumt werden. Wir werden die Mitwirkungsrechte der kommunalen Spitzenverbände verstärken.

Weil wir ein Volk sind – Vertriebene und Aussiedler

Die CDU in Niedersachsen bleibt Partner der Heimatvertriebenen und ihrer Organisationen. Sie verurteilt die Ausgrenzung der Vertriebenen und der Landsmannschaften durch die SPD-Landesregierung. Die CDU unterstützt den Bund der Vertriebenen in der Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechtes, des Rechtes auf die Heimat im friedlichen Wandel und einer gemeinwohlverträglichen Wiedergutmachung der fortbestehenden Schäden des Vertreibungsunrechtes. Die CDU steht zur gesamtdeutschen Geschichte und Kultur, weil sie sich zur Schicksalsgemeinschaft der Deutschen bekennt.

Wir fühlen uns gegenüber unseren deutschen Landsleuten in den Vertreibungsgebieten, in Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion politisch **verpflichtet und verantwortlich**. Ziel ist, ihnen an ihrem Wohnort zu helfen, für sich und ihre Familien gesicherte Zukunftsperspektiven zu finden. Die CDU unterstützt die deutschen Staatsangehörigen oder Volkszugehörigen (Art. 116 GG) in dem Recht, nach Deutschland auszusiedeln, wenn sie dies wünschen und dafür die Voraussetzungen erfüllen.

Die staatliche Vereinigung Deutschlands und die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa haben die Entwicklungsmöglichkeiten für die Ausgestaltung der Beziehungen zu unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn auf eine neue Grundlage gestellt. Wir wollen diese Beziehungen vergangenheitsbewußt und zukunftsorientiert gestalten und alle **Chancen für die dauerhafte Verständigung** und gute Nachbarschaft nutzen. Dabei kommt den deutschen Heimatvertriebenen, den Aussiedlern und den in ihrer angestammten Heimat lebenden deutschen Volksgruppen eine große Bedeutung zu.

Für die rd. 4 Mio. Deutschen östlich des Geltungsbereiches des Grundgesetzes geht es um gesicherte, einem europäischen Mindeststandard entsprechende Volksgruppenrechte, die innerstaatlich garantiert sein müssen. Dringend gilt es, den deutschen Schulunterricht zu verbessern, ebenso das Kindergartenwesen und die Förderung der Wohlfahrtseinrichtungen.

Eine CDU-Landesregierung wird die bestehenden **Partnerschaften ausbauen**, Besuchergruppen von Ost nach West und von West nach Ost verstärkt fördern und mehr als bisher land- und betriebswirtschaftliche Berater wie auch Lehrer, z.B. auch Ruhestandslehrer, für den Deutschunterricht entsenden. Zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses ist der Jugendaustausch zu intensivieren.

Wichtig bleibt für uns die Vermittlung kultureller Geborgenheit, die Hilfe zur Selbsthilfe im sozialen und wirtschaftlichen Bereich und die Durchsetzung eines effektiven Schutzes der Volksgruppen. Alle diese Maßnahmen müssen auch den Nachbarn der Deutschen mit anderer Nationalität zugutekommen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß das **Recht auf die Heimat** und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht, ethnische Säuberungen und Vertreibung geächtet sowie der Gebrauch der Muttersprache und ihre Bewahrung und Fortentwicklung überall anerkannt wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Vertreter der Heimatvertriebenen in öffentlichen und pluralistisch zusammengesetzten Gremien wieder mehr Berücksichtigung finden und ihnen erneut die Arbeit insbesondere in der Landesmedienanstalt ermöglicht wird.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die Vorlage der Kultusministerkonferenz "Darstellung Deutschlands im Unterricht" muß auch in Niedersachsen umgesetzt werden. Vertreibung und Flucht sowie die gesamte deutsche Geschichte und Kultur im Osten müssen angemessen - auch durch Richtlinien - im Unterricht behandelt werden.

Wir wollen, daß die Vertriebenenverbände ebenso wie andere Verbände eine angemessene institutionelle und projektbezogene Förderung erhalten.

Wir wollen, daß das traditionelle Bundestreffen der Schlesier wieder in der **Landeshauptstadt Niedersachsens** stattfindet.

Für eine bessere Integration unserer Aussiedler

Unsere Aussiedler sind für die Zukunft unseres Staates in vielfältiger Weise eine Bereicherung, auch und gerade für die Rentenkassen und den Arbeitsmarkt.

Die Aufnahme und Eingliederung wirkt sich mittel- und langfristig aufgrund ihrer günstigen Altersstruktur und ihrer hohen Motivation sowohl für die Wirtschaft als auch für die Sozialversicherung positiv aus. Mit ihrem starken Aufbauwillen, ihren jungen Familien und ihrem reichen Kulturgut sind sie ein Gewinn für unsere Gesellschaft.

Maßnahmen zur sozialverträglichen Aufnahme der Aussiedler, besonders durch das Wohnortzuweisungsgesetz, müssen fortgeführt und in ihrer Effizienz verbessert werden. Die von der SPD-Landesregierung zugelassene Ghettoisierung von Aussiedlern in einigen wenigen Landkreisen und Gemeinden Niedersachsens hat zu schweren Problemen auch für die betroffenen Kommunen geführt. Diese Politik werden wir beenden. **Integration statt Ausgrenzung** ist unser Leitbild.

Wir begrüßen die von Verbänden und Kirchen, besonders aber auch von den Vertriebenenverbänden wahrgenommene Beratungs- und Betreuungsarbeit mit ihren Einrichtungen, Mitarbeiterschulungen und Seminaren.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Landwirtschaft hat Zukunft

Niedersachsen mit seinen großen ländlichen Räumen braucht auch in Zukunft eine bäuerlich strukturierte, vielseitig orientierte, leistungsfähige Landwirtschaft.

In Niedersachsen arbeitet fast jeder fünfte Erwerbstätige im Agrar- und Ernährungssektor. Damit bietet die Landwirtschaft gemeinsam mit der ihr vor- und nachgelagerten Wirtschaft nach der Automobilindustrie die meisten Arbeitsplätze in Niedersachsen.

Die Welt wird kleiner, die Märkte größer

Die Agrarpolitik wird heute entscheidend von der Europäischen Union und den Welthandelsvereinbarungen bestimmt. Annähernd die Hälfte der bei uns erzeugten Nahrungsmittel wird außerhalb Niedersachsens vermarktet. Die Globalisierung der Märkte spielt dabei eine immer wichtigere Rolle. Die niedersächsische Landwirtschaft muß diese **Herausforderung als Chance** annehmen und die dafür notwendigen Entwicklungsschritte einleiten.

Die CDU wird diesen Weg fördern. Die Betriebe sind einkommensmäßig stärker auf den Markt hin zu entwickeln als auf Ausgleichszahlungen des Bundes, der Länder oder der EU. Wir unterstützen die Einrichtung einer Warenterminbörse in Hannover als marktwirtschaftliches Instrument privater Produktionsabsicherung.

Bäuerinnen und Bauern gestalten als Unternehmer die Zukunft

Die niedersächsische Landwirtschaft ist durch fachlich hochqualifizierte Betriebsleiter und relativ günstige Lagen zu den Verbraucherzentren gekennzeichnet.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Entwicklungsziele:

1. Eine horizontale Betriebsentwicklung auf der Grundlage der Nahrungs- und Futtermittelproduktion sowie der nachwachsenden Rohstoffe und der regenerativen Energieerzeugung.

Hier wird der Trend zu größeren Betriebseinheiten weiter anhalten. Dieser schlägt sich auch in den verschiedenen Modellen der Kooperation nieder.

Strukturwandel hat es immer gegeben, er ist auch gewollt. Er muß jedoch durch regionale Wirtschaftspolitik flankiert und sozialpolitisch abgesichert werden.

Unsere Landesagrarpolitik wird sich deshalb wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, der Stärkung der **Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft** sowie der vor- und nachgelagerten Bereiche zuwenden.

Deshalb sollen leistungstärkere und entwicklungsfähige Betriebe

- bei der Förderung und Wachstum nicht mehr ausgegrenzt werden,
- bei Erweiterungsinvestitionen nicht ständig behindert,

sondern unter klaren Rahmenbedingungen gefördert werden. Obergrenzen sind den geänderten Bedingungen anzupassen bzw. abzuschaffen.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die **einzelbetriebliche Förderung** sollte je nach Umfang der Investition durch einen allgemeinen Agrarkredit zu günstigen Konditionen und unkompliziert erfolgen.

Bei neuen Umweltaforderungen und gesetzlichen Regelungen sind angemessene Übergangsfristen zu gewähren, um die Existenz von Betrieben nicht zu gefährden. Die Halbierung des Erschwernisausgleichs in Naturschutzgebieten ist ein massiver Vertrauensbruch gegenüber den Bewirtschaftern. Wir werden dies zurücknehmen, genau wie die Ablehnung der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes im Bundesrat.

2. Eine vertikale Betriebsentwicklung mit dem Trend zur Spezialisierung und Herausbildung von Einkommenskombinationen

Hier sind konkret folgende Erwerbsbereiche zu nennen:

Direkte und regionale Vermarktung mit ständiger Anpassung an Struktur und Nachfrage (auch für Ökolandbauern), Ferien- und Freizeitnutzung, Dienstleistung im kommunalen Bereich, Umnutzung freier Gebäudekapazitäten sowie **Ökologische Dienstleistung** in Natur-, Gewässer und Bodenschutz.

Hier kann Landwirtschaft in ihrer multifunktionalen Ausstattung zur Stabilisierung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum beitragen.

Niedersachsen zur führenden Region der Nahrungsmittelproduktion in der EU ausbauen

Dies werden wir aufgrund des hohen Standards und der Qualitätsführerschaft erreichen.

Die Angebote der Produkte sind so zu bündeln, daß sie mit dem stark konzentrierten Handel konkurrieren können. Dies setzt voraus:

- eine stärkere **Verzahnung der Erzeugung mit der Verarbeitung** von Agrarprodukten (dies gilt auch für den in Niedersachsen sehr leistungsstarken Obst- und Gartenbau),
- eine stärkere Verarbeitung der Produkte in eigener Hand bis hin zu Halb- und Fertigprodukten,
- möglichst **kurze Handelswege** und mehr Direktvermarktung,
- eine gezielte nachfrageorientierte Marktförderung und Beratung,
- Verbraucherschutz durch wirkungsvolle Lebensmittelkontrolle,
- Einsatz von Forschungsmitteln für Biotechnik in der Qualitätsverbesserung.

Der ökologische Landbau hat in seiner Ausformung gleiche Förderansprüche wie die konventionelle Landwirtschaft. In sensiblen Bereichen müssen auch Sonderförderungen möglich sein. Mit einem Marktanteil von derzeit 1 % ist Niedersachsen im bundesweiten Vergleich das Schlußlicht. Die CDU-geführte Landesregierung wird geeignete Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien fördern, um hier endlich die **Chancen am Markt** zu nutzen.

Die Direktvermarktung, die einen Produktionsanteil von 2 – 3%, aufweist, wollen wir ausbauen, z.B. durch Anschubfinanzierung bei der Bildung von Erzeugergemeinschaften.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

In einem Großteil unserer niedersächsischen Regionen ist die tierische Veredlung vorherrschend. Auf absoluten Grünlandstandorten können Betriebe ihr Einkommen nur durch Rindviehhaltung erwirtschaften. Wegen der Krise auf dem Rindfleischmarkt und der Überproduktion bei Milch dürfen **Beihilfen für Fläche und Tier** nicht gekürzt werden. Der Milchquotenbesitz muß dem melkenden Betrieb vorbehalten bleiben, die Handelbarkeit über Ländergrenzen hinaus ist anzustreben.

Nach den Erfahrungen mit der Schweinepest und der Gefahr, die sich aus einem Maul- und Klauenseuchenzug ergibt, muß die Nichtimpfungspolitik der EU aufgegeben werden. Eingrenzungsimpfungen müssen möglich sein, um wirtschaftliche Schäden für betroffene Bauern, aber auch für die Volkswirtschaft abzuwehren.

Die EU-Agrarpolitik muß berechenbar bleiben

Auch in Zukunft wird die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft setzen. Wir stehen dafür ein, daß ein Ausgleich solange gewährt wird, bis sich die Produktionsbedingungen an die der Mitbewerber innerhalb der EU angeglichen haben. Eine Osterweiterung der EU darf ebensowenig wie die vorgesehene Reform der europäischen Agrarpolitik zu weiteren Belastungen unserer Betriebe führen.

Fischerei in Niedersachsen

Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das große und kleine Hochsee-, Kutter- und Krabbenfischerei, den Seefischmarkt Cuxhaven, Fischverarbeitung und Fischhandel, also alle Zweige der Fischwirtschaft aufzuweisen hat. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Fischwirtschaft an der Küste haben aber auch die Flußfischerei, die Bewirtschaftung der Binnenseen und die Fischzucht ihren festen Platz in unserem Land.

Für die Zukunftssicherung der Fischerei ist es erforderlich:

- die Fangrechte im EU-Meer und Drittlandsgewässern zu erhalten,
- die gemischte Küsten- und Muschelfischerei nicht weiter einzuschränken,
- eine konsequente Bestandsschonung durch vernünftige Bewirtschaftung und **vorausschauende Gewässerschutzpolitik** zu betreiben,
- Motorstärken der Fangfahrzeuge sowie Maschenweiten der Netze wirksam zu kontrollieren,
- die Nachfrage nach dem gesunden Nahrungsmittel Fisch auch durch staatliche Fördermaßnahmen zu stützen,
- Fischer und Angler in ihrem Selbstverständnis für den Umweltschutz zu stärken und gegen Diffamierungen in Schutz zu nehmen.

Landwirtschaft und Naturschutz

Ordnungsgemäße Landwirtschaft und Naturschutz schließen sich gegenseitig nicht aus. Der günstigste und effektivste Naturschutz wird durch eine Bewirtschaftung

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

erreicht und oft als unentgeltliche Leistung zur Erhaltung der typisch niedersächsischen Kultur- und Erholungslandschaften erbracht.

Bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen muß man sich an fachlichen, wissenschaftlich fundierten und nicht ideologisch motivierten Vorgaben orientieren. Die Vermeidung von Bodenschäden, sparsamer Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln sowie die Flächenbindung der Tierhaltung liegen **im Interesse der Landwirtschaft**. Die "Leitlinien der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung" sind Basis der landwirtschaftlichen Nutzung.

Nachwachsende Rohstoffe

Nachwachsende Rohstoffe und regenerative Energien bieten neben der Nahrungsmittelproduktion interessante Entwicklungsmöglichkeiten. Bei der Entwicklung und Verwertung nachwachsender Rohstoffe und Energieträger muß **Niedersachsen wieder Spitzenreiter** werden. Bereitgestellte Bundesmittel dürfen nicht abgelehnt, sondern müssen voll in der Region Niedersachsen gebunden werden.

Bei den regenerativen Energieträgern hat die Landwirtschaft die große Chance, im Rahmen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes aktiv zu werden. Die thermische Verwertung von Schwachholzresten, Rest- und sauberem Abfallholz sowie Rückstände aus Natur- und Landschaftspflege sowie der Teek- und Treibselentsorgung haben auf der Grundlage des Energieeinspeisungsgesetzes interessante wirtschaftliche Aspekte. Die Verwertung vegetabiler Abfälle und Reststoffe aus der "Grünen Tonne" und der Lebensmittelindustrie durch dezentrale Biogasanlagen in Cofermentation mit landwirtschaftlicher Gülle eröffnet **eine neue Chance** in der Abfall- und Energiewirtschaft. In einer total geschlossenen Verwertungskette wird aus Methangas Wärme und Elektrizität, aus Rest- und Abfallstoffen wertvolle Pflanzennahrung.

Niedersachsen braucht leistungsfähige Wälder

Den Menschen dient der Wald als Raum der Erholung. Für einen Großteil unserer Bevölkerung besitzt er darüber hinaus auch einen ideellen Wert.

23 % unseres Landes ist mit Wald bewachsen, davon befinden sich 2/3 in – meist kleinstrukturierten – Privatbesitz.

Wegen des Preisverfalls am Holzmarkt ist eine wirtschaftliche Nutzung kaum möglich. Trotzdem sind die Waldbesitzer verpflichtet, ihren Wald zu erhalten und zu pflegen. Die Förderung, insbesondere der Jungwaldpflege, des ökologischen Waldumbaus und der Waldneubildung, muß so gestaltet werden, daß sie trotz der geringen wirtschaftlichen Erträge des Waldes noch ordentliche Forstwirtschaft ermöglicht, denn Niedersachsen braucht leistungsfähige Wälder und Forstbetriebe.

Deshalb tritt die CDU in Niedersachsen dafür ein, im Sinne des Löwe-Programms den Wald zu erhalten und nachhaltig zu nutzen, den Wald zu pflegen, zu gestalten und gesundzuerhalten. Dafür leisten auch Jägerschaften und Naturschützer einen wertvollen Beitrag. Wir wollen unrentable Kleinstrukturen durch freiwillige **forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse** überwinden. Wir wollen die Förderung der Forstwirtschaft, insbesondere des Privatwaldes, um Umweltschäden durch unsere Gesellschaft zu kompensieren (Umbau auf Mischwald). Und wir wollen eine

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Ausweitung der Verwendungsmöglichkeiten für Holz unterstützen bzw. schaffen (thermische Schwachholzverwertung und stoffliche Verwertung).

Tierschutz

Die CDU räumt dem Tierschutz einen hohen Stellenwert ein. Gleichrangig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sollen "Tiere als **Lebewesen** geachtet und geschützt werden". Diese Formulierung soll nach dem Willen der CDU Bestandteil der Niedersächsischen Verfassung werden.

Tierschutz ist keine isolierte nationale Aufgabe, sondern er erfordert Solidarität über Grenzen hinweg. Wir fordern dieses im Bereich der Tiertransporte, bei Tierversuchen in der Forschung, bei der art- und sachgerechten Nutztierhaltung und bei der Zucht und Haltung von Heimtieren.

Die CDU in Niedersachsen wird sich für hohe Strafen bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz, insbesondere im Bereich der Tiertransporte einsetzen.

Wir wollen durch Aufklärung der Verbraucher dazu beitragen, daß sie durch ihr Einkaufsverhalten auf Tierschutzbedingungen Einfluß nehmen.

Reibungsverluste abbauen

Reibungsverluste zwischen dem Landwirtschafts- und dem Umweltministerium müssen abgebaut werden.

Wir werden ein Ministerium **für den ländlichen Raum schaffen**, das sich aus dem Landwirtschaftsministerium, der Abteilung der Wasserwirtschaft des Umweltministeriums und den Referaten für Raumordnung im Innenministerium zusammensetzt.

Die ländlichen Räume entwickeln

Ländliche Räume erfüllen – wie andere Regionen auch – wichtige Daseinsfunktionen z.B. für Versorgung (Lebensmittel und Rohstoffe), Wohnen, Arbeit, Entsorgung, Freizeit, Erholung und Bildung. Sie stellen **lebenswichtige natürliche Ressourcen** bereit wie Boden, (Trink-) Wasser, saubere Luft, Tier und Pflanzen.

Der beschleunigte Strukturwandel hat dazu geführt, daß es den einheitlichen "ländlichen Raum" schlechthin nicht gibt. Stadtumfeldlagen haben häufig andere Vorteile (z.B. mehr Arbeitsplatzangebote, bessere Verkehrsanbindung, größere bäuerliche Direktvermarktungsmöglichkeiten). Sie haben aber auch Nachteile als stadtfornere Bereiche (weniger Zersiedlung, kleineres Konfliktpotential zwischen Wohnbevölkerung und Landwirtschaft). Weil sowohl der Strukturwandel viele Lebensbereiche erfaßt hat als auch die Problemsituation sehr unterschiedlich ist, muß die Landespolitik endlich mit einer stärker aufeinander abgestimmten, d.h., integrierten Politik für den ländlichen Raum darauf reagieren. Das Interesse an der **Erhaltung alter dörflicher Bausubstanz** ist z.B. häufig nur durch Umwidmung zu erreichen.

Wir werden die ländlichen Regionen nicht schematisch als unterentwickelte Problemzonen betrachten. Künftig kommt es darauf an, konkrete Probleme in den ländlichen Räumen durch eine gezielte Zusammenführung der staatlichen Fördermöglichkeiten anzugehen. Durch freiwillige regionale Zusammenschlüsse auf landkreisübergreifende Ebene sollen entsprechend dem Modell der Region Osnabrück, Bentheim, Emsland/Südoldenburg (OBE-Region) überregional konkrete Entwicklungsmöglichkeiten erfaßt, gemeinsam mit den Fachministerien passende Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und sämtliche Fördermechanismen gezielt zur Problembewältigung genutzt werden.

Für uns gilt:

- Durch die stärker werdende Zentralität haben sich die Probleme für ländliche Räume und auch für die Ballungsräume in den letzten Jahren erheblich verschärft, ohne daß die Landesregierung darauf reagiert hat.

- Eine Vernachlässigung ländlicher Räume hat verheerende Folgen für das ganze Land, denn mehr als drei Viertel unserer Landesfläche sind ländlicher Raum. Deshalb ist das Ziel unserer Politik: Die ländlichen Räume als Arbeits- und Wohnräume der dort ansässigen Menschen zu sichern und auszubauen.

Den in diesen Räumen lebenden Menschen müssen gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglicht werden.

Bei der Gestaltung des Wandels müssen wir nach wie vor **das Unverwechselbare unserer niedersächsischen Landschaften**, die Städte und Dörfer mit ihrer ortstypischen Bausubstanz und die landschaftsprägende flächenhafte land- und forstwirtschaftliche Nutzung erhalten.

Die Wirtschaftskraft in den ländlichen Räumen stärken

Das Ziel einer nachhaltigen Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ein bedarfsgerechter Ausbau ländlicher Siedlungsstrukturen ist **nur** zu erreichen, wenn die regionalen wirtschaftlichen Herausforderungen bei standortrelevanten Entscheidungen wieder angemessene Berücksichtigung finden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Wir wollen durch **zusätzliche Impulse** die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Räumen forcieren, indem wir die investiven Fördermöglichkeiten der Gemeinschaftsaufgaben intensivieren. Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Förderung der Möglichkeiten, die sich auf Grund einer Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude auch im Außenbereich und nach längerer Betriebsaufgabe für den Wohnungsbau und die Ansiedlung von Handwerks- und Gewerbebetrieben ergeben,
- ein umfassendes Beratungs- und Informationsangebot für Existenzgründer, um die vielfältigen günstigen Möglichkeiten kennenzulernen und **Unternehmensgründungen im ländlichen Raum** vorzunehmen,
- Förderung des Tourismus,
- Förderung des dezentralen Einsatzes regenerativer Energien,
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine kontrollierte Biotechnologie.

Wir wollen im Landesraumordnungsprogramm die Entwicklungsfähigkeit der ländlichen Räume erhalten und die Landwirtschaft absichern. Da der ländliche Raum vielfältige Infrastrukturleistungen für die Ballungszentren erbringt, ist die Forderung, bei finanziellen Zuweisungen die Ballungszentren zu begünstigen, nicht gerechtfertigt.

Es ist im übrigen eine ständige politische Aufgabe, eine Grundversorgung von öffentlichen und privaten **Dienstleistungen in ländlichen Räumen** zu gewährleisten. Hierzu gehört entscheidend auch eine ausreichend Verkehrsanbindung durch die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum, ohne die Bedeutung des Individualverkehrs für die ländliche Bevölkerung zu ignorieren.

Für uns gehört zu einer integrierten Politik für den ländlichen Raum, daß überdies die **Planung und Förderung** von Schulen und Kindergärten den spezifischen Bedürfnissen dieses Raumes angepaßt und die dort intakteren Sozial- und Nachbarschaftsstrukturen gefördert und erhalten werden.

Dorferneuerung

Mit der gezielten Fortsetzung beispielhafter Dorferneuerungsmaßnahmen im Rahmen der Flurneuordnungsförderung sollen Anregungen gegeben werden, wie unsere Dörfer ihren Charakter bewahren können.

Der Verlust von Einkaufsmöglichkeiten, Einrichtungen der Post, der Banken und Verwaltungen, von Schulen, Pfarreien und Polizeidienststellen hat in kleineren Dörfern zu erheblichen Problemen geführt. Dem Verlust an **Infrastruktur in den Dörfern** wollen wir entgegenwirken, die Grundversorgung der Menschen muß in zumutbarer Entfernung sichergestellt werden. Wir werden weiterhin freiwillige Feuerwehren, das Vereinsleben, kulturelle und soziale Einrichtungen fördern, denn sie sind das Rückgrat der dörflichen Gemeinschaft.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Umwelt- und Naturschutz fördern

Auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio haben sich Delegationen aus mehr als 170 Ländern zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung bekannt.

Die AGENDA 21 gibt Handlungsempfehlungen für die nachhaltige Nutzung aller natürlichen Ressourcen sowie eine Erklärung über die Erhaltung der Pflanzen und Wälder.

Das in Rio beschlossene Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wendet sich jedoch nicht an den Staat allein. Nachhaltiges Wirtschaften ist vielmehr ein Prozeß, der alle gesellschaftlichen Gruppen wie z.B. Unternehmer / Arbeitnehmer, Produzenten / Konsumenten, Arbeitgeberverbände / Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände zur Erreichung dieses Zieles einbeziehen soll. Die CDU wird auf eine Umsetzung der Lokalen Agenda 21 hinwirken.

Der Grundsatz "**Global denken, lokal handeln**" wird Handlungsmaxime für die künftige CDU-Landesregierung sein. Nachhaltigkeit heißt für uns die gleichgewichtete Beachtung der Prinzipien von Wirtschaftlichkeit, Sozial- und Umweltverträglichkeit.

Der schonende Umgang mit den knapper werdenden Ressourcen wird unter der CDU-geführten Landesregierung wieder zu einer wesentlichen Rahmenbedingung der künftigen niedersächsischen Politik werden.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bekennt sich die CDU zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, die die Leistungsfähigkeit des Marktes mit dem sozialen Ausgleich und der **Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen** verbindet.

Forschung und Technologie wollen wir dazu nutzen, ein **nachhaltiges Wirtschaftswachstum** zu gewährleisten, das nicht mit mehr, sondern mit immer weniger Umweltbelastungen, Energie- und Rohstoffverbrauch verbunden ist. Dazu brauchen wir eine konsequente, langfristig und berechenbar angelegte Umweltpolitik, die im Interesse der Chancengleichheit im Wettbewerb europäisch harmonisiert werden muß.

Nur eine CDU-Landesregierung wird den wirklichen Herausforderungen des Umweltschutzes unter Beachtung einer nachhaltigen Entwicklung gerecht.

Die Abfallwirtschaft und **Technologie-Innovation in Niedersachsen** sind unter der SPD-Landesregierung zum Stillstand gekommen.

Die Regierung wehrt sich seit 8 Jahren gegen den innovativen und umweltverträglichen Einsatz von Technik und Technologieentwicklung wie z.B. bei der fortschrittlichen Nutzung der Bio- und Gentechnologie oder im Bereich der energetischen Nutzung von Klärschlamm und Abfall – was letztendlich ständig erhöhte Entsorgungskosten für jeden Bürger zur Folge hat; die Nebenkosten werden so zur zweiten Miete.

Für nachhaltigen und konsequenten Umwelt- und Naturschutz

Die künftige CDU Landesregierung wird eine in sich schlüssige, konsequente und nachhaltige Umweltschutzpolitik betreiben und dabei folgende Schwerpunkte bilden:

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Integrierte und gebührenfreundliche Abfallwirtschaft

Wir streben ein Abfallkonzept mit dem Vorrang der Vermeidung von Abfällen an. Die Wiederverwendung und –verwertung oder die energetische Nutzung von Abfällen sind unter Beachtung von ökologischen und ökonomischen Aspekten zu entscheiden und umzusetzen. Dabei wird die energetische Nutzung z.B. durch Kraft-Wärme-Kopplung mit gleichzeitiger Schadstoffreduzierung durch moderne Filtertechnologien vielfach der ökologischere und wirtschaftlichere Weg sein.

Für die künftige CDU-Landesregierung gilt: Die Abfallwirtschaft muß wieder berechenbar werden.

Gute Ansätze des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, eine moderne und zukunftsweisende Abfallwirtschaft auf **Zusammenarbeit und Vertrauen** der beteiligten Partner aufzubauen, werden von den rot oder rot/grün geprägten Landesregierungen in ihr Gegenteil verkehrt.

Bürokratische Hemmnisse – geprägt von Mißtrauen in die Leistungskraft und Glaubwürdigkeit der Produktions- und Entsorgungswirtschaft – verhindern notwendige Investitionsentscheidungen und verteuern die Entsorgungsleistung für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir werden diesen Wildwuchs an Bürokratie abbauen und das Vertrauen auf staatliche Vorgaben wiederherstellen. Insbesondere die kleinen und mittelständischen Entsorgungsunternehmen brauchen **eine sichere Basis** für notwendige Investitionsentscheidungen, damit der sonst drohende Konzentrationsprozeß hin zu Monopolgesellschaften verhindert wird.

Moderne Entsorgungstechnik muß wieder ihren notwendigen Stellenwert erhalten. Das heißt: Abbau der Vorbehalte gegenüber thermischen Behandlungsanlagen für Abfälle (Müllverbrennungsanlagen). Diese Anlagen sind zwischenzeitlich so weiterentwickelt worden, daß sie für die Schadstoffreduzierung unverzichtbar sind. Die energetische Nutzung von Abfällen ist der zukünftige relevante Weg moderner Entsorgungstechnik.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gewerbebetriebe und die Industrie haben ein Anrecht auf eine umweltfreundliche, aber auch kostengünstige Abfallentsorgung. Die künftige CDU Landesregierung wird alle Entwicklungen fördern, die bereits erprobten und angewandten Entsorgungstechnologien verbessern; sie wird erfolgversprechende Alternativen unterstützen.

Für die Niedersächsische CDU gilt der Grundsatz: Vorrang der Vermeidung vor der Verwertung und der Verwertung wiederum vor der Beseitigung. Gleichzeitig wird sie sicherstellen, daß dieser Vorrang nicht mißbraucht wird und Abfälle fein verteilt über die "Verwertungsschiene" in die Umwelt abgegeben werden. Die flächendeckende landwirtschaftliche Kompostverwertung ist ebenso kritisch zu hinterfragen wie der Verwertung von Klärschlämmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Um zu verhindern, daß langfristig die Belastungswerte der Böden – insbesondere bei Schwermetallen – eine kritische Grenze erreichen, die die weitere Nutzung unserer Böden erschwert oder gar verhindert, wird sich die künftige CDU-Landesregierung dafür einsetzen, daß **zukunftsorientierte Entsorgungsalternativen** entwickelt und realisiert werden, die dieser Gefahr zielgerichtet begegnen. Hierfür sind gerade in Niedersachsen Forschungskapazitäten vorhanden, die wegen der ideologisch geprägten und damit nicht sachgerechten Vorbehalte gegen technische Lösungen

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

ungenutzt sind; diese Forschungskapazitäten wird die künftige CDU Landesregierung aktivieren.

Die Entwicklung auf dem Verpackungssektor ist hochgradig unbefriedigend. Solange ein Vielfaches der in Kunststoffen enthaltenen Kohlenstoffmengen als Kohle oder in Form von Kohlenwasserstoffen zur Energieerzeugung verbrannt wird, macht es wenig Sinn, diese Kunststoffe in aufwendigen und unverhältnismäßig teuren Verfahren zu sammeln und zu recyceln, um den angeblichen Forderungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes gerecht zu werden. Hier sind Kostenexplosionen, die zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger gehen, nicht nur vorgezeichnet, sondern in unerträglichem Maße bereits vorhanden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Verwertung und Rückführung in Kreisläufe an dem Maßstab der Sinnhaftigkeit gemessen und nicht zum Dogma erhoben wird.

Die Erkundungs- und Gefährdungsabschätzung von Altlasten – auch Rüstungsaltlasten – ist eine Aufgabe, die nicht allein den Verursachern, den Grundstückseigentümern oder den betroffenen Kommunen überlassen bleiben darf. Hier wird die künftige CDU-Landesregierung auch weiterhin eine Verpflichtung im Rahmen der Daseinsvorsorge zum weiteren Handeln sehen. Die künftige CDU-Landesregierung wird ein Programm auflegen, mit dem sie dieser Verpflichtung in angemessenem Rahmen gerecht wird.

Klimaschonende Energieversorgung

Die CDU in Niedersachsen definiert ihre nachhaltige Energiepolitik wie folgt:

Mögliche Effizienzsteigerungen müssen bei der Energieerzeugung sowohl bei den bestehenden als auch bei den zu planenden Kraftwerken ausgeschöpft werden.

Energietransportverluste (Leistungsverluste über größere Entfernungen) sind zu minimieren.

Energieeinsparungen beim Verbraucher sind zu aktivieren. Hier werden wir ein Programm zur Verbesserung der Wärmedämmung und effizienter Versorgungstechniken einschließlich der Reduzierung des Wasserbedarfs auflegen.

Kraft-Wärme-Kopplung ist bei dezentraler Energiebereitstellung voranzutreiben; sie ist allerdings nur bei einer gesicherten Wärmeabnahme sinnvoll.

Die Entwicklung und **Nutzung erneuerbarer Energien** aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse wollen wir vorantreiben. Ihren Anteil am Energieeinsatz wollen wir bis zum Jahr 2010 auf 10 Prozent steigern, um auf diese Weise den Verbrauch von fossilen, CO₂-freisetzenden Energieträgern zu reduzieren.

Grundsätzlich muß die Energieerzeugung unter Einschluß der externen Kosten auf Dauer dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit genügen. Staatliche Anschubfinanzierungen können notwendig sein, dürfen jedoch nicht zu einer dauerhaften Subvention führen.

Die CDU unterstützt den Ausbau der Windkraft als regenerative Energie und betrachtet die bisherigen Effekte in der technologischen Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen als einen Erfolg.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Bei weiterer Installierung von Windkraftanlagen muß mehr auf die Beeinträchtigung von Naturhaushalt und Landschaftsbild und auf die Belange des Fremdenverkehrs geachtet werden. Die Akzeptanz der Windenergie durch die Bevölkerung muß erreicht werden.

Wir sind für eine bundesweite Regelung, mit der einseitig, durch Windenergie bedingte Mehrbelastung der niedersächsischen Stromkunden auf alle Verbraucher gleichmäßig verteilt wird.

Außerdem bieten Biomassenanlagen der Landwirtschaft ein zukunftsorientiertes Standbein.

Mit einer gezielten Förderung der Photovoltaikleistungen wollen wir die Marktfähigkeit geeigneter Anlagen erreichen.

Solarthermieanlagen wollen wir insbesondere im Bereich der Brauchwassererwärmung in Alt- und Neubauten fördern, weil hier noch **enorme Energiesparpotentiale** liegen.

Trotz aller Bemühungen bei Einsparung von Energie, Effizienzsteigerungen von Energieerzeugungsanlagen und der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energiequellen wird der Energiebedarf auch weiterhin überwiegend mit fossilen Energieträgern abgedeckt werden müssen. Deshalb brauchen wir in diesen Bereichen besonders **effiziente Energietechniken**, die dafür sorgen, daß wir aus möglichst wenig fossilen Energieträgern so viel Energie wie möglich gewinnen.

In Abwägung zwischen der permanenten Klimaschädigung durch Verbrennung wertvoller fossiler Energieträger und dem Risiko der Kernenergienutzung muß die Option "Kernenergie" auch weiterhin offengehalten werden. Klimaschutz erfordert eine deutliche Verringerung der CO₂-Emission. Die CO₂-freie Kernenergienutzung muß hierbei solange helfen, bis andere CO₂-freie Energiequellen zur Verfügung stehen. Gegenwärtig werden durch die niedersächsischen Kernkraftwerke jährlich 30 Millionen Tonnen CO₂ vermieden. In Niedersachsen beträgt die CO₂-Freisetzung pro verbrauchte Kilowattstunde durch den hohen Anteil der Kernkraftwerke ca. 50% weniger als im Bundesdurchschnitt.

Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie würde ferner die privaten Haushalte, Industrie und Gewerbe mit jährlich bis zu 5 Mrd DM zusätzliche Kosten belasten. Wir werden den **Industriestandort Niedersachsen** nicht in Frage stellen.

Es muß gerade in der Umwelt- und Energiepolitik Schluß gemacht werden mit der Heuchelei, die nur vom "Risiko Atomkraft" spricht und sich damit an dem viel größeren Risiko der Klimakatastrophe bewußt vorbeidrückt. Wenn das Land Niedersachsen seinen erforderlichen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten soll, braucht es eine neue Regierung.

Niedersachsen hat die gesamtstaatliche Mitverantwortung, eine sichere Entsorgung für Atommüll zu finden. Bei nachgewiesener Eignung sind die Anlagen Schacht

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Konrad für schwach- und mittelradioaktive Abfälle und Gorleben für hochradioaktiven Abfall zu genehmigen, einzurichten und zu betreiben.

Die CDU-Niedersachsen will weiterhin einen Energiekonsens.

Naturschutz

Die CDU bekennt sich zu der Verantwortung, die Schöpfung zu bewahren, Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen zu sichern.

Tier-, Pflanzen- und Biotoparten sind durch die Auswirkungen der Zivilisation in ihrer Existenz bedroht, jedoch für ein ökologisch stabiles System und unsere Landschaft unersetzlich. Gesunde und intakte Umwelt ist als wichtiger Standortfaktor mit einer langfristig nachhaltigen Nutzung in Einklang zu bringen.

Natur und Landschaft sind als unersetzlicher Ruhe- und Erlebnisraum den Menschen zugänglich zu halten.

Natur und Landschaftsschutz kann, insbesondere wenn Interessens- und Nutzungskonflikte politisch zu bewältigen sind, nur mit den Betroffenen, mit den Verbänden und mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern vorangebracht werden.

Das unerträgliche Vorgehen der sozialdemokratischen Regierungspolitik z.B. bei der Ausweisung von FFH/Natura 2000 - Gebieten, in der Elbtalproblematik oder bei den Altlasten darf sich nicht wiederholen.

Wir brauchen eine neue Umwelt- und Naturschutzpolitik in Niedersachsen, ohne Polarisierung der Interessen, ohne Feindbilder, ohne einseitige Schuldzuweisungen. Wir wollen ein faires Mitspracherecht der Interessenverbände. Deshalb wollen wir

- Natur- und Landschaftsschutz, Arten- und Biotopschutz in Kooperation und gemeinsamer Verantwortung der Beteiligten und Betroffenen staatlicher, kommunaler und privater Stellen organisieren.

- Regelungen für gesamtökologisch angemessene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für unabdingbare Eingriffe in Natur und Landschaft,

- Handlungskonzepte zur Gestaltung von Biotopverbundsystemen entwickeln, um die bestehenden - und soweit erforderlich weitere - Schutzgebiete unter Berücksichtigung der Nutzungsinteressen ökosystematisch wirksamer zu gestalten, den niedersächsischen Beitrag für das europäische FFH/Natura 2000-Programm und das Biosphärenreservat Elbtalau mit den Betroffenen unter Berücksichtigung der differenzierten regionalen Gegebenheiten neu diskutieren,

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

- darauf hinwirken, daß Staat und Kommunen mit ihren eigenen Grundstücken einen besonderen Beitrag leisten,

- geeignete land- und forstwirtschaftliche Flächen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes gewinnen,

- nicht nur die Neuausweisung, sondern die Pflegemaßnahmen in den bestehenden Naturschutzgebieten und ihre Finanzierung sichern, Naturschutz mit den Grundeigentümern umsetzen und dafür Landschaftspflegeverbände gründen.

Wasser

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, es muß in guter Qualität und ausreichender Menge verfügbar bleiben.

Gewässer und Grundwasser sind als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen langfristig zu sichern. Sparsamer Umgang mit Wasser muß Grundlage im vorsorgenden Umweltschutz werden. Regenwasser muß mehr als heute genutzt werden.

Die Reinigung kommunaler, gewerblicher und industrieller Abwässer hat einen hohen Standard erreicht, der zu erhalten ist. Eine weitere Kostenexplosion im Bereich der Gebühren durch immer neue Auflagen lehnen wir ab. Vernünftige Reinheitsanforderungen sind zu formulieren. Kostengünstigere dezentrale Abwasseranlagen im ländlichen Raum erfüllen die Anforderungen des Gewässerschutzes und sollen vorrangig eingerichtet werden.

Ein Schwerpunkt künftigen Gewässerschutzes muß die Fernhaltung und Entfernung gefährlicher und schwer abbaubarer Stoffe aus dem Wasserkreislauf sein. Die Fließgewässer müssen naturnah entwickelt, Gewässerrandstreifenprogramme fortgeführt werden.

Hochwasser und Küstenschutz

Für Niedersachsen als Küstenland hat der Nordseeschutz existentielle Bedeutung. Durch internationale Zusammenarbeit sind nachhaltige Verbesserungen vor allem auch in der Schiffsicherheit durchzusetzen.

Hochwassergefahren sind auch in unserem Lande nicht gebannt. Die Freihaltung von Retentionsräumen, retentionsverbessernde Maßnahmen, aber auch gezielte Hochwasserschutzmaßnahmen für gefährdete Bereiche müssen als Vorsorgemaßnahmen intensiviert werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

An der Küste und an den Tideströmen Ems, Weser und Elbe ist der Küstenschutz die wichtigste Voraussetzung für den Erhalt der Kulturlandschaft, die für den Menschen dort die Lebensgrundlage darstellt. Dabei ist das Zusammenwirken aller Elemente des Küstenschutzes zu nutzen, so auch des Deichvorlandes. Aufgrund eines Salzwiesenmanagementplanes, der auch die Belange des Naturschutzes berücksichtigt, ist zu ermitteln, welche Maßnahmen zur Deichflußentwässerung unbedingt erforderlich sind, wo die eigendynamische Entwicklung schadlos zugelassen werden kann und wo die extensive Nutzung im Interesse des Vorlandehaltes und zur Reduzierung des Treibselanfalles notwendig ist. Für die aus Deichsicherungsgründen notwendige Treibselbeseitigung sind an Stelle der kostenaufwendigen Kompostierung auch die energetische und landwirtschaftliche Verwertung in Betracht zu ziehen.

Schutz und Nutzung des Wasserhaushaltes setzen eine ausreichende Beobachtung der Güte- und Mengenparameter der Wasservorkommen voraus. Hochwasserschutz und Küstenschutz verlangen die sorgfältige Analyse extremer Wasserverhältnisse. Hierfür muß ein effektiver gewässerkundlicher Landesdienst verfügbar bleiben.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Politik für die junge Generation

Wir haben die Pflicht, über den Tag hinaus zu denken und unser Handeln daran auszurichten. Wir, die CDU in Niedersachsen, wollen diesem Anspruch gerecht werden. Unsere Politik ist langfristig angelegt, um unserem Land, der heutigen jungen Generation und den folgenden eine dauerhafte Perspektive zu geben.

Um die Zukunftschancen unseres Landes zu erhalten und damit unsere Demokratie lebendig bleibt, brauchen wir Jugendliche, die sich am öffentlichen Leben aktiv beteiligen sowie Entscheidungen und Entscheidungsprozesse mitgestalten. Die junge Generation ist engagiert und leistungswillig. Sie soll alle Möglichkeiten erhalten, **Verantwortung für die Zukunft** zu übernehmen und aktiv für ihre Chancen zu kämpfen. Dies gilt besonders für ihre beruflichen Perspektiven. Bildungschancen sind Zukunftschancen, und Zukunftschancen sind Lebenschancen. Deshalb treten **wir in Niedersachsen** nachdrücklich für ein qualitativ hochwertiges Schul-, Bildungs- und Ausbildungssystem ein.

Darüber hinaus wollen wir jungen Menschen ohne Bevormundung Unterstützung geben, ihnen Perspektiven aufzeigen und ihre Selbständigkeit stärken. Dazu sind alle Politikbereiche gefordert.

Politik mit der Jugend heißt für uns, die junge Generation stärker als bisher beispielsweise in der Form von Kinder- und Jugendparlamenten einzubeziehen. Wir werden sie **zu Wort kommen lassen** und ihre Kritik konstruktiv verarbeiten.

Wir unterstützen Jugendverbände, Jugendgruppen und Jugendinitiativen, die über ein reichhaltiges Angebot an sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung hinaus einen wichtigen Beitrag zur **Solidarität und Mitverantwortung** erbringen. Wir bekennen uns zum Zusammenhang zwischen Volljährigkeit und dem aktiven wie passiven Wahlrecht. Unsere Unterstützung geht aus vom Subsidiaritätsprinzip und will daher vor allem Gruppen und Initiativen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. Gerade auch angesichts der Konkurrenz kommerzieller Freizeitanbieter wollen wir die Stellung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessern.

Wer benachteiligte und gefährdete Jugendliche ins persönliche und politische Abseits stellt, der fördert ihre Gewaltbereitschaft und treibt sie Extremisten in die Arme. Wir wollen die Betroffenen nicht ausgrenzen und deshalb die bewährten Einrichtungen der Jugendsozialarbeit weiter fördern. Wir wollen die strukturelle Benachteiligung junger Mädchen und Frauen, aber auch von Jugendlichen auf dem Lande durch Fördermaßnahmen abbauen helfen.

Lernen für die Zukunft

Bildung, Ausbildung und Erziehung sind Schlüssel zur Zukunft. Sie befähigen, selbständig und eigenverantwortlich zu handeln, Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu übernehmen, das Leben als Chance zu begreifen und einen Platz in Gesellschaft und Beruf zu finden. Sie bilden damit Grundvoraussetzungen der persönlichen und beruflichen Entwicklung. Bildung, Ausbildung und Erziehung sind zugleich **Grundpfeiler der Leistungsfähigkeit** von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ihre Förderung bedeutet damit unsere Zukunftssicherung in einer sich tiefgreifend wandelnden Welt.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert verändert sich die Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft. Bildung und Wissen, Qualifikation und

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Kompetenz werden zu den wichtigsten Faktoren im internationalen Wettbewerb um die Sicherung von Zukunftschancen. Dies fordert Konsequenzen für unser Bildungswesen: Wir werden im globalen Wettbewerb nur mit einem qualitativ hochwertigen Angebot in Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung bestehen können. Lebenslanges **Lernen als dynamische Anpassung** an den Wandel muß einhergehen mit einer Verkürzung der Studien- und Ausbildungszeiten, einer Straffung der Inhalte und einer stärkeren Gewichtung von weiterqualifizierenden Maßnahmen.

Niedersachsen ist seit dem Regierungswechsel diesen Herausforderungen nicht gerecht geworden. Die Schröder-Regierung hat Bildungsinvestitionen nicht als Zukunftsinvestitionen zur Sicherung der Stellung unseres Bundeslandes im bundesweiten, europaweiten und globalen Wettbewerb verstanden. Sie hat die **notwendige Qualitätssicherung** z. B. unseres allgemeinbildenden Schulwesens sträflich vernachlässigt:

- durch Streichung von 3.000 Lehrerplanstellen bei 90.000 zusätzlichen Schülern,
- durch Kürzung der Stundentafeln in allen Schulformen (2.200 Stellen), dreimalige Verschlechterung der Berechnungsfaktoren für den Unterricht (3.500 Stellen) und Arbeitszeiterhöhung für Lehrer (2.300 Stellen),
- durch Kürzung der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler um 10 v.H. im Vergleich zu 1989/90.

Die CDU in Niedersachsen wird Bildungspolitik wieder zu einem Schwerpunkt der Landespolitik machen. Niedersachsen braucht **eine neue Bildungs Offensive** als Grundlage unserer Zukunftssicherung.

Begabungsgerechtes Schulwesen fördern

Die humane Leistungsschule ist zukunftsgerichteter Maßstab unseres politischen Handelns. Sie verfolgt das Ziel, jedem einzelnen die Chance der besten individuellen Förderung seiner geistigen, sozialen und praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten unter Berücksichtigung seiner Neigungen und Interessen zu ermöglichen. Dies setzt ein gegliedertes, differenziertes, begabungsgerechtes und wohnortnahes Schulwesen in überschaubaren Einheiten voraus. Mit dem Leitbild der Humanen Leistungsschule wird die CDU Schulbildung in Niedersachsen wieder an die Spitze aller Bundesländer führen.

Mit folgenden Maßnahmen werden wir dieses Ziel erreichen:

Qualitätssicherung des Schulwesens in den Mittelpunkt des pädagogischen und politischen Handelns

Aktuelle Vergleichsstudien zeigen die mangelhaften Leistungen von Schülerinnen und Schülern aus Bundesländern, die auf Einheitsschulen und die Abkehr vom Leistungsprinzip setzen. Diesen Irrweg hat auch die Schröder-Regierung beschritten.

Die Vermittlung von Grundfertigkeiten und elementaren Kulturtechniken muß im Unterricht wieder in den Vordergrund treten. Die Klagen der ausbildenden Wirtschaft über die mangelhaften **Fähigkeiten der Schulabgänger** zeichnen hier ein erschreckendes Bild.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Schulisches Lernen darf nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Die vom Grundgesetz geforderte staatliche Schulaufsicht muß die landesweite Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit von Leistungsanforderungen und Bildungsabschlüssen sicherstellen. Die notwendige **Stärkung der Eigenverantwortung** der einzelnen Schule darf nicht zu einer "Schulautonomie" führen, die Verbindlichkeit durch Beliebigkeit ersetzt. Deshalb sind die Stundentafeln der einzelnen Schulformen landesweit für alle Schulen verbindlich festzulegen und werden nicht den einzelnen Schulen überlassen. In den Stundentafeln sind die Einzelfächer mit verbindlichen Stundenanteilen auszuweisen, und der Unterricht ist durch Fachlehrer zu erteilen.

Die Schule braucht **eine positive Einstellung zum Leistungsgedanken**. Erfolgserlebnisse, die auf eigener Anstrengung beruhen, und berechtigter Stolz auf eigene Leistungen stärken das Selbstwertgefühl und befähigen zur Lebensbewältigung. Fördern und Fordern schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Zensuren und Zeugnisse, regelmäßige Lernstandskontrollen, aber nicht unverbindliche Lernentwicklungsberichte sind Maßstäbe für die Bewertung schulischer Leistungen.

Schule muß auf den wirtschaftlich-technologischen Wandel vorbereiten

Schule muß die Fähigkeit und Bereitschaft der jungen Menschen stärken, vor dem Hintergrund einer soliden Wissensbasis ständig neu zu lernen und umzulernen.

Schule hat die Aufgabe, auf das Lernen in der Informationsgesellschaft vorzubereiten. Die niedersächsischen Schulen brauchen den Zugang zu multimedialen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Den Schülerinnen und Schülern ist ein verantwortungsbewußter **Umgang mit modernen Technologien** zu vermitteln. Das von der Albrecht-Regierung begonnene Vorhaben "Neue Technologien und Schulen", das nach dem Regierungswechsel unverantwortbar vernachlässigt wurde, sowie die Initiative der CDU-Bundesregierung "Schulen ans Netz" sind unter Einbeziehung der Schulträger weiterzuentwickeln. Der Schule kommt hier aufgrund gesellschaftlicher Unterschiede im Zugang zu den neuen Medien auch eine kompensatorische Aufgabe zu.

Werteerziehung - Grundlage für unser Zusammenleben in Staat und Gesellschaft

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hat sich gewandelt. Die familiären Rahmenbedingungen haben sich nachhaltig verändert. Medien werden zum unkontrollierten Erzieher. Die **Vermittlung verbindlicher Normen** tritt zurück hinter ein Warenhausangebot unterschiedlichster Wertvorstellungen. Gewaltbereitschaft und Jugendkriminalität nehmen zu. Vor diesem Hintergrund ist in der Schule eine verstärkte Grundwerteerziehung notwendig. Dazu gehören die Achtung der unteilbaren Menschenrechte, die Anerkennung der Gewaltlosigkeit als generelles Prinzip der Konfliktlösung, die Herausbildung der Bereitschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung, die Entwicklung von Toleranz, Kompromißbereitschaft, Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn, Akzeptanz und Verständnis gegenüber Menschen, deren Kulturen fremd sind, das Eintreten für Gleichberechtigung und Partnerschaft, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit sowie die Bejahung des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Im Rahmen der Werteerziehung kommt dem Religionsunterricht **besondere Bedeutung** zu. Sein Kern, die Frage nach Gott und die sie umgebenden Lebensfragen, darf nicht einem bloßen Ethikunterricht geopfert werden. Seine ordnungsgemäße Erteilung ist sicherzustellen, er darf nicht zum Streichopfer der Schulen werden.

Lehrerinnen und Lehrer ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit unterstützen

Lehrerinnen und Lehrer müssen unter den aufgezeigten erschwerten Rahmenbedingungen verstärkt Bildungs- und Erziehungsarbeit leisten. Sie sind nicht nur Wissensvermittler, sondern müssen sich verstärkt auch wertorientiert als Erzieherinnen und Erzieher verstehen. Die CDU hat Vertrauen in die Lehrer. Wer wie die Schröder-Regierung ihr öffentliches Ansehen bewußt demontiert, sie schikaniert und ihre Arbeitsbedingungen ständig verschlechtert und sie in ihrer Arbeit demotiviert, der gefährdet auch den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule. Lehrerinnen und Lehrer können ihre schwierige Aufgabe nur bewältigen, wenn unsere Gesellschaft sich hinter sie stellt, die schwierige Arbeit der Erziehungsberufe positiv begleitet und ihre Autorität stärkt. Dazu gehört auch die Bereitschaft und Fähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer, selbst **Vorbild zu sein** und dadurch Autorität zu gewinnen. Dazu gehört aber auch die Möglichkeit, Disziplin mit Sanktionen durchsetzen zu können, um die erzieherische Handlungsfähigkeit von Schule zu sichern. Das Verhalten der Schülerinnen und Schüler in der Schule soll künftig wieder im Zeugnis dokumentiert werden. Die Ordnungsmaßnahmen des Schulgesetzes sind bis zum Ruhen der Schulpflicht für gewalttätige Schülerinnen und Schüler entsprechend der vorliegenden Schulgesetznovelle der CDU-Landtagsfraktion zu ändern.

Sicherung der Unterrichtsversorgung hat absoluten Vorrang

Eltern, Schüler und Lehrer spüren täglich die Folgen der Bildungsabbaupolitik der Schröder-Regierung, die sich besonders in der mangelhaften Unterrichtsversorgung zeigt:

Erforderlich ist die Wiederbesetzung aller freiwerdenden **Planstellen mit Vollzeitlehrern**, um die Streichung von Lehrerstellen bei steigenden Schülerzahlen sofort zu beenden und sicherzustellen, daß die am besten Qualifizierten nicht in andere Bundesländer abwandern.

Erforderlich ist die konsequente Umsetzung der Schulverwaltungsreform. Außerhalb der Schulaufsicht der Bezirksregierungen werden in Niedersachsen für Beratungs- und Fortbildungsaufgaben nahezu 15.000 Entlastungsstunden entsprechend über 550 vollen Lehrerstellen gebunden. Für Beratungs- und Fortbildungsaufgaben werden darüber hinaus außerhalb der Schulbehörden weitere 578 volle Planstellen benötigt. Deshalb muß der insbesondere in diesem Bereich ins Kraut geschossene Wildwuchs deutlich beschnitten werden. Alle Nebenorganisationen sind aufzulösen und in die vorhandene Behördenstruktur zu integrieren. Das Kultusministerium muß von fünf auf drei Abteilungen abgespeckt werden. Die Bezirksregierungen mit ihren Außenstellen sind für den Kernbereich staatlicher Schulaufsicht verantwortlich.

Erforderlich ist nach dem Motto "**Vorfahrt für Unterricht**" die konsequente Nutzung wertvoller Lehrerstunden für die Unterrichtsversorgung. Dazu müssen die Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden der Lehrkräfte konsequent auf das schulisch Notwendige überprüft werden. Die Verlagerung von Lehrerfortbildung, Kollegiumsaus-

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

flügen und Kuraufenthalten in die unterrichtsfreie Zeit einschließlich der Ferien ist konsequent voranzutreiben. Bei über den Unterricht hinausgehenden Betreuungsangeboten steht künftig die Zusammenarbeit von Land, kommunalen Schul- und Jugendhilfeträgern sowie außerschulischen Dritten wie Vereinen und Kirchen im Vordergrund.

Erforderlich ist, durch flexible Personalmaßnahmen **weitere Lehrerstellen** und Lehrerstunden zu gewinnen. Dazu zählt die Bildung eines Stellenpools aus den jährlich frei werdenden Stellen im Landesdienst für weitere Einstellungsmöglichkeiten im Schulbereich. Dazu zählt auch die Einrichtung eines Lehrerarbeitszeitkontos, das über freiwillige Mehrarbeit dann in späteren Berufsjahren Arbeitszeitverkürzungen ermöglicht. Hinzu kommt der Einsatz von Lehrkräften und weiteren geeigneten Personen mit Stundenverträgen in einem "Geld statt Stellen"-Programm. Durch eine Neuordnung der Verwaltungsaufgaben in der Schule kann pädagogisches Personal in diesem Bereich freigestellt und durch allgemeines Verwaltungspersonal ersetzt werden, um so Unterrichtskapazitäten zu gewinnen. Als notwendiges Verwaltungspersonal können Bedienstete eingesetzt werden, die durch den Aufgabenabbau in der allgemeinen Verwaltung frei werden.

Erforderlich ist, die schulischen Bildungsangebote auf das Wesentliche zu konzentrieren und Lerninhalte und Lernorganisation auf der Basis der bestehenden Stundentafeln zu straffen. Dazu müssen schulische Angebote, Rahmenrichtlinien und Erlasse auf ihre Notwendigkeit im Hinblick auf die **Bereitstellung eines qualifizierten Bildungsangebotes** konsequent und nachhaltig überprüft werden.

Erforderlich ist, falsche bildungspolitische Weichenstellungen zu korrigieren und die knappen Landesmittel auf die Förderung des begabungsgerechten, leistungsorientierten und differenzierten Schulwesens zu konzentrieren. Dazu gehört der sofortige Verzicht auf weitere Gesamtschulen, die Abschaffung der Orientierungsstufe und die Umwandlung der sogenannten Lernmittelfreiheit nach dem Gießkannenprinzip in ein sozial differenziertes Gutscheinsystem der Lernmittelhilfe.

Stärkung eigenständiger Schulformen sichert die Grundlagen eines begabungsgerechten Schulwesens

Ein differenziertes begabungsgerechtes und damit leistungsfähiges Schulwesen erfordert langzeitliche Bildungsgänge, um kontinuierliches pädagogisches Arbeiten zu ermöglichen. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muß den schulformspezifischen Erfordernissen entsprechen. Einheits- oder Stufenlehrausbildungen gefährden dieses Ziel. Die einzelnen Schulformen der allgemeinbildenden Schulen müssen klar und eigenständige Bildungsgänge erhalten, die Differenzierung, Durchlässigkeit und Wettbewerb ermöglichen:

Die wohnortnahe **vierjährige Grundschule** hat die Aufgabe, auf weiterführende Bildungsangebote vorzubereiten und die elementaren Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Dazu gehört auch ein **kindgerechtes Angebot** einer Fremdsprache. Grundschulkindern sind besonders lernbereit und leistungswillig. Grundschule darf deshalb nicht als reine Spiel- und Spaßschule mißverstanden werden. Erforderlich ist eine Flexibilisierung des Einschulungsalters, um über die bisherige Kann-Kinder-Regelung hinaus schulfähigen Kindern auch vor Vollendung des sechsten Lebensjahres den Schulbesuch zu ermöglichen.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die Erziehungsarbeit in der Grundschule wird vor dem Hintergrund geänderter familiärer und gesellschaftlicher Verhältnisse immer bedeutsamer, so daß die Grundschule Betreuungsangebote verstärkt vorhalten muß. Die Grundschulen sollen eine begründete Schullaufbahnpflicht aussprechen.

Die Orientierungsstufe hat sich als zweijährige Einheitsschulform nicht bewährt, weil sie eine chancengerechte Förderung aller Schülerinnen und Schüler nicht sicherstellen kann und das notwendige Lernen in langfristigen konstanten Klassengemeinschaften verhindert. Die Orientierungsstufe wird deshalb in Abstimmung mit den kommunalen Schulträgern abgeschafft und geht in Hauptschule, Realschule und Gymnasium auf.

Durch eine **konsequente Ausrichtung** auf die Erfordernisse der Arbeitswelt und durch einen im Regelfall fünfjährigen Bildungsgang wollen wir der **Hauptschule ein neues Profil** geben. Dazu gehören die Stärkung des berufspraktischen Bezuges und die Verbesserung der organisatorischen und pädagogischen Rahmenbedingungen. Die Hauptschule vergibt einen eigenständigen Abschluß, der nur an dieser Schulform erworben werden kann. Der erfolgreiche Besuch der freiwilligen 10. Klasse ermöglicht weitere schulische Abschlüsse und damit zusätzliche Zugangsberechtigungen zu weiterführenden Schulen. Die freiwillige Ganztagsbetreuung ist besonders an Hauptschulen fortzuentwickeln, damit insbesondere unter erzieherischen Gesichtspunkten die Schule den Eltern eine ergänzende Hilfestellung anbietet und die Entwicklungschancen der Schülerinnen und Schüler erhöht.

Der **eigenständige Bildungsgang der Realschule** wird in seinem schulformspezifischen Profil als langzeitlicher sechsjähriger Bildungsgang ab Klasse 5 weiterentwickelt. Er ermöglicht sowohl den unmittelbaren Zugang zu **Berufsfeldern mit erhöhter Verantwortung** und höheren Anforderungen als auch den Besuch studienbezogener Bildungsgänge des Sekundarbereiches #####. Der Grundsatz, der in seiner jetzigen Form die Verlässlichkeit und Aussagekraft der Realschulabschlüsse gefährdet und unverzichtbare fachspezifische Inhalte und Arbeitsweisen vernachlässigt, ist entsprechend zu revidieren.

Zum eigenständigen Bildungsgang der Realschule gehört auch eine eigenständige Lehrerausbildung.

Das **Gymnasium** vermittelt in einem achtjährigen Bildungsgang nach zwölf Schuljahren die allgemeine Studierfähigkeit. Durch ein solches achtjähriges Gymnasium wird nicht nur **die Qualität dieses Bildungsganges** gewährleistet, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten geleistet. In der gymnasialen Oberstufe werden die Kernfächer Deutsch, Mathematik, eine fortgeführte Fremdsprache, die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Geschichte gestärkt.

Das Sonderschulwesen mit seinen **vielfältigen Förderangeboten** bleibt ein selbständiger Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens. Die von der Landesregierung angestrebte Auflösung des Primarbereiches und die damit verbundene generelle Integration in die Grundschulklassen wird nachdrücklich abgelehnt. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in anderen Regelschulen ist sinnvoll, wenn damit nach Maßgabe des Kindeswohls dem **individuellen Förderbedarf** des Kindes besser entsprochen werden kann und wenn dafür die entsprechenden zusätzlichen Lehrerstunden und räumlichen Voraussetzungen zur Verfügung stehen.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die Errichtung weiterer Gesamtschulen in Niedersachsen ist sowohl pädagogisch als auch finanziell unverantwortlich. Die bestehenden Gesamtschulen werden in bezug auf Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialbildungsgänge differenziert. Sie sind keine Regelschulen, sondern Angebotsschulen.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind als Ergänzung zum öffentlichen Schulwesen **Herausforderung und Konkurrenz** und damit ein unverzichtbarer Bestandteil im Schulangebot. Sie haben Anspruch auf staatliche Förderung.

Für hochbegabte Schülerinnen und Schüler ist **ein begabungsgerechtes Schulangebot** vorzuhalten, das die Erfüllung des Bildungsauftrages auch für diese Schülerinnen und Schüler in vollem Umfang sicherstellt.

Berufliche Bildung eröffnet Lebensperspektiven

Der im internationalen Vergleich anerkannte hohe Qualitätsstandard der dualen Berufsausbildung, der von den Partnern ausbildende Wirtschaft und berufsbildende Schulen erbracht wird, ist ein wesentlicher Standortvorteil für die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Qualitätsstandard muß unter Einbeziehung aller Beteiligten erhalten, weiterentwickelt und gegebenenfalls zurückgewonnen werden. Die notwendige Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen ist sicherzustellen, damit diese als **Partner des dualen Systems** ihren gesetzlich vorgegebenen Auftrag erfüllen können. Die SPD-Landesregierung verfügt über kein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen. Hinzu kommt, daß qualifizierte Nachwuchskräfte in andere Bundesländer abwandern, weil sie dort nicht als Teilzeitangestellte beschäftigt werden, sondern volle Stellen erhalten.

Die Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung ist weiterzuentwickeln, damit berufliche Bildungsabschlüsse **zusätzliche Aufstiegschancen** eröffnen. Absolventen aus berufsbildenden Bereichen sollten dieselben Chancen zum beruflichen Aufstieg erhalten wie Absolventen akademischer Ausbildungen.

Schaffung von Ausbildungsplätzen sichert die Zukunftschancen der jungen Generation

Zur Stärkung der Ausbildungsbereitschaft und damit zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze sind die folgenden Maßnahmen erforderlich:

Die Kosten der betrieblichen Ausbildung müssen gesenkt werden. Dazu brauchen wir auch ein stärkeres Kostenbewußtsein der Sozialpartner, denn neue Tarifverträge sind auch Instrumente zur Schaffung oder aber zur Verhinderung von Ausbildungsplätzen.

Die betrieblichen Ausbildungszeiten müssen erhöht werden. Die von der CDU nachdrücklich geforderte **Neuorganisation des Berufsschulunterrichts**, die den Verzicht auf einen zweiten Berufsschultag im zweiten und dritten Ausbildungsjahr ermöglicht hat, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die schulischen Inhalte und die überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden müssen kritisch überprüft und auf das wirklich Notwendige beschränkt werden, um die unmittelbare betriebliche Ausbildung zu stärken.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Ausbildungsordnungen für neue Berufe, insbesondere in Dienstleistungsbereichen, müssen schnell geschaffen werden. Viele Betriebe in zukunftsträchtigen Branchen könnten dann **Ausbildungsplätze anbieten**. Den Sozialpartnern, die hier primär in der Verantwortung sind, sollten Fristen gesetzt werden.

Gleiches gilt für die Anpassung der bestehenden Ausbildungsordnungen in vorhandenen Berufen. Sie sind oft überladen und zu detailliert. Hier ist die praxisnahe Konzentration auf die wesentlichen Inhalte notwendig.

Berufliche Bildung muß deutlicher als bisher Ausbildungsangebote für leistungsstarke und leistungsschwächere Auszubildende machen. Hierzu zählen auch praktisch ausgerichtete zweijährige Ausbildungsformen, die die **Möglichkeit zur Weiterqualifizierung** bieten, für praktisch begabte oder leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler.

Der Ausbildungsverbund in seinen vielfältigen Möglichkeiten ist zu fördern und auszubauen. Er bezieht kleine und mittlere Betriebe ein, die sich bisher aus inhaltlichen, organisatorischen oder personellen Gründen nicht an der Berufsausbildung beteiligt haben.

Die schulische Vorbildung der Auszubildenden muß verbessert werden.

Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen ist als eine gemeinsame Herausforderung von Staat und Wirtschaft zu begreifen. Unsere Gesellschaft muß Jugendlichen zeigen, daß sie gebraucht werden. Jugendliche dürfen nicht um einen Ausbildungsplatz betteln müssen. Eine **qualifizierte Ausbildung bietet den besten Schutz** gegen dauerhafte Arbeitslosigkeit. Die CDU in Niedersachsen begrüßt die Bemühungen der niedersächsischen Unternehmen, die auch aus Verantwortung für die Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl bereitstellen. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

Hochschule - Eigenverantwortung und Wettbewerb stärken

Unsere Hochschulen befinden sich in der Krise:

Die Hochschulfinanzierung hält schon lange nicht mehr mit der Entwicklung der Studentenzahlen Schritt.

Die Hochschulen leiden unter Überbürokratisierung und mangelnder Effizienz.

Die Studiengänge sind geprägt durch überlange Studienzeiten und Überspezialisierung.

Die Zahl der Studienabbrecher an Universitäten und Fachhochschulen ist unangemessen hoch, sie liegt zwischen 20 % und 30 %. Die Hochschulen klagen zunehmend über die mangelnde Studierfähigkeit der Studenten.

Die konzeptionslose Kürzungspolitik der Schröder-Regierung in der Forschungs- und Wissenschaftslandschaft schwächt unser Land im Wettbewerb.

Konsequente Hochschulreformpolitik ist eine der zentralen **Zukunftsaufgaben für Niedersachsen**. Die CDU will diese Reformpolitik unter den Leitgedanken Eigenverantwortung, Leistung und Wettbewerb voranbringen. Ihre Kennzeichen sind:

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Hochschulen entbürokratisieren und Selbstverantwortung stärken

Detaillierte staatliche Vorgaben und eine bürokratisierte Organisationsstruktur stehen dem notwendigen Ziel einer leistungsfähigen, eigenständigen und wettbewerbsfähigen Hochschule entgegen.

Um das eigenverantwortliche Handeln der Hochschulen zu stärken, verzichtet das Land auf eine Detailsteuerung und beschränkt sich auf Rahmenvorgaben und Rechtsaufsicht. Dazu muß die Hochschule **mehr Entscheidungskompetenz** und ein entscheidungsfähiges Hochschulmanagement bis hin zu den Fachbereichen erhalten. Erforderlich sind starke und durchsetzungsfähige Hochschulleitungen.

Die Zahl der Hochschulgremien und Einzelämter, die Vorschriften über ihre Tätigkeit und die Zahl der Gremienmitglieder werden reduziert. Hochschulinterne Entscheidungswege sind zu entbürokratisieren und nachhaltig zu verkürzen.

Die Eigenverantwortung der Fachbereiche als **Leistungsträger der Hochschulen** ist zu stärken. Dazu gehört die freie Verfügung über leistungsbezogen erwirtschaftete Mittel.

Die Hochschulen sind der Legislative und Exekutive zur Rechenschaft über ihre Tätigkeit verpflichtet. Forschung und Lehre sind in regelmäßigen Abständen internen - unter Einbeziehung der Studierenden - und externen Qualitätskontrollen zu unterziehen.

Hochschulfinanzierung leistungsabhängig

Damit die Hochschulen eigenverantwortlich handeln und sich im Wettbewerb bewähren können, erfolgt die notwendige Mittelzuweisung des Landes soweit wie möglich leistungsbezogen.

Voraussetzung sind flexible Haushaltsbestimmungen und damit die Abkehr vom alten, streng kameralistischen Haushaltswesen. Die Vergabe staatlicher Mittel erfolgt über Globalhaushalte an die Hochschulen nach Leistung und **Leistungsfähigkeit der Fachbereiche**. Ausschlaggebend sind die in Forschung und Lehre sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbrachten Leistungen. Zu den leistungsbezogenen Kriterien zählen besonders die Absolventenquote, die in Zukunft abgelegten Zwischen- und Abschlußprüfungen, die Zahl und die Dauer der Promotionen und Habilitationen sowie die eingeworbenen Drittmittel.

Die Grundausrüstung der Hochschulen bleibt gewährleistet, wobei aber zukünftig versucht wird, den Anteil der Globalmittel zu erhöhen und somit weitere Mittel an eine leistungsbezogene Mittelvergabe zu koppeln.

Flexible Handlungsmöglichkeiten für die Personalauswahl

Das Ausscheiden von etwa der Hälfte der heute aktiven Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in den nächsten zehn Jahren bietet die Chance einer veränderten Personalauswahl sowie zu Umstrukturierungen in den verschiedensten Bereichen der Hochschulen und zu einer Überführung weiterer Haushaltspositionen in die leistungsbezogene Mittelvergabe.

Die **Förderung qualifizierter Nachwuchswissenschaftler** erfolgt sowohl auf der Basis von Stipendien wie der Graduiertenförderung als auch auf ausreichend

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

ausgestatteten Zeitstellen, um die Verbindung zum Hochschulbetrieb in Forschung und Lehre zu gewährleisten. Mit Rücksicht auf die Familiengründungsphase sind Förderzeiten und Altersgrenzen flexibel zu gestalten und Teilzeitstellen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zu schaffen. Das Höchstalter bei Berufungen und Verbeamtungen ist in solchen Fällen angemessen anzuheben.

Auch in Zukunft bleibt im Sinne notwendiger Qualitätssicherung nach der Promotion die Habilitation grundsätzlich weiter die Voraussetzung für eine Professur. Die Hochschulen sind gefordert, im Rahmen ihrer Habilitationsordnungen den Umfang der Habilitation zeitlich und inhaltlich streng zu limitieren. In Verbindung mit einer Verkürzung der Schul- und Studienzeiten können so qualifizierte Nachwuchswissenschaftler schneller zum Zuge kommen. Neben der Qualifikation in der Forschung muß die pädagogische Eignung für eine Professur vorhanden sein.

Hochschulen erhalten die **Möglichkeiten eines flexiblen Personalmanagements** bei der Auswahl von Professoren. Ein Element sind Zeitverträge, sowohl im Sinne einer Eignungsfeststellung, aber auch um flexibel auf neue Anforderungen reagieren zu können oder geeignete Bewerber aus der Wirtschaft oder dem Ausland zu gewinnen. Professoren können sowohl im Beamten- als auch im Angestelltenverhältnis berufen werden. Sie sind zunächst für einen Zeitraum in der Regel von fünf Jahren auf Probe zu berufen. Die Übernahme in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis wird dann auf Antrag und nach vorheriger Evaluation der Lehr- und Forschungsleistungen vorgenommen.

Die Hochschulen erhalten die Möglichkeit, Professoren zu berufen, die einen **Schwerpunkt in der Lehre** setzen und so den Kapazitätserfordernissen der Hochschulen besonders Rechnung tragen können.

Hochschulen müssen die Möglichkeit einer leistungsgerechten Entlohnung erhalten. Die aktuelle Reform des öffentlichen Dienstrechtes bietet dazu wichtige Ansätze, z.B. im Rahmen der Veränderung des Systems der Dienstaltersstufen und der Einführung von Leistungsprämien.

Studenten nach eigenen Qualitätskriterien auswählen

Dem Leitbild einer leistungs- und wettbewerbsorientierten Hochschule entspricht es, daß Fachbereiche künftig Studienbewerber nach eigenen Qualitätskriterien auswählen können. Dazu zählen studiengangsspezifische Leistungsanforderungen, die Gewichtung von schulischen Noten, Auswahlgespräche und Tests. Diese Auswahlmöglichkeit ergänzt das bisherige Auswahlverfahren in zulassungsbeschränkten Fächern. Es muß sichergestellt werden, daß vorhandene Studienkapazitäten nicht ungenutzt bleiben und die grundsätzliche Möglichkeit besteht, das Studium, wenn auch nicht an der gewünschten, so jedoch an einer anderen Hochschule aufzunehmen.

Studiengänge leistungsbezogen und arbeitsmarktorientiert gestalten

Um das notwendige Ziel der Verkürzung der Studienzeiten zu erreichen, brauchen wir gestraffte Studienordnungen und verbesserte Studienbedingungen, die es ermöglichen, das Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Ausbildungsziele und Ausbildungsinhalte aller Hochschulstudiengänge müssen den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung tragen. Dazu gehören auch praxisrelevante Elemente sowie **moderne Arbeits- und Kommunikationstechniken**.

Studium ist ein kostbares Gut. Wer studiert, muß sich deshalb seiner Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein. Studienordnungen und Studiengänge sind daher leistungsorientiert zu gestalten. Jeder Studiengang sollte eine Zwischenprüfung vorsehen, zu der sich der Studierende wie zur Abschlußprüfung nach einer bestimmten Semesterzahl melden muß. Zweimaliges Nichtbestehen von Zwischen- und Abschlußprüfung hat die Exmatrikulation zur Folge.

Die Einführung von Studiengebühren lehnen wir ab.

Um eine zügige weitere **Ausbildung ohne Zeitverzug** zu ermöglichen, müssen in Ausbildungsgängen mit Staatsexamen die notwendigen Referendariatsplätze bereitstehen.

Wer die Hochschule ohne Abschluß verläßt, erhält von ihr eine Bescheinigung über die bisher erbrachten Leistungen.

Personelle und räumliche Ressourcen konsequent nutzen

Angesichts knapper Landeskassen und der damit verbundenen Überprüfung aller Landesaufgaben gehören auch die Hochschulen auf den Prüfstand, ob die dort vorhandenen personellen und räumlichen Ressourcen konsequent genutzt werden.

Schätzungen gehen davon aus, daß Räumlichkeiten der Hochschulen nur zu einem Drittel genutzt werden. Die Hochschulen müssen daher durch flexiblen Personaleinsatz die Nutzung von Räumlichkeiten und Bibliotheken über den ganzen Tag und die ganze Woche einschließlich des Samstags sicherstellen. Die Angebote in den Semesterferien sind auszuweiten.

Die Verantwortlichkeit der Hochschulen für Baumaßnahmen muß gestärkt werden. Leasingverfahren sind bei entsprechender Wirtschaftlichkeit einzubeziehen. Voraussetzung für die Erstellung von Neubauten ist der Nachweis, daß diese in der Vorlesungszeit entsprechend ausgelastet sind.

Neue Studienangebote werden nur noch befristet genehmigt. Eine befristete Verlängerung ist nur möglich, wenn eine Auslastung von mindestens 50 % nachgewiesen wird.

Die Schließung von Hochschulen und die Aufgabe von Hochschulstandorten ist der falsche Weg. Wir werden uns aber von der Vorstellung verabschieden müssen, daß alle Hochschulen alle Studienangebote vorhalten können. In **Niedersachsen gehört die Zukunft** den Hochschulregionen, die ihre Studienangebote miteinander vernetzen und abstimmen, um Doppelangebote zu vermeiden. Dazu gehört auch die gemeinsame Hochschulverwaltung.

Mit Forschung und Technologie die Zukunft gestalten

Forschung, Technologie und Innovation entscheiden über unser Leben von morgen und unsere Fähigkeit, auf noch unbeantwortete Fragen der Menschheit tragfähige Antworten zu geben.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die SPD-Landesregierung hat die existentiell wichtige Technologiepolitik und Technologieförderung des Landes vernachlässigt, statt sie zu intensivieren. Gerade im High-Tech-Bereich bleiben wir hinter anderen Bundesländern zurück, die **Technologieförderung mit hohen Landeszuwendungen** betreiben. So setzt das Land Bayern sein Landesvermögen gezielt und erfolgreich zur Entwicklung einer Hochtechnologiewirtschaft mit der Folge zahlreicher zusätzlicher Arbeitsplätze ein. In Niedersachsen gibt es keine erfolgreichen Programme zur Entwicklung und Unterstützung der Telekommunikation und der Bio- und Gentechnologie, obwohl in der Zukunft mehr Arbeitsplätze in der Telekommunikation vorgehalten werden können als im Automobilbau. Versuchsprojekte im Multimediemarkt finden in anderen Bundesländern statt. Erfolgreiche Telekommunikationsfirmen wie z.B. E-Plus sind inzwischen aus Niedersachsen abgewandert.

Die SPD-Landesregierung hat den **Forschungsstandort Niedersachsen** gefährdet. Das Land kann im Wettbewerb nicht mehr mithalten. Symptomatisch für den Abstieg des einstigen Forschungslandes Niedersachsen ist das Scheitern im "Bio-Regio"-Wettbewerb des Bundes. Im Kampf um Fördermittel für diese Zukunftstechnologie war das Land Niedersachsen hoffnungslos unterlegen.

Für den Standort Niedersachsen ist es eine existentielle Notwendigkeit, in unserem Land wieder ein wissenschafts- und forschungsfreundliches Klima zu schaffen. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und die **Sicherheit unserer Arbeitsplätze** hängen ganz wesentlich ab von einem hohen Leistungsstand in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie in der Anwendung neuer Technologien. Wir werden das faktische Verbot der wehrtechnischen Forschung an den Hochschulen wieder aufheben.

Eine zukunftsorientierte Forschungs- und Wissenschaftsleistung stellt daher einen entscheidenden Aktivposten für Niedersachsen im Wettbewerb dar. Deswegen muß die leistungsfähige Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur in Niedersachsen erhalten, konsolidiert und ausgebaut werden. Dazu sind gezielt Schwerpunkte in der **Förderung von Zukunftstechnologien** wie Informations- und Kommunikationstechnologie, nachwachsende Rohstoffe, Mikroelektronik und Biotechnologie zu setzen. Kompetenz in Schlüsseltechnologien ist die Basis für die zukünftige technologische Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Mit Technologievorausschau müssen die wichtigsten Schlüsseltechnologien und ihre Einsatzfelder ermittelt werden.

Wir werden den Aufbau von ideologischen Barrieren nicht zulassen, sondern für eine positive Technikakzeptanz und eine objektive Folgeneinschätzung eintreten. Bedenkenträgerei hat dazu geführt, daß zu lange von den Risiken geredet worden ist. Wir werden dafür sorgen, daß die **Chancen neuer Technologien** wieder stärker ins Zentrum der Politik rücken. Diese Chancen liegen nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt.

Niedersachsen muß verstärkt Wert auf eine konstruktive und ergebnisorientierte **Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft** legen. Gerade für zukunftssträchtige Innovationen sind grundsätzliche Forschungsfragestellungen auf wissenschaftlichem Neuland oder auch in Grenzbereichen etablierter Forschungsfelder unverzichtbare Voraussetzung für praktisch anwendbare Ergebnisse. Sie sind die Basis aller anwendungsorientierten Entwicklungen.

Wir werden mit einer **Offensive für Innovationen und neue Technologien** unsere Rolle in der Forschung ausbauen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft initiieren, u.a. durch einen Innovati-

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

onsbeirat. Entscheidend bleibt eine leistungsfähige Grundlagenforschung, die dauerhaft finanziell abgesichert sein muß. Wir werden deshalb staatlich geförderte Programme auf klare Leitziele konzentrieren. Das Förderinstrumentarium werden wir flexibler, einfacher und einheitlicher gestalten und eine systematische Erfolgskontrolle des Mitteleinsatzes vornehmen.

Es mangelt den Forschern in unserem Land keineswegs an Kreativität und Erfindergeist. Wir verfügen über ein großes **Wissensreservoir an den Hochschulen in Niedersachsen**. Dieses teilweise ungenutzte Wissen mehr als bisher in ein Innovationspotential umzusetzen, ist eine besonders vordringliche Aufgabe. Niedersächsische Hochschulabsolventen müssen international gefragt sein. Es darf in unserem Lande keine Begabung verlorengehen. Dazu gehört auch und gerade die Förderung von besonders Begabten im Bereich der naturwissenschaftlichen Forschung.

Kernstück wirtschaftlicher Innovation und neuer Dynamik ist eine effiziente Forschung und die systematische Nutzung neuer Technologien. Für neue Arbeitsplätze brauchen wir **innovative Produkte**, Produkte, die u.a. auf den Gebieten der Verbundwerkstoffe, der umweltverträglichen Materialien, der Photovoltaik, der Avionik, der Hochleistungskeramik, der Lasertechnologien, der Optoelektronik und der Mikrochirurgie entwickelt werden. Wir brauchen neue Produkte der Bio- und Gentechnik für Enzyme und Medikamente oder für die Abwasseraufbereitung. Eine leistungsfähige Luft- und Raumfahrtindustrie in Niedersachsen ist für Deutschland unverzichtbar.

Wir werden die **interdisziplinäre Zusammenarbeit** in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stärken und mehr Gewicht auf die **Vernetzung** von Grundlagenforschung und industrielle Anwendung sowie von Grundlagenforschung und Beiträgen zur Lösung gesellschaftlichen Bedarfs legen. Wir werden Anreize schaffen, um die Mobilität des Personals zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu verbessern.

Verbundforschungsprojekte zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, der Großindustrie, Universitäten und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen werden wir vorantreiben. Firmenübergreifende Verbundprojekte im vorwettbewerblichen Bereich sind dabei von strategischer Bedeutung. Besonders kleine und mittlere Unternehmen müssen gezielt gefördert werden, weil ihnen die Mittel fehlen, um selbständig Forschung oder produktbezogene Entwicklungsarbeit zu leisten.

Die Investitionspolitik der öffentlichen Hand muß zielgerichtet Schrittmacherdienste leisten. Dazu gehören eine frühzeitige Beteiligung in der Definitionsphase von Bundes- bzw. EU-Programmen und die Gegenfinanzierung aller Bundes- und EU-Programme für Forschung und neue Technologien.

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das vorhandene theoretische Wissen schneller in marktfähige Produkte und Verfahren umgesetzt werden kann. Der Staat muß bei dieser großen Herausforderung als Mittler, Makler und Moderator auftreten, um Eigeninitiative zu stärken und Technologietransfer zu erleichtern. Die CDU will mit neuen Finanzierungsinstrumenten neue Technologieprodukte mit großen Marktchancen bei ihrer Markteinführung unterstützen.

Die CDU steht für ein Klima der Aufgeschlossenheit und der **Offenheit für neue Lösungen**. Damit kann Niedersachsen im internationalen Wettbewerb bestehen, Aufgaben und Chancen im zusammenwachsenden Europa gerecht werden, zukunftssi-

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

chere Beschäftigung hinzugewinnen, ein ressourcenschonendes Wachstum verwirklichen und den Wohlstand wahren.

Ausbau der Fachhochschulen stärkt Niedersachsens Wirtschaftskraft

Das von der Albrecht-Regierung begonnene Ausbauprogramm für die Fachhochschulen ist unter Berücksichtigung einer regionalen Ausgewogenheit konsequent fortzuführen.

Zielperspektive ist, daß etwa 40 v.H. der Studienberechtigten ihre Ausbildung an Fachhochschulen fortsetzen. Die Studien- und Teilstudiengänge sind inhaltlich so zu gestalten, daß die Absolventinnen und Absolventen praxisorientiert und unmittelbar in das Arbeitsleben einsteigen können. Die Fachhochschulen sind in besonderer Weise aufgerufen, **arbeitsmarktorientierte Studiengänge** schnell, unbürokratisch und flexibel anzubieten.

Ausbau von Berufsakademien fördern

Berufsakademien, die in dualer Form berufliche und wissenschaftliche Ausbildung miteinander verbinden, sind ein wichtiges praxisnahes Angebot im tertiären Bereich. Sie ergänzen die Hochschullandschaft in Niedersachsen und ermöglichen **qualifizierte Bildungsangebote**. Die CDU unterstützt das mit ihnen verbundene privatwirtschaftliche Engagement und tritt für die Vergabe von Diplom-Abschlüssen an Berufsakademien ein, wenn diese den Qualitätsanforderungen an Fachhochschulen entsprechen.

Eine reformierte Ausbildungsförderung sichert soziale Gerechtigkeit

Bund und Länder sind sich einig, daß das Bundesausbildungsförderungsgesetz reformiert werden muß. Ein Reformmodell muß nach unseren Vorstellungen folgende Voraussetzungen erfüllen:

Soziale Gerechtigkeit, so daß niemand mangels finanzieller Mittel auf ein Studium verzichten muß.

Kosten- und Aufkommensneutralität, so daß keine zusätzlichen Ausgaben bzw. Einbußen für Bund, Länder und Kommunen entstehen.

Verfassungs- und steuerrechtliche Konformität, so daß ein solches Modell einer rechtlichen Überprüfung standhält.

Moderne Erwachsenenbildung unterstützt lebenslanges Lernen

Unser Wissen veraltet immer schneller. Niemand hat mit Berufsausbildung oder Studium eine für das ganze Leben ausreichende Ausbildung erfahren, so daß lebenslanges Lernen zur Selbstverpflichtung für den einzelnen wird.

Fort- und Weiterbildung gewinnt durch die wachsenden beruflichen Anforderungen, die technische Entwicklung, den Wunsch nach staatsbürgerlichem Engagement, der Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen und individueller Freizeitgestaltung zune-

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

mend an Bedeutung. Fort- und Weiterbildung muß daher mit gleichem Rang und Gewicht als vierter Bildungsbereich neben die Schulbildung, die Berufsausbildung und das Hochschulstudium treten, wobei eine enge Verzahnung zwischen diesen Bildungsbereichen notwendig ist. Wegen ihrer **Flexibilität und Praxisnähe** kommt der damit verbundenen Erwachsenenbildung in Niedersachsen eine besondere Rolle zu, diese Herausforderungen lebenslangen Lernens zu bewältigen. Sie kann schnell auf die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren und in Kooperation mit Dritten den Erwerb neuer persönlicher und beruflicher Kompetenzen sicherstellen.

Die CDU unterstützt und fördert die durch das Erwachsenenbildungsgesetz abgesicherte Stellung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen. Sie findet Ausdruck im Engagement ihrer hauptberuflichen, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erwachsenenbildung ist bestimmt durch die an den Bildungsbedürfnissen der Erwachsenen orientierten Bildungsinhalte, die **Vielfalt der Bildungsträger** und deren selbständiges Angebot, die Freiwilligkeit der Teilnahme sowie durch ein flächendeckendes Angebot. Dieses muß umfassend im Sinne eines allgemeinen, beruflichen, kulturellen, politischen und wertorientierten Bildungsangebotes sein.

Für eine Kultur der Zukunft

Die Kultur leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie eröffnet Tätigkeitsfelder für die Entwicklung individueller Begabungen und stiftet Kreativität. Bibliotheken, Archive, Museen, Theater, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Musikschulen pflegen, bewahren und vermitteln das Kulturelle Erbe einer Gesellschaft und steigern die **Attraktivität für Fremdenverkehr und Wirtschaft**. Für eine zukunftsorientierte Kulturpolitik setzt die CDU in Niedersachsen folgende Schwerpunkte:

Sicherung vielfältiger Kultureinrichtungen in Stadt und Land

Die CDU bekennt sich auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel zum verfassungsrechtlich verankerten Auftrag des Staates, allen Bürgern den Zugang zu Kunst und Kultur zu sichern. Zur Sicherung des Bestandes der Kultureinrichtungen will die CDU kostensparende Vernetzungsmodelle, wie zum Beispiel den Verbund von Museen einer Region ebenso wie Pilotprojekte zur Unterstützung von Betreibermodellen zur kommerziellen Teilnutzung von **Kultureinrichtungen besonders fördern**. Ferner sollen neue Formen des Kultursponsoring entwickelt werden.

Stärkung der kulturellen Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche

Die Intensivierung der Kinder- und Jugendkulturarbeit stellt für die CDU einen Schwerpunkt ihrer Kulturpolitik dar. Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche in den vorhandenen Einrichtungen weiter ausgebaut wird. Museen und Theater müssen durch **Zusammenarbeit und Austausch** mit den Jugendverbänden in die Lage versetzt werden, Kinder und Jugendliche gezielt anzusprechen und museums- und theaterpädagogische Angebote zu machen. Die musikalische Früherziehung in den Musikschulen wird ebenso unterstützt wie die Arbeit der Jugendkunstschulen, in denen spartenübergreifend eine Erstbegegnung auch mit medien-, tanz- und kunstpädagogischen Inhalten erfolgen kann. Zur Unterstützung der Lese- und Sprachförderung können Kooperationsprojekte zwischen Familie, Schule und Kommune sowie Bibliotheksangebote für verschiedene Altersgruppen dienen.

Unterstützung von Integrationsfähigkeit und Toleranzbereitschaft

Eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft unserer Gesellschaft ist neben der veränderten Altersstruktur die Frage des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern. Gemeinsame Kulturprojekte von Deutschen und Ausländern bieten vielfältige Begegnungsmöglichkeiten. Interkulturelle Theaterarbeit, internationale Chöre, Schreibwerkstätten, Museumsprojekte und Videowettbewerbe führen bisher Fremde zusammen und schaffen Voraussetzungen für gegenseitiges **Verständnis und Toleranz**. Die CDU setzt sich für die Intensivierung integrationsfördernder Kulturprojekte ein. Wir wollen den interkulturellen Austausch fördern.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Stärkung der Regionen durch den Ausbau des Kulturtourismus

Die anhaltende Nachfrage beim Städtetourismus und bei Kurzreisen bietet für Niedersachsen bisher weitgehend ungenutzte Entwicklungschancen. Es gilt, die Vielfalt des vorhandenen Kulturangebotes und der kulturellen Sehenswürdigkeiten in den Städten und im ländlichen Raum touristisch besser zu erschließen. Die Erhaltung und Förderung regional vorhandener Mundarten und Sprachen stellt einen wichtigen kulturellen Beitrag dar, in dem die **Vielfalt des Lebens in Niedersachsen** einen besonderen Ausdruck erhält.

Kirchen und Religionsgemeinschaften in Niedersachsen

Den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt auch in der modernen Gesellschaft nach wie vor eine große Bedeutung zu. Indem sie von Gott künden und für den Menschen eintreten, helfen sie bei der Suche nach dem Sinn des menschlichen Lebens dabei, die Endlichkeit unserer Existenz und die Vorläufigkeit unseres Handelns zu verstehen. Darum haben Kirchen und Religionsgemeinschaften eine große Bedeutung für die Wertorientierung unserer Gesellschaft. Auf sozialem und karitativem Gebiet sowie im erzieherischen Bereich leisten sie darüber hinaus vorbildliche Dienste.

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zu regeln, muß ebenso bewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft ungehindert nachzukommen. Wir unterstützen ausdrücklich den Beitrag der Kirchen in unserer Gesellschaft. Wir heißen den aus ihrem Glauben resultierenden Einsatz ihrer Mitglieder für unsere Gemeinschaft und unser Gemeinwohl willkommen. Wir sehen in der **Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen** unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, das gemeinsame Anliegen der CDU in Niedersachsen und der christlichen Kirchen.

Wir sind dankbar, daß nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Niedersachsen entstanden sind. Juden und Christen sind durch unauflösbare Gemeinsamkeiten ihrer Geschichte und ihres Glaubens miteinander verbunden. Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie tragen darüber hinaus mit ihrer Existenz und ihrem gesellschaftlichen Engagement zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

Unter uns leben viele Menschen anderer Religionszugehörigkeiten. Wir achten auch ihre religiösen Überzeugungen und respektieren ihren Wunsch nach freier Religionsausübung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Pro Sport in das 21. Jahrhundert

So bunt, dynamisch und facettenreich der Sport ist, so vielfältig und vielschichtig sind auch seine Aufgaben und Herausforderungen, aber auch seine Chancen für die Zukunft.

Die CDU in Niedersachsen wird auch künftig als **Partner des Sports** und PRO SPORT eintreten. Wir sind in Sachen Sport auch künftig "mittendrin statt nur dabei". Mit 2,7 Mio. Mitgliedern in über 8.800 Vereinen zählt der Landessportbund (LSB) Niedersachsen zur größten Bürgervereinigung in unserem Flächenland. In den Sportvereinen werden Gemeinschaftsfähigkeit und Gemeinwohlorientierung eingeübt und vorgelebt.

Wichtige erzieherische, soziale und gesundheitliche Aufgaben werden vor allem von Ehrenamtlichen wahrgenommen. Sie sind die "stillen Stars", die einen reibungslosen Trainings- und Wettkampfbetrieb ermöglichen und aufrechterhalten. Es gilt den Bürgerinnen und Bürgern bewußt zu machen, welch großes Engagement dahinter steckt. Damit auch zukünftig der gemeinnützige Sportverein im Mittelpunkt sportlicher Freizeitaktivitäten steht, ist das ehrenamtliche Engagement durch Anreize zu fördern. Dies gilt auch für andere ehrenamtliche Bereiche.

Wir begrüßen es, daß sich unsere Vereine über die Aktivitäten in den konventionellen Sportarten hinaus, die vom LSB finanziell unterstützt werden, mehr und mehr auch für Abenteuer-, Fun- und Trendsportarten öffnen.

Sport- und Sportorganisationen brauchen finanzielle Planungssicherheit. Die Arbeit der Vereine vor Ort darf nicht durch unausgewogene Mittelstreichungen gefährdet werden.

Zur Unterstützung des Sports hat die CDU-Landtagsfraktion ein Niedersächsisches Sportgesetz vorgelegt, das Sportpflege und **Sportförderung als öffentliche Aufgabe** anerkennt und fördert, die Eigenverantwortung des Sports stärkt und bürokratische Hemmnisse für seine Förderung abbaut sowie den sich expansiv entwickelnden Bereich der Sportausübung außerhalb der Vereine und Verbände ordnet. Dieses Ziele des Sportgesetzes bilden weiterhin die Richtschnur unseres sportpolitischen Handelns.

Zur **Absicherung des Sports** in unserem Rechtssystem und zur Anerkennung seiner gesellschaftlichen Leistung fordert die CDU seine Aufnahme als Staatsziel in die Niedersächsische Verfassung, was die SPD abgelehnt hat. Die CDU hat deswegen einen entsprechenden Antrag auf Ergänzung unserer Verfassung erneut eingebracht.

Der Sportunterricht an unseren Schulen mit seiner gesundheitsfördernden Wirkung darf nicht kurzfristigen Kürzungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Ein wichtiges Bindeglied zwischen Schule und Vereinssport bildet das "Kooperationsmodell Schule - Verein", welches zeitnah weiterentwickelt werden muß und eine Ergänzung des offiziellen Sportunterrichtes sein kann.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Für ein soziales Niedersachsen

Wir wollen ein menschliches Niedersachsen von dem die Menschen sagen: Es geht sozial und gerecht bei uns zu. Unser wichtigstes Ziel ist es, denen wirksam zu helfen, die Hilfe brauchen und die sich nicht selbst helfen können. Wir wollen keinen allumfassenden Wohlfahrtsstaat, der Freiheit und Verantwortung einschränkt. Staatliche Daseinsvorsorge darf den Menschen nicht verplanen. Es geht vielmehr darum, den Rahmen für Selbstverantwortung zu stärken und Selbsthilfe zu fördern. Deshalb muß z.B. die Sozialhilfe so bemessen sein, daß das Arbeitseinkommen deutlich höher ist als Sozialhilfeleistungen (Lohnabstandsgebot).

Wir wollen insbesondere denen zur Seite stehen, die es in unserer Gesellschaft besonders schwer haben: den pflegebedürftigen Menschen, den Menschen mit einer Behinderung, aber auch den Frauen und Männern, die Kinder allein erziehen.

Im Mittelpunkt unserer Sozialpolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen, seinen Vorstellungen, seinen Fähigkeiten und seinen eigenen Kräften. Wir wollen die sozialen Hilfen wieder stärker an die Menschen heranbringen. Deshalb wollen wir weniger Bürokratie und mehr Selbsthilfe. Wir wollen, daß das Ehrenamt die Anerkennung erhält die es verdient.

Die Sozialpolitik darf sich nicht nur auf das Auszahlen von Geld beschränken. Wir müssen uns verstärkt um die Beseitigung der Ursachen für Sozialhilfe kümmern. Wir wollen Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, nach Möglichkeit wieder in den Arbeitsprozeß integrieren.

Wir wollen den Erfahrungsschatz der älteren Menschen nutzen.

Wir wollen das Gesundheitsland Niedersachsen stärken und insbesondere den Heilbädern und Kurorten bei ihren schwierigen Umstellungen behilflich sein.

Wir wollen eine Krankenhauslandschaft in der jeder möglichst wohnortnah die medizinisch notwendige Versorgung erhält. Wirtschaftliche Prinzipien müssen grundsätzlich Beachtung finden.

Wir werden den kranken Menschen helfen, die suchtabhängig sind. Wir brauchen neben einer noch stärkeren vorbeugenden Arbeit mehr Therapieplätze. Der Grundsatz muß gelten: Härte gegen die Dealer und Hilfe für die Abhängigen.

Der Familienpolitik messen wir höchste Bedeutung bei. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Erziehungskräfte der Familie wieder zu stärken. Dabei verdienen besondere Unterstützung kinderreiche Familien, Familien mit behinderten Menschen und pflegebedürftigen Angehörigen.

Wir wollen deutlich mehr Familien mit Kindern dabei helfen, ihren Traum vom Eigenheim zu verwirklichen.

Und wir wollen einen umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens, wozu ein umfassendes Beratungsangebot beiträgt.

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir einen Umbau des Sozialstaates. Leistungen müssen auf den Prüfstand gestellt werden, ob sie tatsächlich die Selbsthilfekräfte stärken.

Mitnahmeeffekte und Mißbrauch werden wir konsequent verhindern. So können wir auch erreichen, daß der Sozialstaat finanzierbar bleibt. Wir halten es für unsozial, die Steuergelder für Zinszahlungen zu verwenden, anstatt diese Gelder den Menschen zukommen zu lassen, die der Hilfe bedürfen.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Wir wollen ein menschliches Niedersachsen - auch in schwierigen Zeiten

Die SPD-Regierung hat mit ihrer inflationären Ausgabenpolitik die Leistungsfähigkeit des Landes massiv überfordert und die ausgewogenen Ausgabenstrukturen zwischen sozialen Leistungen, arbeitsplatzschaffenden Investitionen, Wirtschaftsförderung, Bildungsausgaben und Verwaltungsausgaben zerstört. Wir haben unter der Schröder-Regierung Stillstand, Verunsicherung und "tiefe Einschnitte ins soziale Netz" (Schröder) in wesentlichen Förderbereichen erlebt: im Krankenhausbau, bei den Sozialstationen, bei den Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen, beim Blindengeld, bei den Kindergärten, bei den Alteinrichtungen und im Sozialen Wohnungsbau. Kein anderes Bundesland hat so wenig Landesmittel für Langzeitarbeitslose zur Verfügung gestellt wie Niedersachsen. Weil die Schröder-Regierung die Finanzen ruiniert hat, mußten **wichtige Hilfen im sozialen Bereich** gekürzt oder gar ganz gestrichen werden. Die gewachsene soziale Infrastruktur ist massiv gefährdet.

Deshalb kommt es jetzt darauf an, die Staatsfinanzen zu sanieren, um sozialpolitische Handlungsfähigkeit des Landes zurückzugewinnen. Die CDU steht für ein Einspar- und Sanierungskonzept, das dort Ausgaben senkt, wo unnötiger Ballast finanziert und die **Leistungsfähigkeit des Staates** überfordert wird und wo Leistungen mißbräuchlich in Anspruch genommen werden.

Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft

Arbeitslosigkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das neben den persönlichen Folgen für die Betroffenen und ihre Angehörigen sowie den sozialen Verwerfungen schwerwiegende volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringt.

Arbeit zu haben ist nicht nur **die Voraussetzung für die soziale Sicherheit** jedes einzelnen und seiner Familie, sondern auch die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit unseres sozialen Sicherungssystems. Jedem Menschen muß die Teilnahme an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung möglich sein. Diese Forderung ist in der Würde des Menschen begründet.

Die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** ist deshalb die wichtigste Aufgabe in unserem Land. Schröder hat davor kapituliert: Er sieht nach eigenen Worten "keine objektiven Möglichkeiten", um aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben zu können.

Entsprechend ist die Bilanz der SPD-Landesregierung:

- Bei der Arbeitslosigkeit ist Niedersachsen das Schlußlicht unter den westdeutschen Flächenländern.
- Niedersachsen hat die meisten Langzeitarbeitslosen.
- Niedersachsen ist das Land ohne aktive Arbeitsmarktpolitik:

Die Schröder-Regierung gibt am wenigsten für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus. Die Landesmittel wurden seit 1990 nicht erhöht, vorhandene Gelder der EU wurden nicht voll zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genutzt.

Die CDU-Landesregierung wird ein Programm "Hilfe zur Arbeit" auflegen. Es soll durch Umschichtung der Mittel im Arbeitsmarkthaushalt finanziert werden. Damit wird den Kommunen ermöglicht, **neue Arbeitsplätze** zu schaffen, Arbeitnehmer weiter zu qualifizieren und Arbeitslose auf neue Arbeitsplätze hin zu fördern. Wir werden darauf hinwirken, daß die Kommunen jedem, der Sozialhilfe beantragt, sofort eine Arbeitsgelegenheit anbieten. Wir wollen neue Brücken bauen zwischen Arbeitsmarkt

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

und Sozialhilfe. Dazu müssen wir neue Wege finden, um die Verwerfungen zwischen sozialen Hilfen und niedrigen Arbeitseinkommen durch Kombinationen so aufzulösen, daß auch geringer bezahlte Arbeit lohnend erscheint und angenommen wird.

Wir werden als Landesregierung einen **"Zukunftsfonds Niedersachsen"** auflegen. Aus den Erträgen wollen wir nach dem Vorbild Bayerns auch in strukturschwachen Regionen zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften abgestimmte Arbeitsmarktprojekte finanziell unterstützen.

Wir werden das Konzept für die Sozialen Betriebe so überarbeiten, daß die Förderung dem Charakter der einzelnen Betriebe entweder als "Brückenbetrieb" für den ersten Arbeitsmarkt oder als Existenzgründungsunternehmen entspricht.

Wir werden dafür sorgen, daß das Projekt einer sozialverträglichen und tarifgebundenen Arbeitnehmerüberlassung insbesondere für schwer vermittelbare Arbeitslose (ZAN) in Niedersachsen endlich umgesetzt wird.

Wir wollen, daß die Mittel des Europäischen Sozialfonds, der Bundesanstalt für Arbeit und des Landes Niedersachsen stärker für **Ausbildung und Fortbildung**, für Mobilitätshilfen und Einarbeitungszuschüsse vergeben werden.

Wir wollen verhindern, daß auf den Baustellen in unserem Land Bauarbeiter zu Billiglöhnen aus dem Ausland beschäftigt werden. Der Mindestlohn muß ebenso wie die in Niedersachsen geltenden Tarifbestimmungen eingehalten werden.

Bürokratie abbauen

Wir wollen die Bürokratie in unserem Sozialsystem im Sinne des Bürgers reduzieren. Bei über 150 Sozialleistungen, die in über 40 Ämtern und Behörden beantragt werden können, ist die Übersichtlichkeit für die Menschen verloren gegangen, was zu unnötigen Behördengängen führt. Eine Bündelung von sozialen Maßnahmen, die sinnvolle Zusammenlegung von Behörden und sozialen Diensten, führt zur Vereinfachung. Anstatt von einem Amt zum anderen geschickt zu werden, braucht der Bürger einen Ansprechpartner, der ihn berät und über seine Rechte informiert.

Das Übermaß an bürokratischen Regelungen, z.B. im Landespflegegesetz, im Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke, im Krankenhausbereich und bei der Sozialhilfe, werden wir beseitigen. Dabei wollen wir eine **enge Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden**.

Wir setzen uns für die Schaffung eines bundesweiten Registers von Sozialhilfeempfängern ein, in denen alle Sozialleistungen der Betroffenen zentral gespeichert werden. Nur so kann verhindert werden, daß zustehende Unterstützung mehrfach bezogen wird. Die CDU-Landesregierung wird die gesetzliche Voraussetzung für neue Lösungen schaffen, um bei allen Gemeinden Fach- und Finanzverantwortung stärker zusammenzuführen. Dadurch wollen wir den Anreiz verstärken, die präventive Sozialhilfe auszubauen (z.B. **Hilfe zur Arbeit**) und die Treffsicherheit der Sozialhilfe zu erhöhen (z.B. bei den einmaligen Leistungen, bei der Einkommens- und Vermögensüberprüfung sowie bei der Heranziehung Unterhaltspflichtiger), um die mißbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialhilfe zu bekämpfen. Im Gegenzug können die kreisangehörigen Gemeinden bei der Kreisumlage entlastet werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Durch bessere Organisation, eine schlanke Verwaltung und die **Konzentration auf wesentliche Aufgaben** können schmerzhaft Einschnitte ins soziale Netz vermieden und Mißbräuche besser bekämpft werden.

Hilfe zur Selbsthilfe - das Ehrenamt unterstützen

Zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist es, die Selbsthilfe und ehrenamtliche Arbeit zu stärken, weil sie die Menschen nicht bevormundet, sondern auf ihre **Fähigkeiten und Ideenreichtum** vertraut. Wir werden ein "Landesprogramm Selbsthilfe" auflegen.

Sozialstationen und Hilfe für Pflegebedürftige stärken

Die CDU hat in ihrer Regierungsverantwortung in Niedersachsen ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen aufgebaut. Die SPD-Regierung hat dieses Netz nahezu zerrissen, indem sie den Sozialstationen alle Landesmittel gestrichen hat. Die Sozialstationen leisten hervorragende Arbeit im Sinne einer ganzheitlichen Pflege, die die menschliche Zuwendung in den Mittelpunkt stellt. Ohne ausreichende Mittel im ambulanten Bereich droht eine Minderung der Pflegequalität und eine Verlagerung zur stationären Pflege in Heime. Dies aber steht der eigentlichen Absicht der Pflegeversicherung entgegen.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß die Sozialstationen Landesmittel für die Betreuung derjenigen erhalten, die nicht einer Pflegestufe zugeordnet sind. Die Sozialstationen sollen zu **Zentren sozialer Nachbarschaft** fortentwickelt werden, die dazu beitragen, ehrenamtliche soziale Arbeit zu koordinieren.

Unser Ziel ist ein Netz von Kurzzeitpflegeplätzen und Tagesbetreuungseinrichtungen, damit Dauerheimaufenthalte möglichst vermieden werden können.

Wir werden ein neues Landespflegegesetz vorlegen. Wir werden den übertriebenen Bürokratieaufwand bei der Umsetzung des Pflegegesetzes verringern.

Das "Betreute Wohnen" als Ergänzung zum Altenpflegeheim wollen wir ausweiten. Es erlaubt alten Menschen, in ihrer eigenen und vertrauten Umgebung zu bleiben.

Nicht wegzudenken aus einer menschlichen Pflegestruktur sind die Hospize. Sie ermöglichen ein menschenwürdiges Sterben und verdienen unsere Unterstützung.

Ausreichende Förderung der Krankenhäuser

Niedersachsen ist Schlußlicht bei der Förderung der Krankenhäuser. Wichtige Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen können von den Krankenhausträgern nicht mehr durchgeführt werden. Das hat zu einem erheblichen Substanzverlust der Krankenhäuser geführt. Das schadet der Qualität in Medizin und Pflege und damit auch den Patienten.

Eine CDU-Regierung wird die Krankenhäuser wieder ausreichend fördern. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, die **Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser** in einem stetigen Prozeß zu erhöhen. Deswegen wird die CDU die Einführung von modernen Führungs- und Managementstrukturen in den Krankenhäusern vorantreiben. Wir wollen vermehrt Angebote schaffen zur Bildung und Fortbildung im Bereich des Krankenhausmanagements.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Krankenhäuser und Kliniken eignen sich im besonderen für private Rechtsformen. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen und damit die Bereitschaft erhöhen, neue Wege im Rahmen einer Umorientierung im Gesundheitswesen zu gehen.

Wir werden Modelle fördern, um eine bessere Zusammenarbeit von Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, ambulanten Diensten und anderen Angeboten aus dem medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich zu erreichen. Modelle, die sich bewähren sollen langfristig abgesichert werden. Die bessere Verzahnung der Krankenhäuser mit den Angeboten der Nachsorge und Rehabilitation und dem System der ambulanten Betreuung ist eine zentrale Aufgabe.

Wir sorgen dafür, daß niemand unzumutbare Entfernungen zurücklegen muß, um notwendige medizinische Leistungen zu erhalten.

Rettungsdienst - effektiv und kostengünstig

Wir werden das Niedersächsische Rettungsdienstgesetz überarbeiten. Notwendig ist ein effektiver und kostengünstig arbeitender Rettungsdienst.

Medizinstandort Niedersachsen

In Niedersachsen sind führende medizinische Einrichtungen tätig. Unsere Transplantationsmedizin genießt weltweit hohes Ansehen. Wir sind führend bei der Erforschung allergischer Krankheiten. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, solche Kapazitäten weiterzuentwickeln bzw. auszubauen. So besteht beispielsweise Nachholbedarf bei der Förderung von Knochenmark- und Stammzellentransplantationszentren zur Bekämpfung der Leukämie.

Gesundheitsland Niedersachsen

Es ist uns ein wesentliches Anliegen, die Kurorte und Heilbäder bei den gegenwärtigen Umstrukturierungsschwierigkeiten nicht allein zu lassen. Wir werden einen "Handlungsrahmen Kurorte" aufstellen, der den Kurorten und Heilbädern hilft, **neue Strukturen** zu entwickeln und neue Gästekreise anzusprechen. Damit wollen wir dem Verlust von Arbeitsplätzen in den Kurorten und Heilbädern entgegenwirken. Überflüssige bürokratische Strukturen wie die Niedersächsische Bädergesellschaft werden wir auflösen.

Kampf gegen Drogen: Härte gegen die Dealer, Hilfe für die Abhängigen!

Eine der schwerwiegendsten Herausforderungen ist der Kampf gegen Drogen. Die Zahl der Drogentoten sowie der Erstkonsumenten hat wieder zugenommen. Unsere Drogenpolitik verfolgt als wesentliche Ziele

- die Abstinenz von Drogen,
- die Verstärkung der Aufklärung und Beratung über die schädlichen Folgen des Drogenkonsums,
- den bedarfsgerechten Ausbau drogenfreier Therapieangebote und niederschwelliger Hilfen bei grundsätzlicher Offenheit gegenüber neuen Behandlungsmodellen,

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

- die Methadonsubstitution in ärztlich begründeten Fällen,
- zwangsweise Unterbringung mit Therapie für jene, die nicht mehr selbst entscheiden können.

Wir lehnen eine Freigabe von sogenannten "weichen" Drogen ab. Ein Verkauf von Cannabisprodukten in Apotheken kommt für uns nicht in Frage. Der Forderung nach einem "Recht auf Rausch" setzen wir "Keine Macht den Drogen" entgegen. Wir brauchen keine größere Akzeptanz von Drogen, wir brauchen vielmehr eine breite Übereinstimmung darin, daß es um **ein Leben ohne Drogensucht** geht.

Suchtprävention beginnt immer im Elternhaus. Ohne den Mut zur Erziehung in den Elternhäusern, aber auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Vereinen und Kirchen, die Kinder in ihrer Persönlichkeit stärken, kann Suchtprävention nicht erfolgreich sein. Der Schutz der Innenwelt unserer Kinder verdient mindestens ebenso große Anstrengungen wie der Schutz unserer natürlichen Umwelt.

Wir sind der Auffassung, daß neben der allgemeinen Suchtprävention, der Verbesserung der Rahmenbedingungen für suchtfreies Leben und der Intensivierung der Aufklärung über alle Suchtstoffe das Zurückdrängen des Rauschgiftkonsums und der Rauschgiftkriminalität im Zentrum der Bemühungen stehen muß.

Wir wollen alle **Härte gegenüber den Dealern**, aber alle Hilfe für die Abhängigen! Denn Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit.

Für bandenmäßige Betäubungskriminalität muß die lebenslange Freiheitsstrafe eingeführt werden. Ausländer, die mit Drogen handeln, müssen unverzüglich abgeschoben werden. Vermögen, das aus dem Drogenhandel stammt, ist sofort zu konfiszieren.

Praktische Solidarität mit behinderten Menschen

Menschen mit einer Behinderung haben das gleiche Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen wie Menschen ohne Behinderung. Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen dürfen nicht hingenommen werden. Rechtliche, soziale, ökonomische und technische Vorschriften, Regelungen oder Verfahrensweisen, die der gleichberechtigten Teilnahme entgegenstehen, müssen so weit wie möglich beseitigt werden. Das gilt für den Bereich des Wohnens und der Gestaltung des Lebensraumes, für die Schule, für die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie für die Arbeitsplatzgestaltung und die **berufliche Integration Behinderter**. Neben den Werkstätten für Behinderte wollen wir Modelle der Arbeitsassistenz unterstützen, um Menschen mit einer Behinderung die berufliche Integration zu erleichtern. Wir wollen den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung verbessern sowie durch verkehrspolitische Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Mobilität beitragen.

Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder mit einer Behinderung in ihrer eigenen Familie aufwachsen und erwachsene Menschen mit einer Behinderung in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben können. Familien, die die schwere Daueraufgabe der Pflege und Betreuung leisten, brauchen **Hilfe und Entlastung**. Wir wollen deshalb die familienentlastenden Dienste weiter ausbauen. Für ältere Menschen mit einer Behinderung, die nicht mehr in der Familie oder in Wohngruppen leben können, müssen ausreichend Plätze in Wohnheimen vorgehalten werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Wir werden alle Möglichkeiten des Landes nutzen, um denjenigen Menschen mit einer Behinderung, die in einer Werkstatt arbeiten, eine bessere Entlohnung zu ermöglichen.

Die im Einzelfall erforderliche behinderungsspezifische Förderung soll in Niedersachsen möglichst wohnortnah und unter größtmöglicher Wahrung der Selbständigkeit angeboten werden. Die Schaffung von ambulant betreuten Wohnformen, neue teilstationäre Angebote (z.B. Tagesstätten) und die Vernetzung vorhandener Dienste wird Schwerpunkt unserer Politik sein. Dies schließt die Förderung bewährter Angebote, z.B. der Tagesbildungsstätten, nicht aus.

Wir werden dafür sorgen, daß das Land seiner Verpflichtung nachkommt, den Anteil schwerbehinderter Beschäftigter zu erhöhen.

Wir werden neue Initiativen für psychisch Kranke ergreifen: Die Enthospitalisierung von Langzeitstationen muß intensiviert werden und der Aufbau ambulanter Strukturen, wie z.B. Wohngruppen, Kontaktstellen oder Tagesbetreuung im engen Zusammenwirken mit den Kommunen gefördert werden. Wir streben eine Landesregelung für das "Betreute Wohnen" an, um langjährige und ungelöste Streitereien auf den Rücken der Behinderten endlich zu beenden.

Neuorientierung in der Wohnungspolitik - mehr Eigenheime für junge Familien

Die SPD-Landesregierung hat die Wohnungsbauförderung für Familien mit Kindern nachhaltig verschlechtert. Mittlerweile können nur Familien mit drei und mehr Kindern und einem geringen Einkommen Mittel zur Wohnungsbauförderung erhalten. Die CDU will hier die Förderung ausweiten und Familien bereits ab zwei Kindern fördern.

Wir wollen den Schwerpunkt von der teuren Mietwohnungsbauförderung hin zur verstärkten Förderung von **Eigenheimen für junge Familien** verlagern. Während die SPD-Landesregierung nur 760 Eigentumsmaßnahmen in ganz Niedersachsen unterstützt, wollen wir 3.000 Eigentumsmaßnahmen jährlich fördern. Unser Ziel ist es, in Niedersachsen die Eigentumsquote an 50 % heranzuführen. Das Hauptaugenmerk muß auf sogenannte "Schwellenhaushalte" gelegt werden, d.h. auf Familien im Einkommensbereich von ca. 60.00 bis 80.000 DM, für die der Schritt zum Wohneigentum erleichtert werden muß.

Der soziale Mietwohnungsbau muß dem sinkenden Bedarf angepaßt werden. Dabei soll auf überflüssige Standards verzichtet werden. Der preiswertere Erwerb von zusätzlichen Belegungsrechten im vorhandenen Wohnungsbestand muß den Vorzug vor der Neubauförderung erhalten. Wir wollen Ghettobildungen, wie sie in den siebziger Jahren entstanden sind, verhindern. Bestehende Großsiedlungen müssen modellhaft saniert werden.

Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus soll auch ein Schwerpunkt auf die Schaffung von Wohnungen für Schwerbehinderte und Senioren gelegt werden. Das generationenübergreifende Wohnen wollen wir fördern.

Wir wollen dazu beitragen, daß ausreichend **preisgünstiges Bauland** bereitgestellt wird und baurechtliche Hemmnisse beseitigt werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Politik für die Wiederbelebung unserer Innenstädte

Unsere Städte sind nicht nur Versorgungszentren, sondern dienen auch der Identifikation der Menschen. Die Stadt als Wohn-, Kultur- und Wirtschaftsraum gilt es zu erneuern und attraktiver zu gestalten.

Die Wiederbelebung der Innenstädte ist ein Schwerpunkt der **Strukturpolitik der Zukunft**. Dazu bedarf es eines Bündels von Maßnahmen. Gemeinsam müssen Politik, Verwaltung, Handel und Dienstleister, Grundstückseigentümer und Bewohner in den Städten an einem Strang ziehen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Mittel für Städtebauförderung zu erhöhen, um damit Instandsetzungen, Modernisierungen und Restaurierungen erhaltenswerter Bausubstanz in den Stadtzentren zu ermöglichen.

Wir werden den Einzelhandel bei der Entwicklung von Einzelhandelskonzepten beratend unterstützen. Nur wenn es gelingt, **mehr Kaufkraft in die Innenstädte** zu ziehen und auf Dauer zu binden, kann sich der Einzelhandel dort behaupten. Die CDU steht für eine Kultur der Innenstädte.

Eine lebenswerte Innenstadt muß auch eine sichere Innenstadt sein. Dazu gehört eine verstärkte Präsenz der Polizei und eine Politik, die Ladendiebstahl nicht länger entkriminalisiert. Konzepte zur Bekämpfung von Drogenszenen in den Innenstädten sind zu forcieren und weiterzuentwickeln. Bei der Stadtplanung sind die Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger verstärkt zu berücksichtigen.

Entscheidende Voraussetzung für eine lebendige Innenstadt ist die Erreichbarkeit. Dazu trägt eine **zukunftsorientierte Verkehrspolitik** bei, d.h. die Vernetzung aller Verkehrsträger zu einem System in der Gesamtregion. Der öffentliche Personennahverkehr muß eine komfortable Nutzung (Preis, Service, Sicherheit, Taktzeiten) ermöglichen und auf die Innenstadt als Einkaufsort ausgerichtet sein. Die Innenstädte müssen aber auch für den Individualverkehr erreichbar bleiben.

Entscheidend für die Wohnbarkeit und Zukunft unserer Städte ist es, daß sie die **Bedürfnisse von älteren Menschen und Kindern** nicht außer acht lassen. Das Land kann dabei mit der Förderung von Modellprojekten unterstützend und beratend tätig werden.

Die CDU wird für die Sicherung und Erhaltung des städtebaulichen Erbes eintreten, um eine nachhaltige, sozial ausgerichtete Innenstadtentwicklung und die Beseitigung städtebaulicher Mißstände zu erreichen.

Für familiengerechte Stadtplanung und Architektur werden wir einen niedersächsischen Landespreis ausschreiben.

Familienpolitik ist Zukunftspolitik

Die Förderung unserer Familien steht im Mittelpunkt christdemokratischer Politik. Trotz vielfältiger Angriffe und Infragestellungen hat sich die Familie nach wie vor als die stabilste Form des Zusammenlebens behauptet. Allerdings unterliegt die Familie einem Wandel. Familie, das sind nicht nur die **Eltern und ihre Kinder**. Zur Familie gehören oft drei oder sogar vier Generationen. Eine Familie bildet aber auch der oder die Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern. Ihnen zur Seite zu stehen, bei der vielfältigen Aufgabe der Erziehung in allen Lebensbereichen zu helfen, ist unser Anliegen.

Unser Leitbild ist die **partnerschaftliche Familie**. Das bedeutet, daß die Arbeit in der Familie von Mutter und Vater gemeinsam geleistet wird. Dazu zählt die Er-

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

ziehungsarbeit, die Pflege für Kranke, die Betreuung von Menschen mit einer Behinderung sowie die hauswirtschaftliche Arbeit. Dies alles verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung.

Wir werden einen Landesfamilienpreis stiften, mit dem beispielhafte ehrenamtliche Initiativen zur Unterstützung der Familien ausgezeichnet werden sollen.

Um die Familien in Niedersachsen zu unterstützen, werden wir die Maßnahmen für Familienerholung fördern. Auch die Familienbildungsstätten leisten eine wichtige Arbeit, die Unterstützung verdient. Die niedersächsischen Mütterzentren haben sich bewährt. Wir werden sicherstellen, daß sie auch in Zukunft eine tragfähige finanzielle Grundlage haben.

Familienpolitik ist Querschnittspolitik. Sie betrifft die Bereiche von Bildung und Kultur ebenso wie Verkehr, Städtebau und Wohnen. Deshalb müssen in allen Bereichen die Belange der Familie berücksichtigt werden. Bei jeder politischen Maßnahme und bei jedem Vorhaben muß gefragt werden, welche Auswirkungen dies auf die Familien hat.

Das **Ja zur Familie** muß den Menschen so leicht wie möglich gemacht werden. Deswegen unterstützen wir die Stiftung Familie in Not und wollen einen umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens.

Für ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot

Wir wollen ein kinderfreundliches Niedersachsen, das Familien und Alleinerziehende mit Kindern in Ergänzung ihrer Erziehungsleistung tatkräftig unterstützt. Das Netz der **Betreuungseinrichtungen vom Kleinkindalter bis zum Ende der Grundschulzeit** muß bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Die Kommunen werden wir von überzogenen und kostentreibenden Vorgaben zur personellen und sachlichen Ausstattung von Kindertagesstätten befreien. Wir wollen, daß das Land Niedersachsen sie durch gezielte Kostenbeteiligung und durch die Förderung von Modellprojekten unterstützt. Die Kommunen brauchen Flexibilität, um entsprechend der örtlichen und regionalen Nachfrage ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot vorhalten zu können. Dazu zählen neben Krabbelstuben, Kindergärten und Horten auch Elterninitiativen, Kinderspielkreise, Betriebskindergärten und besonders Tagesmütterprojekte, deren sozialversicherungspflichtige Absicherung und Möglichkeit zur Weiterqualifikation wir begrüßen. Die CDU wird ergänzend zu den Vollen Halbtagschulen landesweit die Einführung eines freiwilligen Betreuungsangebotes an Grundschulen unterstützen. Bei den über den Unterricht hinausgehenden Betreuungsangeboten von Schulen steht künftig die Zusammenarbeit von Land, kommunalen Schul- und Jugendhilfeträgern sowie außerschulischen Dritten wie Vereinen und Kirchen im Vordergrund.

Gleichberechtigungspolitik für Frauen und Männer - ideologiefrei, partnerschaftlich und zukunftsorientiert

Wir wollen eine Gleichberechtigungspolitik, die nicht zu Lasten der Kinder geht. Wir wollen eine Familienpolitik, die nicht zu Lasten der Frauen geht. Die SPD-Landesregierung betreibt eine Frauenpolitik, die einseitig auf erwerbstätige Frauen ausgerichtet ist. Wir wollen eine Gleichberechtigungspolitik, die Frauen in ihren jeweiligen Lebenssituationen und -vorstellungen berücksichtigt. Wir wollen Wahlfreiheit für

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Frauen, die es ihnen ermöglicht, in unterschiedliche Lebensabschnitten unterschiedliche Entscheidungen zu treffen.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens **verantwortlich und partnerschaftlich** gestalten. Der Weg bis dahin ist noch weit. Vor allem in der Arbeitswelt ist die Gleichberechtigung noch nicht verwirklicht. Frauen verdienen weniger und sind noch immer in Führungspositionen stark unterrepräsentiert.

Die gesetzliche Verpflichtung der Kommunen, hauptamtliche Frauenbeauftragte zu berufen, halten wir nicht für den einzigen geeigneten Weg, die Gleichberechtigung in der Gesellschaft durchzusetzen. Wir halten es für notwendig, das politische Engagement von Frauen zu verstärken.

Frauen brauchen mehr Chancen im Beruf

Um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, bedarf es einer Fülle von flankierenden Angeboten von der Kinderbetreuung bis hin zur Möglichkeit, auch während der Familienphase Anschluß an das Berufsleben zu halten.

Frauen, die nach der Familienphase wieder **ins Berufsleben zurückkehren** wollen, müssen verstärkt unterstützt werden. Dazu ist es notwendig, die Möglichkeiten für Teilzeitarbeit weiter auszubauen und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten zu erweitern. In enger Zusammenarbeit mit Arbeitsämtern und Kammern sollen "Clearingstellen" die Chancen für Berufsrückkehrwillige durch Beratung und Vermittlung verbessern.

Besondere Unterstützung brauchen Sozialhilfeempfängerinnen mit Kindern. Wir werden für sie ein spezielles Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" einführen, das auch der Kinderbetreuung Rechnung trägt.

Große Chancen für die **Schaffung neuer Arbeitsplätze** sehen wir in der Errichtung von Dienstleistungsagenturen. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bei mehreren Arbeitgebern zu sozialversicherungspflichtigen Teil- oder Vollzeitarbeitsplätzen zu bündeln. Wir treten dafür ein, daß private Haushalte, die über Dienstleistungsagenturen sozialversicherte Personen beschäftigen, ebenso die steuerlichen Vergünstigungen erhalten, als wenn sie selbst als Arbeitgeber auftreten.

Wir werden für Mädchen und junge Frauen gleichberechtigte Chancen bei der Ausbildung und beim Eintritt ins Berufsleben schaffen. Wir werden bei Betrieben verstärkt für die Möglichkeit und Notwendigkeit der Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen auch in nichtfrauentypischen Berufen werben.

Wir werden uns für die Förderung familienfreundlicher und frauenfördernder Betriebe besonders einsetzen. Dazu gehört die Bekanntmachung und Werbung von Maßnahmen, die die Betriebe ergriffen haben, um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu erleichtern. Wir hoffen dabei auf einen Nachahmungseffekt. Darüber hinaus werden wir ein Beratungsangebot für Unternehmen schaffen, das ihnen Wege aufzeigt, wie sie in ihrem Bereich Frauen beim beruflichen Aufstieg fördern, wie sie die Berufsrückkehr für Frauen erleichtern und wie sie familien- und frauenfreundliche Maßnahmen in ihre Betriebsorganisation einbringen können.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Frauen im ländlichen Raum dürfen nicht im Abseits stehen

Die Stellung der Frauen im ländlichen Raum wollen wir durch Beratungsangebote verbessern, um bei Strukturveränderungen z.B. in der Landwirtschaft den Frauen unterstützend zur Seite zu stehen. Es geht um die Schaffung von Arbeitsplätzen und um die Erschließung von neuen Einkommensmöglichkeiten, um die **Erhöhung der Mobilität**, den Erhalt von Einrichtungen, die der Grundversorgung dienen und um eine Ausweitung des kulturellen Angebots.

Eine eigenständige Alterssicherung ist die beste Vorsorge gegen Altersarmut. Wir setzen uns für eine verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente ein. Dabei soll die "Erziehungsrente" zusätzlich zu den erworbenen Ansprüchen aus Erwerbsarbeit und zu 100 % des Durchschnittseinkommens angerechnet werden. Damit wird Familienarbeit aufgewertet und der Erwerbstätigkeit gleichgestellt. Wir halten es für notwendig, das politische Engagement von Frauen zu verstärken.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen

Die Arbeit der Frauen- und Kinderschutzhäuser muß auf ein stabiles finanzielles Fundament gestellt werden. Bei den Maßnahmen gegen Gewalt dürfen auch die männlichen Täter nicht außer acht gelassen werden. Die Polizei muß für den Umgang mit den Opfern von Gewalt besonders geschult werden. Wir werden Maßnahmen gegen den unwürdigen Menschenhandel mit Frauen aus anderen Ländern ergreifen. Gegen Sexualstraftäter werden wir konsequent vorgehen. Für uns geht Opferschutz vor Täterschutz.

Mehr Kompetenz für Gleichberechtigungspolitik

Wir werden das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz überarbeiten, so daß es auch einer verfassungsmäßigen Überprüfung in allen Punkten standhält. Besonderes Augenmerk werden wir auf die konkrete Umsetzung des Gesetzes richten. Darüber hinaus werden wir verstärkt darauf achten, daß Frauen bei der Besetzung von Gremien auch tatsächlich berücksichtigt werden.

Das jetzige Frauenministerium ist ohne politische Durchsetzungskompetenz. Wir werden es aufwerten, indem wir es mit einem anderen wichtigen Ressort zusammenfügen. Auf diese Weise erhält Frauenpolitik ein erhöhtes politisches Gewicht in der Landespolitik.

Eine CDU-geführte Landesregierung steht für eine praxisnahe Politik der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Ältere Menschen in Niedersachsen

Jeder fünfte Einwohner in Niedersachsen ist älter als 60 Jahre. In weniger als einer Generation wird sich dieser Anteil auf knapp 40 % verdoppeln. Das macht deutlich, daß alte Menschen in der Gesellschaft von morgen eine noch größere Bedeutung haben werden als heute schon. Politik hat die Aufgabe, der älteren Generation einen sicheren Lebensabend und **Anerkennung der erbrachten Lebensleistung** zu gewährleisten.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, das Wissen älterer Menschen ungenutzt verkümmern zu lassen. Wir werden deshalb ein Modellprojekt "Alt hilft jung" entwickeln.

Von großer Bedeutung ist es, daß die ältere Generation sich nicht aus der politischen Partizipation ausklammert. Wir werden deshalb die Bildung von Seniorenräten auch auf der Ebene der Landkreise unterstützen. Darüber hinaus werden wir ein Freiwilliges Soziales Seniorenjahr erproben.

Wir wollen älteren Menschen helfen, in der von ihnen gewünschten Wohnform zu leben. Deshalb fördern wir das generationenübergreifende und das "Betreute Wohnen". Darüber hinaus sollen im sozialen Wohnungsbau die Bedürfnisse älterer Menschen besonders berücksichtigt werden.

Mit der Förderung von Freiwilligenzentren wollen wir Anlaufstellen für ältere Menschen unterstützen. Sie stärken den Gemeinsinn, wecken und fördern Fähigkeiten von Seniorinnen und Senioren und helfen ihnen, neue Tätigkeitsfelder zu entdecken. Ein Freiwilligenzentrum soll Koordinierungsstelle für Selbsthilfeinitiativen und ehrenamtliche Aktivitäten älterer Menschen sein und Tätigkeiten vermitteln, die über die Bereiche hinausgreifen, die die Sozialstationen anbieten. Bestehende Altersgrenzen im Ehrenamt werden wir überprüfen.

Von immer größerer Bedeutung ist die **Sicherheit für alte Menschen**. Ihre Freiheit wird beeinträchtigt durch die zunehmende Angst, allein auf die Straße zu gehen. Spezielle Angebote durch die Polizei sollen die Verbrechensvorsorge verbessern. Die von uns vorgeschlagenen Sicherheitsbeiräte in den Kommunen sollen den Aspekt der Sicherheit für alte Menschen zu einem ihrer Schwerpunkte machen.

Mit dem Ausbau einer pflegerischen Infrastruktur werden wir darauf hinwirken, die Lebensqualität im Alter zu erhöhen. Durch eine sinnvolle Vernetzung der einzelnen Hilfen soll die Eigenständigkeit der alten Menschen möglichst lange erhalten werden.

Innere Sicherheit schaffen

Die CDU geführte Landesregierung wird die Bekämpfung der Kriminalität und den Schutz von Sicherheit und Ordnung wieder zur zentralen politischen Aufgabe machen. Für uns gilt: **Der Rechtsstaat muß Zähne zeigen**. Das erfordert eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber jedem, der sich nicht an unsere Rechtsordnung hält. Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum sind zu schützen, jeder Angriff darauf ist mit allen rechtsstaatlichen Mitteln abzuwehren.

Der wehrhafte Staat muß die Schwächeren vor den Stärkeren schützen und jede Regelverletzung energisch bekämpfen. Nur mit hartem und kompromißlosem Vorgehen auch gegen Straßen-, Alltags- und Massendelikte wird die gesamte **Kriminalität an der Wurzel bekämpft**. Staat und Strafverfolgungsbehörden können nur dann erfolgreich Verbrechen bekämpfen, wenn sie bereits den Anfängen wehren. Ein Staat, der sich nur auf die Verfolgung besonders schwerer Kriminalitätsformen konzentriert, gibt damit das Feld für die Alltags- und Einstiegs kriminalität preis. Hinzu kommt, daß gerade diese Delikte, wie z.B. Ladendiebstähle, zum großen Teil nicht von Tätern begangen werden, die einer einmaligen Versuchung erliegen, sondern von organisierter Kriminalität gesteuert werden. Vielfach sind sie auch der Beschaffungskriminalität zuzurechnen und damit mittelbar Folge des Drogenhandels durch organisierte Banden.

Der Rechtsstaat ist keineswegs hilflos, wenn er sich seiner Mittel konsequent bedient, und zwar schon dort, wo regelwidriges Verhalten die ersten Ursachen für Verwahrlosung, Störungen der öffentlichen Ordnung und schließlich Kriminalität setzt. Deswegen darf es weder rechtsfreie Räume in Innenstädten oder Parkanlagen mit einer Tolerierung von Verunreinigungen, Ruhestörungen, Drogenbesitz oder anderen Formen von Kleinkriminalität noch ein Zurückweichen vor Regelverletzungen durch sogenannte Entkriminalisierung bestimmter Delikte wie Ladendiebstahl oder Drogenmißbrauch noch die Duldung von Gewalttaten unter dem Deckmantel und unter Mißbrauch des Demonstrationsrechts geben. Wir müssen der Polizei auch in Niedersachsen wieder die Möglichkeit geben, nach dem Prinzip zu handeln: **Zugreifen statt Zusehen**.

Freiheit des Bürgers und Sicherheit sind keine Gegensätze. Sicherheit ist vielmehr Voraussetzung von Freiheit. Die Bürger haben deswegen ein Grundrecht auf Sicherheit, das wir auch in Niedersachsen wieder uneingeschränkt durchsetzen wollen.

Sowohl die Politik der rot-grünen Koalition als auch in gleicher Weise die Politik der SPD-Alleinregierung haben dazu geführt, daß die innere **Sicherheit in Niedersachsen** nach übereinstimmendem Urteil aller Fachleute nicht mehr gewährleistet ist. Bundesweit einmalige Chaos-Tage in Hannover, gewalttätiger Straßenterror anlässlich der Castor-Transporte und Autonomenkrawalle in Göttingen mit hunderten verletzter Polizisten und Millionen-Schäden sind nur die sichtbarsten Zeichen dieser Politik.

Von den vielfältigen Gründen für das Versagen der SPD geführten Landesregierung beim Schutz der Bürger seien hier nur genannt:

- Das schlechteste Polizeigesetz aller Bundesländer, welches der Polizei noch nicht einmal den **Schutz der öffentlichen Ordnung** erlaubt und alle Möglichkeiten moderner Verbrechensbekämpfung verbietet, die in anderen Bundesländern selbstverständlich sind;

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

- Mangelhafte Schutzausrüstung und technische Ausstattung der Polizei;
- Drastischer Personalabbau bei der Polizei;
- Überzogener Datenschutz, der zum Täterschutz verkommen ist und
- Diffamierung der Polizei statt Rückhalt und Unterstützung durch die politische Führung.

Die Zerschlagung der Kriminalpolizei durch die sogenannte "Polizeireform", war ebenso ein Fehler wie die unverantwortliche Schwächung der Bereitschaftspolizei.

Die Folgen:

Die Zahl der Straftaten ist seit Regierungsantritt Schröder von 519.431 auf 581.994 gestiegen. Die Kriminalität ist in Niedersachsen um 30 % höher, die Aufklärungsquote um 30 % niedriger als in Bayern.

Wir werden dieser SPD-Politik, die den Täter stärker schützt als das Opfer und die Polizei behindert, statt ihr bei ihrer schweren Arbeit mit allen Mitteln zu helfen, sofort ein Ende bereiten.

Die Polizei ist **Garant unserer inneren Sicherheit**. Die Polizei verdient unser Vertrauen und unsere volle Unterstützung. Wir verurteilen deswegen aufs schärfste Diffamierungen der Polizei durch die jetzige Landesregierung, die z.B. den bei den Castor-Transporten eingesetzten Polizisten vorgeworfen hat, "Bürgerkrieg gegen die Bevölkerung" zu führen, oder die die Polizei als "in großem Umfang rechtsradikal" beleidigt hat.

Wir werden der Polizei insbesondere mit folgenden Maßnahmen bei ihrer wichtigen und schweren Arbeit helfen:

Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes zur Gewährleistung der unverzichtbaren Sicherheit und Ordnung

Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits 1992 und erneut in ihrem Gesetzentwurf vom 25. September 1995 die umfassende Generalsanierung des von der Schröder-SPD zu verantwortenden sogenannten Gefahrenabwehrgesetzes gefordert. Unser Gesetzentwurf wird unverzüglich zu Beginn der neuen Legislaturperiode verabschiedet werden. Effektive Polizeiarbeit und **Opferschutz statt Täterschutz** sind die Ziele dieses Gesetzes, mit dem auch die Niedersächsische Polizei endlich wieder die gleichen Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung und des Schutzes der Bürger wie in allen anderen Bundesländern erhält. Wesentliche Eckpunkte dieses Gesetzes sind insbesondere:

Die Polizei wird auch in Niedersachsen wieder die öffentliche **Sicherheit und Ordnung** schützen können. Sicherheit setzt Ordnung auch in "kleinen" Dingen voraus. Das Verbot für die Polizei durch das SPD-Gefahrenabwehrgesetz, die öffentliche Ordnung zu schützen, ist eine der wesentlichen Ursachen für die schlimmen Zustände vor allem in unseren Innenstädten und Parkanlagen durch Drogenmißbrauch, randalierende und pöbelnde Skinheads und Punker, aggressives Betteln oder sonstige unerträgliche Belästigungen. Nur wenn die Polizei die öffentliche Ordnung wieder schützen darf, geben wir auch älteren Menschen, Frauen und Kindern wieder die Möglichkeit, diese öffentlichen Räume frei von Angst betreten zu können.

Zur Vorbeugung gegen schwere Straftaten muß die Polizei auch in Niedersachsen verdeckte Ermittler und die akustische und optische **Überwachung von Verbre-**

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Cherwohnungen einsetzen können. Mit dem Verbot bzw. der Einschränkung des Einsatzes dieser Mittel sind der niedersächsischen Polizei insbesondere bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität "die Hände gefesselt und die Augen verbunden" (so der Bund Deutscher Kriminalbeamter).

Auch die niedersächsische Polizei muß die Möglichkeiten der Rasterfahndung nutzen können. Damit kann die Polizei durch Einsatz elektronischer Datenverarbeitungstechnik verschiedene Datenbestände nach bestimmten Suchkriterien abgleichen, um die große Zahl Nichtverdächtiger auszuschneiden und die Zahl der Tatverdächtigen, die dann mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden überprüft werden müssen, auf eine kleine Anzahl einzugrenzen.

Die Polizei muß **verdachtsunabhängige Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum** durchführen können. Dies ist von besonderer Bedeutung bei Straßen, die für grenzüberschreitende Kriminalität reisender ausländischer Verbrecherbanden genutzt werden.

Die Polizei muß erweiterte Möglichkeiten der Durchsuchung und Ermittlung im Rotlicht-Milieu erhalten, weil mit dem jetzigen Gefahrenabwehrgesetz die Bekämpfung von Menschenhandel, Zuhälterei, strafbarer Prostitution in unerträglicher Weise erschwert wird.

Die gesamten Datenschutzvorschriften bedürfen der Vereinfachung und Reduzierung auf ein Maß, bei dem nicht der Schutz von Verbrechern, sondern das **Grundrecht auf Sicherheit** für die Bürger der entscheidende Gesichtspunkt sein muß und bei dem die Polizei in der Praxis handhabbare Vorschriften als Handlungsgrundlage hat.

Wir werden aufgrund der guten Erfahrungen in anderen Bundesländern die Videoüberwachung besonderer Gefahrenpunkte einführen. Auch dies dient unserem Ziel: Von der Reaktion zur Prävention! Wo immer sich ein Sicherheitsrisiko eröffnet, gilt es, sofort da zu sein und einzugreifen, nicht erst nach den Tätern zu suchen, nachdem die Tat geschehen ist.

Schließlich muß auch der finale Rettungsschuß ins Polizeirecht wieder eingeführt werden, wenn er das einzige Mittel zur Rettung eines Verbrechensopfers aus lebensgefährlicher Situation ist.

Während die Schröder-Regierung die Landesverwaltung insbesondere in der teuren Ministerialbürokratie um fast 10.000 Stellen aufgebläht hat, betreibt sie bei der Polizei einen drastischen Personalabbau. Nach den offiziellen Angaben der Landesregierung soll die Polizei bis zum Jahr 2001 um 770 Stellen abgebaut werden. Realistische Schätzungen der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund rechnen sogar mit einem Rückgang des Polizeipersonals um rund 3.000 Stellen bis zum Jahr 2000.

Wir werden diesen Personalabbau sofort stoppen. Notwendig ist mindestens eine Aufrechterhaltung der personellen Stärke der Polizei. Langfristig ist eine Aufstockung anzustreben.

Wir werden durch eine bürgernahe Einsatzstrategie dafür sorgen, daß die Polizei wieder stärker auf der Straße präsent ist. **Die bürgernahe Polizei** soll wieder Ansprechpartner für die Bevölkerung sein und damit objektive Sicherheit und Sicherheitsgefühl stärken.

Die Polizei muß befreit werden von allen Verwaltungstätigkeiten und Randaufgaben, so können z.B. Schreibearbeiten auch von Angestellten erledigt werden, die man in anderen Bereichen der Verwaltung eingespart hat. Wir werden die Polizei auch

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

verstärkt von nichtpolizeitypischen Tätigkeiten entlasten. Hier ist z.B. zu nennen die Begleitung von Gefangenentransporten, der Objekt- und Personenschutz, die Verkehrsregelung, der Ordnungsdienst bei kommerziellen Großveranstaltungen und die Vereinfachung der Aufnahme von Unfällen ohne Personenschäden bzw. die gänzliche Entlastung von dieser Aufgabe in einfachen Fällen.

Wir werden auch die sogenannte Polizeireform so korrigieren, daß mehr **Präsenz der Polizei** auf der Straße gewährleistet wird und hochspezialisierte Verbrecher durch ebenso hochspezialisierte Polizeibeamte bekämpft werden. Ebenso wie schon in Hannover und Braunschweig werden wir auch in den Ballungsräumen Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg und Göttingen Polizeipräsidien einrichten.

Eine leistungsgerechte Besoldung der Polizei betrachten wir als selbstverständliche Konsequenz unserer Anerkennung ihrer schweren Arbeit, die immer höhere Anforderungen stellt.

Die investiven Ausgaben für die Polizei müssen erhöht werden, um die **Polizeidienststellen mit modernen technischen Möglichkeiten** auszustatten.

Wir werden auch der Aus- und Fortbildung, die unter der jetzigen Landesregierung sträflich vernachlässigt worden ist, wieder den notwendigen Stellenwert geben.

Unverzüglich werden wir dem skandalösen Zustand ein Ende bereiten, daß die Polizei bis heute nicht über die notwendige Schutzausrüstung verfügt und sich diese teilweise aus eigenen Mitteln anschaffen muß.

Kriminalität wirksam bekämpfen

Der Anteil nichtdeutscher Straftäter lag im Jahr 1996 bei rund 30 %, in der organisierten Kriminalität sogar bei fast 70 % aller Straftäter und damit weit über dem Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung. Tatsache ist, daß die Kriminalität derjenigen Ausländer, die sozial integriert sind und sich berechtigt in Deutschland aufhalten, sich von derjenigen der deutschen Bevölkerung nicht unterscheidet. Die hohe Ausländerkriminalität ist vielmehr eigens nach Deutschland zur Verbrechensbegehung eingereisten Ausländern oder in Deutschland illegal lebenden Ausländern bzw. abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerbern zuzurechnen.

Der energische **Kampf gegen diese Ausländerkriminalität** ist nicht nur im Hinblick auf die deutschen Mitbürger, sondern auch im Hinblick auf die seit langem bei uns lebenden rechtstreuen Ausländer eine besonders wichtige Aufgabe des Staates. Wir werden deswegen ausländische Straftäter unverzüglich und konsequent zur Strafverbüßung ins Herkunftsland abschieben. Es ist ein Skandal, daß die jetzige Landesregierung im Jahr 1996 bei rund 200.000 Ausländerstraftaten ganze 4 verurteilte ausländische Straftäter zur Strafverbüßung abgeschoben hat.

Die organisierte Kriminalität stellt eine zunehmende Bedrohung dar. Unter der SPD-geführten Landesregierung ist Niedersachsen zu einem besonders attraktiven Standort organisierter Kriminalität geworden. Auch dies zeigt, wie wichtig die von uns geforderte Neuorientierung insbesondere des Polizeirechts in Niedersachsen, aber auch von Organisation und personeller und sächlicher **Ausstattung der Polizei** ist.

Darüber hinaus werden wir alle Maßnahmen ergreifen und unterstützen, die der Abschöpfung der Verbrechensgewinne und der Verhinderung der Geldwäsche dienen. Nur wenn illegale Gewinne dem Täter entzogen werden, wird ihm das Startkapital für weitere Verbrechen genommen. Darüber hinaus dienen die

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Verbrechensgewinne organisierter Kriminalität der Korruption als einer Kriminalitätsform, die den Staat in seinen Wurzeln erschüttern kann.

Wir werden dafür sorgen, daß in Niedersachsen **beschleunigte Strafverfahren** nach § 417 ff Strafprozeßordnung in jedem geeigneten Falle durchgeführt werden. Diese schnellen Strafverfahren sind deswegen wichtig, weil Strafe am besten wirkt, wenn sie der Tat auf dem Fuße folgt. Zudem kann durch schnelle Strafverfahren in Verbindung mit der jetzt eingeführten Hauptverhandlungshaft dafür gesorgt werden, daß insbesondere reisende ausländische Kriminelle nach der Tat in Untersuchungshaft genommen, binnen kürzester Frist verurteilt und direkt aus der Untersuchungshaft in den Strafvollzug überführt werden können. Die Schröder-Regierung hat zu verantworten, daß die Zahl schneller Strafverfahren von mehr als 5.000 im Jahr 1989 auf nur noch 1.300 im Jahr 1995 zurückgegangen ist, obwohl nach der Verschärfung der Strafprozeßordnung im Jahr 1994 mindestens 20.000 beschleunigte Strafverfahren hätten durchgeführt werden können. Auch die Hauptverhandlungshaft ist von der Schröder-Regierung im Bundesrat abgelehnt worden.

Natürlich muß das **Gewaltmonopol beim Staat** bleiben. Die Bewahrung der inneren Sicherheit ist aber gerade auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfüllung jeder einzelne durch sein Engagement und seine Mithilfe beitragen kann. Die Unkultur des Wegsehens muß durch eine Kultur des Hinschauens ersetzt werden. Wir sind für die Einrichtung kommunaler Sicherheitsbeiräte.

Zur Unterstützung der Polizei werden wir auch eine freiwillige Sicherheitswacht einrichten, mit der man z.B. in Bayern hervorragende Erfahrungen gemacht hat. Mitglieder dieser Sicherheitswacht können z.B. in Wohnvierteln Beobachtungsaufgaben übernehmen und ggf. die Polizei informieren. Ohne Sicherheitswacht sehen sich viele Bürger gezwungen, kommerzielle Sicherheitsunternehmen mit dem Schutz ihrer Wohnviertel zu beauftragen. Da sich diese kommerzielle Sicherheit nur wenige leisten können, ist die Sicherheitswacht eine Hilfe für diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich Sicherheit zu kaufen. Auch hiermit tragen wir dem Gedanken Rechnung, daß der **Schutz der inneren Sicherheit** eine zutiefst soziale Aufgabe ist, die wir gerade für die Schwächeren in unserer Gesellschaft leisten müssen.

Der Verfassungsschutz ist eine wichtige Säule der inneren Sicherheit im Kampf gegen Links- und Rechtsextremismus. Der frühere grüne Minister Trittin der Schröder-Regierung kann sich bis heute damit rühmen, daß die Schröder-Regierung den Verfassungsschutz "an die Kette gelegt" hat. Das Personal beim Verfassungsschutz ist auf fast die Hälfte reduziert worden, das Verfassungsschutzgesetz erlaubte bis vor kurzem noch nicht einmal die Beobachtung der Republikaner. Trotz entsprechender Forderung des Verfassungsschutzes lehnt die Schröder-Regierung die Beobachtung der PDS ab. Wir werden wieder für einen leistungsfähigen Verfassungsschutz sorgen. Wir werden ferner aufgrund der ausgezeichneten bayerischen Erfahrungen den Verfassungsschutz in die **Bekämpfung organisierter Kriminalität** einbeziehen, da organisierte Kriminalität schon im Hinblick auf die Korruption staatlicher Behörden eine Bedrohung unseres Gemeinwesens darstellt.

Die CDU in Niedersachsen betrachtet mit besonderer Sorge die erschreckende Zunahme bei der Gewaltbereitschaft bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Die Gründe für die zunehmende Gewaltbereitschaft der Jugendlichen sind vielfältig. Immer mehr junge Menschen leben in gestörten oder wegen Scheidung in unvollständigen Familien. Gleichzeitig läßt die Erziehungskraft

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

der an sich intakten Familie nach. Andere Institutionen der Wertevermittlung entfallen für Teile der Gesellschaft. Immer mehr Jugendliche erkennen keine Autorität mehr an. Die Gesellschaft wandelt sich von einer Produktionsgesellschaft in eine Konsumgesellschaft, die teilweise Konsumzwang auslöst. Junge Menschen werden weniger gehört und fühlen sich in der Minderheit. Daraus folgt, daß immer mehr junge Menschen große Schwierigkeiten haben, für sich selbst Perspektiven zu formulieren und Orientierung zu finden. Zukunftsangst und empfundene Perspektivlosigkeit münden in einem verstärkten Zulauf zu Sekten und Psychogruppen oder in Aggressionen und Gewaltbereitschaft. Hinzu tritt die permanente Darstellung von Gewalt und Kriminalität vor allem in den privaten Medien, bei der Gewalt oft als eine Art Problemlösung dargestellt wird. Diese vielfältigen Ursachen und die daraus folgende Gewaltbereitschaft kann der Staat nicht allein bekämpfen. Die CDU in Niedersachsen fordert alle verantwortlichen Träger unserer Gesellschaft, Familien, Schulen, Kirchen und Medien auf, sich mit den Wurzeln der Kriminalität und der Gewalt auseinanderzusetzen, damit die Werte und **Grundregeln des sozialen Miteinanders** wieder vermittelt und akzeptiert werden. Nötig ist eine Werteoffensive aller gesellschaftlichen Gruppierungen.

Der besonders dramatische Kriminalitätsanstieg bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zwingt auch und gerade in diesem Bereich zu neuem Denken und neuem Handeln.

Um jungen Menschen wieder Perspektiven für ihre Zukunft zu geben, werden wir in **Bildung und Ausbildung** investieren. Dies ist die beste Prävention gegen das Abgleiten in die Arbeitslosigkeit und aus dieser in eine frühe kriminelle Karriere.

Für Kinder unter 14 Jahren müssen besser geeignete Maßnahmen entwickelt werden. Die geschlossene Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines solchen neuen Programms.

Dem Jugendstrafrecht liegt zwar das Erziehungsprinzip zugrunde. Dennoch muß Jugendstrafe so gestaltet sein, daß sie auch als Strafe empfunden wird. Sanktionen müssen zeitnah und mit Bezug zur Straftat verhängt werden, damit ihr erzieherisches Ziel dem jugendlichen Täter noch erkennbar ist.

Mit Erreichen der Volljährigkeit ist regelmäßig Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Nur bei Reifeverzögerungen darf es Ausnahmen geben.

Das **Zusammenwirken von Polizei und Jugendsozialarbeit** zur Bekämpfung der Jugendkriminalität muß verbessert werden. In Städten mit hohem Anteil von Jugendkriminalität sind Kommissariate für Jugendkriminalität und Jugendschutz einzurichten.

Insbesondere bei jugendlichen Ersttätern ist die strafrechtliche Verfolgung durch soziale Sofortmaßnahmen zu ergänzen, die dem weiteren Einstieg in eine kriminelle Karriere entgegenwirken.

Strafvollzug in Niedersachsen

Stark steigende Gefangenenzahlen und drangvolle Enge, hohe und weiter steigende Ausländeranteile, zunehmender Drogenkonsum und eine wachsende Brutalität und Gewaltbereitschaft unter den Gefangenen und gegenüber unseren Bediensteten sind heute die Realität im niedersächsischen Justizvollzug. Trotzdem werden Planstellen gestrichen, notwendige Sicherungsmaßnahmen aufgeschoben, Betreuungsmaßnahmen eingeschränkt, 1000 fehlende Haftplätze nicht gebaut. Die

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

selbstverschuldete, katastrophale Finanzsituation des Landes verhinderte jede angemessene Reaktion auf den Notstand in unseren Gefängnissen. Der niedersächsische Justizvollzug steht heute vor Problemen, deren Beseitigung völlig neue Lösungswege erfordert!

Für eine CDU geführte Landesregierung hat der **Schutz der Bevölkerung** und der im Strafvollzug tätigen Bediensteten vor gefährlichen Straftätern und neuen Straftaten absoluten Vorrang!

Das verlangt zunächst die unverzügliche Nachsicherung der vorhandenen Justizvollzugsanstalten, den Zubau von neuen Haftplätzen, den Verzicht auf weitere Personaleinsparungen und eine bessere Kontrolle der Gefangenen in den Anstalten. Wer die legitimen **Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung** ernstnehmen will, muß Abschied nehmen von einer Politik großzügiger Lockerungen auf Verdacht. Resozialisierung und Strafe müssen wieder in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gestellt werden! Lockerungen als Maßnahmen zur Resozialisierung dürfen nur noch denjenigen Gefangenen gewährt werden, die nach menschlichem Ermessen die größtmögliche Sicherheit bieten, diese nicht zu mißbrauchen.

Sexualstraftaten, insbesondere der sexuelle Mißbrauch von Kindern, gehören zu den verwerflichsten Formen von Kriminalität. Schon aus diesem Grund bedürfen Sexualstraftäter im Justizvollzug besonderer Aufmerksamkeit. Vollzugslockerungen und vorzeitige Entlassungen müssen grundsätzlich ausgeschlossen bleiben.

Wir wollen, daß der Strafraum für Sexualdelikte von 10 auf 15 Jahre erhöht wird und nach Kindesmißbrauch mit Todesfolge eine Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe erfolgen kann.

Bereits nach der ersten Tat soll für Sexualstraftäter Sicherungsverwahrung angeordnet werden können. Eine Entlassung und eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung kommt nur dann in Betracht, wenn zweifelsfrei feststeht, daß vom Täter **keine Gefahr mehr** ausgeht.

Auch nach voller Verbüßung der Strafe sollen Sexualstraftäter künftig einer Führungsaufsicht sowie damit verbundenen Weisungen und **Auflagen** unterworfen werden. Im Fall einer Therapieverweigerung ist eine unbefristete Führungsaufsicht anzuordnen.

Die knappen Finanzmittel und die Situation in unseren Gefängnissen verlangen zwingend nach einer völligen Umstrukturierung und einer stärkeren Differenzierung des Justizvollzuges.

Wir können es uns nicht mehr leisten, die Möglichkeiten des Justizvollzuges unterschiedslos für alle Gefangenen vorzuhalten.

Zukünftig soll deshalb zwischen behandlungswilligen und -fähigen Gefangenen und solchen Gefangenen **eine klare Trennungslinie** gezogen werden, die behandlungsunwillig oder behandlungsresistent sind. Dies gilt vor allem für Wiederholungstäter.

Für eine Trennung von Resozialisierungsvollzug und Sicherungsvollzug

Jeder Straftäter hat zwar Anspruch auf eine Chance zum Neubeginn! Wer diese Chance jedoch nicht nutzt, schließt sich selber aus von weiteren Hilfen und verdient

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

kein weiteres Entgegenkommen! Deswegen wollen wir eine Trennung von Resozialisierungsvollzug und Sicherungsvollzug.

Anstalten, die mit einer breiten Angebotspalette für Resozialisierungsmaßnahmen und hierfür geschultem Personal ausgestattet sind (**Resozialisierungsvollzug**), werden künftig ausschließlich solche Gefangenen vorbehalten bleiben, bei denen begründete Aussichten für eine erfolgreiche Resozialisierung bestehen. Dies gilt - bis zum Beweis des Gegenteils - insbesondere für jugendliche Straftäter und die Mehrzahl der Erstverurteilten.

Gefangene, die ihre Chancen im Resozialisierungsvollzug nicht wahrnehmen oder in Lockerungen versagt haben, werden in Einrichtungen mit hohen Sicherheitsstandards untergebracht, in denen auf besondere Resozialisierungsmaßnahmen verzichtet wird (**Sicherungsvollzug**). Arbeitsangebote bleiben auch in diesen Anstalten bestehen.

Dabei ist konsequentes Handeln unumgänglich! Die Gefangenen müssen lernen, daß sich **gesetzmäßiges Verhalten** "auszahlt", Normverstöße jedoch konsequent geahndet werden.

Straffällig gewordene Ausländer, die nicht schon durch jahrelangen Aufenthalt in Deutschland heimisch geworden sind, werden in Justizvollzugsanstalten untergebracht, die den besonderen Problemen des "Ausländervollzuges" besser Rechnung tragen. Diese "Ausländeranstalten" sind nach den Prinzipien des Sicherungsvollzuges zu organisieren.

Die z.Z. dezentral organisierte Abschiebehafat wird konzentriert und den "Ausländeranstalten" angegliedert.

Alle Möglichkeiten sind auszuschöpfen, straffällig gewordene Ausländer zur Vollstreckung ihrer Haftstrafe oder zur Verbüßung ihrer Reststrafe unverzüglich in ihr Heimatland abzuschieben. Die **zügige Abschiebung** ist durch Staatsverträge abzusichern.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Untersuchungshaftvollzug. Obwohl bei Untersuchungshäftlingen bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung gilt und nur die Hälfte der Untersuchungsgefangenen zu unbedingter Haft verurteilt werden, müssen die Untersuchungshaftanstalten sicherer werden als bisher.

Allerdings kann bei Untersuchungsgefangenen, bei denen eine Verurteilung zu einer geringen Strafe zu erwarten und ein fester Arbeitsplatz und Wohnsitz vorhanden ist, statt der Unterbringung im Gefängnis auch die Anordnung von Hausarrest und Anbringung einer elektronischen Fußschelle am Wohnsitz des Gefangenen vertreten werden.

Dadurch können **zusätzliche Haftplätze** geschaffen werden, die insbesondere für eine konsequente Durchsetzung der Hauptverhandlungshaft, als Voraussetzung für eine schnelle Aburteilung nach Begehen der Straftat, genutzt werden müssen!

Wir wollen den "drogenfreien Knast"!

Wirkliche Hilfe für abhängige Gefangene kann weder die Spritzenvergabe noch die staatlich organisierte Drogenvergabe bieten. Wir werden deshalb Modelle fördern, die an den Beginn der Haftvollstreckung den Drogenentzug und eine Therapie, auch

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

gegen den Willen des Gefangenen, setzen. Bis zum Erreichen dieses Zieles muß die Möglichkeit zum Erhalt von sterilen Spritzen gegeben sein.

Drogenfunde bei Besuchern werden wir mit absolutem Besuchsverbot und entsprechenden Strafen ahnden. Drogenmißbrauch von Gefangenen muß zur sofortigen Aufhebung aller Vollzugslockerung und einer Verlegung in den Sicherungsvollzug führen.

Wir setzen uns für die Einschränkung des Instanzenzuges in Strafvollstreckungsangelegenheiten ein. Über Entscheidungen der Anstaltsleitung soll nur das Landgericht abschließend entscheiden. Die Rechtsbeschwerde zum Oberlandesgericht soll entfallen.

Ein **erfolgreicher Justizvollzug** lebt von motivierten und gut ausgestatteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ohne diese ist ein erfolgreicher Vollzug nicht denkbar!

Die Sicherheitsrisiken und sonstigen Belastungen für unser Personal haben sich dramatisch erhöht. Der Anstieg der Gefangenenzahlen hat sich vom Personalbestand abgekoppelt. Die Ausstattung und Ausrüstung der Bediensteten ist unzureichend.

Wir werden die Organisation- und Personalstrukturen im Justizvollzug reformieren. Durch die Einführung der Budgetierung und der Kosten und Leistungsrechnung für alle Einrichtungen des Justizvollzuges werden wir mehr **Wirtschaftlichkeit und Effizienz** bewirken. Wir werden ferner prüfen, welche Aufgaben und Maßnahmen für eine Privatisierung geeignet sind.

Die dadurch gewonnenen Einspareffekte müssen vor allem den Bediensteten, der Verbesserung der Sicherheit und der verbesserten Behandlung und Betreuung der Gefangenen im Resozialisierungsvollzug zugute kommen.

Ein moderner Strafvollzug erfordert Führungskräfte mit einer hohen Qualifikation und Managereigenschaften. Bei künftigen Auswahlentscheidungen muß dieser Tatbestand stärker Berücksichtigung finden.

Recht sichert Freiheit

Die Bewahrung und die Durchsetzung unserer Rechtsordnung sichert unseren demokratischen Rechtsstaat und damit unsere Freiheit. Sie ist gefährdet, wenn Freiheitsräume folgenlos mißachtet und verletzt werden können. Aufgabe des Staates ist es daher, das Recht durchzusetzen und denjenigen, der bei der Durchsetzung seiner eigenen Rechte Polizei und Justiz in Anspruch nehmen will, möglichst unbürokratisch zu unterstützen.

Die ständige Ausweitung von Individualrechten ist aber gleichzeitig eine Bedrohung für das solidarische Miteinander in unserer Gesellschaft. Das Schwenden gemeinsamer Werte gefährdet **das Fundament unseres Rechtsstaates**, nämlich die Fähigkeit zum Konsens bei der Austragung von Konflikten. In dieser Situation darf der Staat nicht kapitulieren, er muß sich vielmehr auf die veränderten Bedingungen einstellen und aktiv die rechtlichen Grundlagen für das Zusammenleben der Menschen in Freiheit gestalten.

Wir wollen einen Staat, der die freiheitliche Rechtsordnung auf der **Grundlage gemeinsamer Werte** durchsetzt, der Straftaten und anderes Unrecht konsequent

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

verfolgt und möglichst verhindert und der sicherstellt, daß unsere rechtstreuen Bürgerinnen und Bürger so schnell wie möglich ihre Ansprüche durchsetzen können.

Rechtsvereinfachung gegen Staatsverdrossenheit

Das Dickicht der Rechtsvorschriften wird auf allen Ebenen unseres Staates immer dichter. Viele Spezialgesetze sind selbst für Experten kaum noch verständlich. Als Folge wird die Rechtsanwendung immer schwieriger, die Akzeptanz des Rechts bei den Menschen schwindet. Das Bewußtsein von Recht und Unrecht wird häufig zur beliebigen Größe. Damit wird die gleichmäßige Anwendung des Rechts und die Funktionstüchtigkeit unserer Rechtsordnung gefährdet. Im Ergebnis fördert diese Entwicklung bei immer mehr Bürgern die "Rechts- und Staatsverdrossenheit".

Wir wollen deshalb schon vor dem Erlaß einer Rechtsvorschrift eine stärkere Überprüfung, ob eine Regelung überhaupt notwendig ist. Häufig ist es auch sinnvoll, die Geltungsdauer von Vorschriften von vornherein zeitlich zu begrenzen. Oft genug wird eine Regelung ganz der Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaft oder anderen Gruppen überlassen bleiben können, wenn sie denn überhaupt erforderlich ist. Notwendig ist auch eine Gesetzesfolgenabschätzung ggf. mit Hilfe von Planspielen im Hinblick auf alle staatlichen Ebenen, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger.

Justiz ist Dienstleistung für unsere Bürger

Neben dem Schulwesen und der Polizei ist die Justiz mit 75 % Personalkostenanteil am Justizhaushalt einer der größten Dienstleistungsbereiche des Landes. Die Aufgaben der hier arbeitenden Menschen ist in erster Linie, Ansprechpartner für die rechtsuchende Bevölkerung zu sein, ihnen zu helfen und weiterzuhelfen. Die Einrichtung von Service-Einheiten, bei denen die Bürgerinnen und Bürger an einer einzigen Stelle in einer Behörde oder einem Gericht umfassend beraten werden, muß in der gesamten Justizverwaltung verwirklicht werden. Auch flexible Sprechzeiten helfen mit, den **Dienstleistungscharakter der Justiz** zu unterstreichen. Unser Ziel ist es, unsere Justiz noch stärker an den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Auch hier gilt: Staatliche Dienstleistung ist für die Menschen da, nicht umgekehrt.

Moderne Dienstleistung ist ohne den Einsatz moderner elektronischer Datenverarbeitung nicht mehr denkbar. Die Erfassung von Registern auf Datenbanken, insbesondere bei Grundbuch und Handelsregister, und die Möglichkeit eines Online-Zugriffs auf diese Daten muß dringend verwirklicht werden. Andere Bundesländer haben gezeigt, daß damit nicht nur eine Beschleunigung der Informationsbeschaffung erreicht wird, sondern auch die (kostenpflichtigen) Einsichtnahmen in die Register stark angewachsen sind. Eine bislang nicht vorhandene Einnahmequelle könnte hierdurch für den Landeshaushalt erschlossen werden.

Justiz muß finanzierbar bleiben

Das Grundrecht auf Rechtsschutz und Justizgewährung verlangt eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung der Justiz. Insbesondere in Zeiten leerer öffentlicher Kassen ist das Gebührenrecht so zu gestalten, daß die Durchsetzung

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

von Rechten für Bedürftige auch ohne Gefährdung der eigenen finanziellen Existenz möglich ist, daß auf der anderen Seite die wirtschaftlich Leistungsfähigen aber einen kostendeckenden Beitrag für die Inanspruchnahme der Justiz leisten.

Schnelles Recht ist gutes Recht. Jahrelange Gerichtsverfahren z.B. im Strafprozeß haben zur Folge, daß der Täter die Strafe kaum noch in einen Zusammenhang mit der begangenen Straftat stellt. Gerade für Jugendliche wird damit der Erziehungszweck der Strafe häufig vereitelt. Aber auch bei den Zivilgerichten ist ein zu spätes Urteil wertlos, wenn z.B. der Schuldner inzwischen in Konkurs gegangen ist. Wir wollen deshalb das **Justizpersonal verstärken**, um die Gerichtsverfahren spürbar zu verkürzen. Dies ist kostenneutral durch eine maßvolle Anhebung der Gerichtsgebühren zu finanzieren, die für den einzelnen angesichts der erheblichen Verkürzung der Verfahrensdauer zu verkraften ist. Hierbei ist zu bedenken, daß auch in der Justiz grundsätzlich das Kostendeckungsprinzip anzustreben ist, während heute nur ein Drittel der Justizkosten durch Gebühren gedeckt sind. Die weiter bestehende Prozeßkostenhilfe verhindert soziale Ungerechtigkeiten.

Die CDU betrachtet allerdings mit großer Sorge erkennbare Separierungstendenzen unter Bevölkerungsgruppen fremder Nationalität. Die Pflege ihres Kulturgutes und traditioneller Bräuche ist im grundsätzlich garantierten Rahmen ein legitimer Anspruch.

Wir erwarten die fortgesetzte Integrationsbereitschaft der hier rechtmäßig lebenden Ausländer. Bestehende Einbürgerungsmöglichkeiten sollten konsequenter genutzt werden. Gegen unrechtmäßige Zuwanderung muß dagegen - auch im Interesse der hier lebenden ausländischen Mitbürger - mit aller Konsequenz eingeschritten werden.

Neues Denken - Neues Handeln. Für Niedersachsen

Regierungsprogramm 1998 - 2003

Niedersachsen- Unsere Heimat in Europa

Wir in Niedersachsen sind stolz auf unser Land, das vor über 50 Jahren gegründet wurde und in seinen Landesteilen eng mit jahrhundertealter deutscher und europäischer Geschichte verbunden ist.

Vor diesem Hintergrund bekennt sich die CDU in Niedersachsen ausdrücklich zum europäischen Einigungsprozeß. Die Politik der Verständigung mit den Nachbarn in Europa und den Partnern in der Welt, die Konrad Adenauer begonnen hat, hat sich als richtig erwiesen. Sie hat Deutschland unter Helmut Kohl die Wiedervereinigung in einem freien Europa gebracht. Sie wird ihre nächste Stufe erreichen mit der Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung im Jahr 1999.

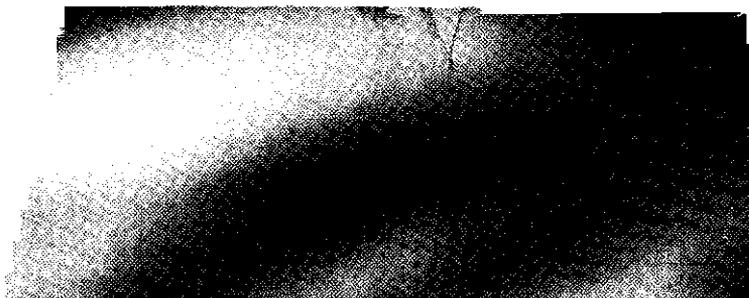
Wir bekennen uns zum Euro. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam haben die Grundlage für die dauerhafte Stabilität des Euro geschaffen, die unverzichtbar ist, um die Vorteile auch für die niedersächsische Wirtschaft zu nutzen.

Im Herzen Europas gelegen, ist Niedersachsen auch für mehrere hunderttausend Mitbürger ausländischer Herkunft Heimat geworden. Viele von ihnen leben unter uns seit mehreren Generationen. Weder unsere Wirtschaft, noch unsere sozialen Sicherungssysteme oder unser kulturelles Leben können auf sie verzichten.

Die CDU in Niedersachsen begrüßt die hier lebenden und hier arbeitenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als eine Bereicherung für unser Land. Wir werden ihre Integration weiter unterstützen.

Die CDU betrachtet allerdings mit großer Sorge erkennbare Separierungstendenzen unter Bevölkerungsgruppen fremder Nationalität. Die Pflege ihres Kulturgutes und traditioneller Bräuche ist im grundsätzlich garantierten Rahmen ein legitimer Anspruch.

Wir erwarten die fortgesetzte Integrationsbereitschaft der hier rechtmäßig lebenden Ausländer. Bestehende Einbürgerungsmöglichkeiten sollten konsequenter genutzt werden. Gegen unrechtmäßige Zuwanderung muß dagegen - auch im Interesse der hier lebenden ausländischen Mitbürger - mit aller Konsequenz eingeschritten werden.



N I E D E R S A C H S E N

CDU